Die Volkswacht erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

25 Pfennige für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen. 15 Pfennige. Auswärtige Inserenten 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 41. Freitag, den 18. Februar 1910. 21. Jahrgang.

Für Rechtsgleichheit und gleiches Wahlrecht!

Der Wahlrechtsumzug der Breslauer Arbeiterschaft wurde polizeilich verboten. Was allen anderen Vereinigungen gestattet wird, ist den Sozialdemokraten untersagt. Gegen diese Mißachtung unseres Staatsbürgerrechts und gegen die Wahlrechtsvorlage der Regierung wird

am Sonntag, den 20. Februar, Nachmittags 2 Uhr,

eine kurze **Massenversammlung unter freiem Himmel** demonstrieren, in welcher zu gleicher Zeit

von sechs Tribünen herab

Ansprachen gehalten werden sollen. Diese Versammlung findet im großen Garten (Rasenplatz) des „Letzten Heller" am Ende der Berliner Chaussee statt. Zum Besuche dieser Versammlung bedarf es keines besonderen Appells.

Alle Breslauer Arbeiter,

die sich an dem Umzuge beteiligt hätten, werden ihre Ehre darein setzen, zu dieser Massenversammlung zu erscheinen! **Es gilt, die Massen zu zählen, denen der Polizeipräsident das gleiche Recht versagte.** Auch die Angehörigen anderer Parteien, die ihrer Empörung gegen die Polizeiwirtschaft und gegen die Wahlrechtsvorlage Ausdruck geben wollen, sind eingeladen. Die Versammlung unter freiem Himmel ist eine gesetzlich gestattete Demonstration, die in streng gesetzlichem Rahmen ausgeübt werden soll.

Sofern die Witterung einen Aufenthalt im Freien nicht zuläßt, ist für Unterbringung der Massen in zehn Sälen gesorgt.

Am Sonntag **Vormittag** findet in allen Distrikten der Stadt eine **„Volkswacht"-Agitation** statt. Es gilt, die Gunst der Stunde zu nützen und unserem Parteiorgan einige Tausend neuer Freunde zuzuführen.

Keiner fehle! Der kommende Sonntag gehört der Partei!

Aus der Wahlrechtsbewegung.

Für und gegen Straßendemonstrationen.

In einem recht unpassenden Moment, nämlich in den Sonntagsversammlungen der Berliner Arbeiter, hat sich Genosse Wolfgang Heine gegen die Straßendemonstrationen ausgesprochen. Das erregt bei vielen Genossen begreiflichen Unwillen. Denn wenn auch die Ansichten über dieses Kampfmittel in der Partei nach wie vor geteilt sind und sogar viele radikale Genossen sich als Gegner derselben bekennen, so ist doch die Hervorhebung dieser Gegnerschaft mitten im Kampfe unangebracht. Niemand hätte Genossen Heine gezwungen, mitzumarschieren, aber er brauchte seine Abneigung dazu nicht so provokatorisch betonen. Allerdings ist es ebenso unangebracht, nun gleich ein Scherbengericht über ihn abzuhalten und gerade die „Leipziger Volkszeitung" ist dazu am wenigsten berechtigt. Als die Breslauer Genossen seinerzeit die Demonstrationen beim Parteivorstand beantragten, war es gerade die „Leipziger Volkszeitung", die mit dem Genossen Heine zusammen ihren Hohn darüber ausschüttete und den Vorschlag für geeignet hielt, Zwist hervorzurufen. Der einzige Unterschied ist also, daß sich die „Leipziger Volkszeitung" schneller gewandelt hat als Genosse Heine. Trotzdem wäre es aber auch von Heine klüger, wenn er im Augenblick der Aktion seine Meinung für sich behielte.

Ernst und würdig.

Als erste Hauptbedingung einer politischen Straßendemonstration muß es betrachtet werden, daß sich die Teilnehmer ohne Ausnahme so betragen, daß der ernste Zweck der Demonstration allen Unbeteiligten ins Auge fällt. In den meisten Fällen ist diese Bedingung auch bei den preußischen Demonstrationen erfüllt worden, und sogar die englischen konservativen und liberalen Blätter sind hohen Lobes voll über die Haltung und das Betragen der Zehntausende Berliner Straßendemonstranten am Sonntag. Immerhin muß es den Gesamteindruck erheblich schädigen, wenn ein bürgerliches Blatt berichten kann, wie ein Demonstrationsteilnehmer einen Pfarrer, der mit Sonntagsschülern aus der Kirche trat, zurief: „Runter mit dem Pfaffen, haut den schwarzen Satan!" Eine einzige solche Szene kann den guten Eindruck auf Hunderte von Personen zu schanden machen und wird in zahllosen Provinzblättchen breitgetreten, wo nie eine sozialdemokratische Antwort hindringen kann. Sie ist aber auch, rein menschlich genommen, eine Roheit, der sich kein Teilnehmer an einem politischen Aufzuge schuldig machen darf. Genossen, die Zeugen solcher Ausschreitungen sind, müssen den Vorlauten ganz energisch zur Ordnung rufen.

Das Recht auf die Straße

vertritt jetzt mit aller Energie auch ein Blatt der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, die „Frankf. Ztg." Sie sagt im Verlaufe eines längeren Artikels, in dem sich kein Wort mehr gegen solche Demonstration befindet:

Straßendemonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel sind in allen politisch freien Ländern in den Zeiten, wo große Fragen das Volk bewegen, an der Tages-Ordnung. So ist zum Beispiel in Amerika, so ist es in England, was man gerade jetzt bei den Wahlen beobachten konnte, so ist es in der Schweiz, wo ganz regelmäßig auch in ruhigen Zeiten, Zehntausende von Menschen zusammenkommen, um gemeinsam Beschlüsse zu fassen. In den romanischen Ländern ist man in der jüngsten Zeit von Straßendemonstrationen ein wenig abgekommen, aber das liegt nicht etwa daran, daß sich die Polizei hinein gemischt, hätte sondern nur an denen selber, die früher demonstrierten, und wenn sie wieder auf die Straße gehen wollten, so könnten sie es eben wieder tun. Es gibt leider Staatsbürger, die sich um die bürgerlichen Angelegenheiten des Staates wenig kümmern, und die werden auch niemals die Versammlung füllen, sich an einer Demonstration zu beteiligen, was freilich nicht ausschließt, daß sie unter den heutigen Umständen zufällig ganz dieselben Anlaß bekommen könnten,

Nation nur dadurch mitzuarbeiten, daß sie einen Leitartikel oder das lesen, was ein Abgeordneter in der Kammer gesagt. Es gibt eben Leute, die in bewegten Zeiten den Drang fühlen, ihre Person selbst in die Politik einzustellen, und es ist ein Glück, daß es solche Leute gibt, denn sie sind es, die, wenn auch nicht alle großen, so doch manche der größten Zeiten gemacht haben. Ein Aktenmensch mag das nicht verstehen, aber andere verstehen es, und die sagen, daß die Leute ein Recht auf persönliche Demonstration haben.

Es ist selbstverständlich, daß man damit den Wunsch verbindet, es möchten alle Ausschreitungen vermieden werden, aber dieser Wunsch erfüllt sich ganz von selber, wenn man eben nur die Leute in Ruhe läßt. Das lehrt die Erfahrung, und es wäre ja auch sehr merkwürdig, wenn gerade die so gut disziplinierten Deutschen nicht imstande wären, bei Demonstrationen Ordnung zu halten.

Deutsche Staatsbürger verbitten sich aufs entschiedenste alle unmotivierte Aggressivität der Polizei und fordern, daß sie sich nicht um Dinge kümmere, die sie nichts angehen, und Straßendemonstrationen gehen sie schlechterdings nichts an, solange keine Gesetze verletzt werden. Es kommt darauf an, daß sich auch das Bürgertum von Philistrosität freimache, wo sie etwa noch vorhanden ist, und das Recht behaupte, seine Meinung auch höchstpersönlich auf der Straße zu sagen, wenn es dazu Lust hat. Damit wird dann auch der Polizei klargemacht sein, daß sie kein deutsches Kosakenkorps ist.

Wir dürfen also hoffen, daß bald der erste Verein „Jungfreisinn" mit uns auf die Straße zieht — die Demokraten haben das ja bereits getan.

In dem gleichen Sinne als die „Frankfurter Zeitung" spricht sich übrigens auch die Naumann'sche „Hilfe", ein zweites Organ der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft aus.

Die Städte und die Wahlrechtsreform.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung in Magdeburg hat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der die Stadtverordnetenversammlung im Interesse der Stadt Magdeburg ersucht, bei dem Abgeordnetenhause um Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes zum preußischen Landtage zu petitionieren.

Die Stadtverordneten-Versammlung in Königsberg i. Pr. hat bereits einstimmig einen Antrag angenommen, der dahin geht, den Landtag in einer Petition aufzufordern, die Klassenwahl zu beseitigen und eine neue Wahlkreiseinteilung und die geheime Wahl einzuführen.

Nach der Wahlrechtsdemonstration.

Die Montagsnummer der „Dortmunder Arbeiterzeitung" wurde wegen eines Artikels über die Wahlrechtsdemonstration konfisziert und 200 Exemplare beschlagnahmt. In der Redaktion wurde Haussuchung nach dem Manuskript gehalten, um den Verfasser festzustellen. Die Haussuchung war ergebnislos.

Wahlrechtsinterpellation.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat eine Interpellation eingebracht, die folgenden Wortlaut hat:

„Was hat den Herrn Reichskanzler veranlaßt, in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 10. Februar d. J. Ausführungen zu machen, welche das in der Verfassung des Reiches und mehrerer Bundesstaaten gewährleistete allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht herabzusetzen und zu bedrohen geeignet sind?

Herr Bethmann wird vermutlich sagen: Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts!

Die Sorgen des Hansabundes.

Geradezu hilflos benimmt sich in den gegenwärtigen Wahlrechtskämpfen der Hansabund, der mit so großen Worten ins Leben gerufen wurde. Er will sich in politische Dinge nicht mengen und erläßt deshalb folgende Kundgebung, die angeblich nur die wirtschaftliche Seite der Wahlrechtsvorlage bedeutet:

„Die Vorlage der Staatsregierung verstößt in wesentlichen Punkten gegen die Interessen von Gewerbe, Handel und In- ... Der Hansa-Bund fordert: Die Einteilung der Wahlbezirke, die bisher in erster Linie auf die landwirtschaftlichen Interessen zugeschnitten war, hat, und zwar in völlig gleichem Umfange, auch den kaufmännischen und gewerblichen Interessen Rechnung zu tragen. Erforderlichenfalls ist die Zahl der Abgeordneten zu vermehren. Die neugeschaffenen Sitze sind denjenigen Wahlkreisen zuzuweisen, in denen Handel, Gewerbe und Industrie besonders hervortreten.

Die in den §§ 8, 9 und 10 des Entwurfs geschaffene einseitige und willkürliche Unterscheidung der Wähler widerspricht den modernen wirtschaftlichen Anschauungen. Im Gegensatze zu den Bestimmungen des Entwurfs sind auch die gewerblichen, industriellen und kaufmännischen Kreise, unabhängig von der Steuerleistung, zu berücksichtigen. Dies hat sich vor allem auf Mitglieder von Handels-, Handwerker- und Gewerbekammern, auf selbständige Handwerker, die die Meisterprüfung bestanden haben und auf Angestellte, die eine höhere oder mittlere Handelsschule oder technische Schulen besucht haben, zu erstrecken."

Das also ist seine ganze Sorge! Die Zahl der „Erhebungen" soll noch vermehrt werden, indem man alle möglichen anderen Bonzen in höheren Abteilungen abschiebt und in der dritten Klasse nur den ganz gewöhnlichen Plebs beläßt — der die ganze Gesellschaft ernährt!

Handwerkerforderungen.

Eine von der Handwerkskammer zu Berlin berufene außerordentliche Konferenz der Preußischen Handwerkskammer, die von 22 Kammern und der Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages beschickt war, nahm unter Anwesenheit mehrerer Abgeordneten zu der Wahlrechtsreform der Regierung durch eine Resolution Stellung, in der die Erhebung von Handwerksmeistern und Handwerkskammervorständen in höhere Abteilungen gefordert wird. — Das ist die ungeeignetste Form, den Wahlrechtswechselbalg zu verbessern.

Nächtliche Straßendemonstration in Berlin.

Der preußische Landesverein für Frauenstimmrecht, eine Organisation bürgerlicher Frauen, hatte für Dienstag Abend eine Protestversammlung gegen die preußische Wahlrechtsvorlage einberufen. Nach Schluß der Versammlung zogen etwa 400 Teilnehmer durch verschiedene Straßen nach dem Wilhelmsplatz, wo sich der Zug auflöste, nachdem ein Hoch auf das Reichstagswahlrecht ausgebracht worden war. Die Polizei erschien erst am Platze, als die ganze Kundgebung vorüber war.

Neue Demonstrationen.

In Kassel kam es Mittwoch gegen die Wahlrechtsvorlage zu erregten Straßenkundgebungen. 5000 Personen zogen zum Gewerkschaftshaus und dann über verschiedene Straßen nach dem Friedrichsplatz in der Nähe des neuen Theaters, wo eine Ansprache gehalten wurde, der ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie folgte. „Da die Demonstranten fortgesetzt Zuzug erhielten" (das also war der Grund!), schritt die Polizei mit einem Aufgebot von 300 Beamten gegen sie ein. Aus der Mitte der Demonstranten fielen angeblich Rufe wie: „Bluthunde" usw. Die Kundgebung dauerte etwa drei Stunden.

Die Antwort auf die Polizeischlacht in Neumünster.

Dienstag Abend 6 Uhr fanden in Neumünster zwei riesige Protestversammlungen statt, die sich mit dem brutalen Vorgehen der Polizei am Wahlrechtssonntag beschäftigten. Die Versammlungen waren von 3500 Personen besucht. In den Versammlungen herrschte eine ungeheure Empörung über das Vorgehen der Polizei. Es wurde festgestellt, daß der Polizeikommissar Gutsmann, der die Polizeibeamten kommandierte, der erste gewesen sei, der mit der Waffe geschlagen habe. Ferner wurde festgestellt, daß der Leiter des Polizeiwesens Stadtrat Nissen, von seinem Balkon aus der Demonstration zugeschaut habe, sich aber zurückzog, als das Dreinhauen der Beamten begann, jedoch nicht, um das Gemetzel zu verhindern, sondern, um nicht Zuschauer zu sein. Die Versammlungen nahmen scharfe Resolutionen gegen die Polizei an, in denen zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Polizei der Stadt Neumünster nicht beanspruchen könne, als Schutz und Schirm für die Einwohner der Stadt zu gelten; sowohl die Leitung als auch die Beamten hätten sich unfähig erwiesen, die nötige Ruhe und Gemessenheit zu wahren. Die Versammlungsbesucher sprachen der Polizei ihre grenzenlose Verachtung aus und fordern insbesondere die Beseitigung der Beamten, die sich gegen friedliche Bürger wie russische Kosaken benommen haben. Zum Schluß heißt es in der Resolution:

... und sei sie noch so grausam — die Arbeiterschaft verhindern werde, das Recht der Straße für sich in Anspruch zu nehmen. Nun erst recht müsse die Parole sein: Nieder mit dem Dreiklassen-Wahlrecht!"

Leider ist es nach den Versammlungen wieder zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Die Versammlungsleiter hatten die Besucher aufgefordert, ruhig nach Hause zu gehen, was auch befolgt wurde. Vor dem Rathause hatten sich jedoch halbwüchsige Burschen angesammelt, die dort Skandal machten. Als der Kommissar Guttsmann aus dem Rathause trat, wurde er mit Steinen und Kaffeeflaschen beworfen. Gleichzeitig fiel ein Schuß, von dem nicht festgestellt ist, woher er kam. Jetzt stürzten die Polizeibeamten aus dem Rathause und vertrieben die Menge vom Großflecken (Rathausplatz) mit blanker Waffe in eine der nächsten Straßen. Dabei wurde der dreiundzwanzigjährige Arbeiter Ahrens an einem Arm so schwer verletzt, daß nach ärztlicher Angabe der Arm womöglich amputiert werden muß. Ein Polizist wurde durch einen Steinwurf verletzt. Nach neun Uhr rückte eine Kompagnie des Infanterie-Regimentes mit aufgepflanzten Bajonetten an. Nach dreimaliger Aufforderung und Trommelwirbel, den Platz zu räumen, verteilte sich das Militär in Gruppen in die am Platze liegenden Straßen, um für Ruhe zu sorgen. Zwischenfälle kamen jedoch nicht mehr vor.

Einige Ausführungen über das Verhältnis von Arbeiterschaft und Schutzmannschaft sparen wir uns bis morgen auf.

Politische Uebersicht.

Zur Ersatzwahl in Mülheim-Wipperfürth.

An dem Ergebnis der Wahl ist besonders erfreulich, daß unser Stimmenzuwachs, der gegen 2400 beträgt, ausschließlich auf dem Lande erzielt wurde: 1000 Stimmen in ultramontanen Domänen, der Rest in dem liberalen Kreise Gummersbach. Die Industriestadt Mülheim a. Rh. hat diesmal für uns versagt, hier stiegen unsere Stimmen nur von 4455 auf 4498, also nur um 43. Das Zentrum aber stieg auf 4133 oder um 510 Stimmen. Dieses Ergebnis läßt sich aus der wirtschaftlichen Krise erklären, unter der die Arbeiter am meisten zu leiden hatten. Auch die religiöse Hetze, die vom Zentrum in einer kaum noch zu übertreffenden Weise betrieben wurde, kann den Stillstand erklären.

Zieht man den Mülheimer Gewinn des Zentrums von seinem Gesamtgewinn ab, so ergibt sich, daß es auf dem Lande über 100 Stimmen verloren hat. Wir haben in Orten, wo wir bisher nicht so recht vorwärts kommen konnten, sprunghafte Steigerungen erreicht, während das Zentrum dort zurückging.

In vielen Wahllokalen, wo stramme Zentrumsleute die Leitung hatten, waren unsere Vertrauensleute schweren körperlichen und mündlichen Beleidigungen ausgesetzt. Im frommen Städtchen Wipperfürth wurden unsere Genossen hinausgeprügelt, in einem andern Orte holte der Kaplan den Polizeidiener herbei, damit dieser die Ausweisung vornehme.

Am schlechtesten haben die Liberalen abgeschnitten. Ihnen haben die Christlich-Sozialen einen Teil der Stimmen abgenommen. Viele Hottentottenwähler von 1907 blieben diesmal zu Hause, der Rest ist zur Sozialdemokratie gekommen.

Wie sich die Liberalen in der Stichwahl verhalten werden, bleibt noch abzuwarten; jedenfalls wird die Sozialdemokratie alles tun, um auch die Stichwahl, die am 26. Februar stattfindet, in Ehren zu bestehen.

Die politischen Parteien in Hannover.

Aus dem Lüneburgischen wird uns geschrieben: Ein recht reges politisches Leben und Treiben herrscht in diesem Jahre nach der „großen Finanzreform" auch in der sonst so stillen und abgeschiedenen Lüneburger Heide. Vier Parteien sind es, die hier wie in der ganzen Provinz Hannover sich bemühen, die Wähler in Stadt und Land zu mobilisieren und ihre Schlachtreihen für die nächste Reichstagswahl zu formieren. Zunächst sind da die Nationalliberalen zu nennen, die im Verein mit dem Bauernbunde bestrebt sind, die alte nationalliberale Hochburg zu halten. In kleinen und kleinsten Orten hal-

---

Ein Verrückter.

Kampf und Ende eines Lehrers.
Von Josef Rueberer.

40] (Nachdruck verboten.)

Der Geistliche blies einen großen Zug aus seiner Zigarre und drehte sich zu dem Lehrer.

„Sagen Sie mir", begann er sehr gelassen, „hat Ihnen eigentlich der Förster Balder keine Mitteilung von dem gemacht, was er mit mir vor einigen Tagen gesprochen hat?"

„Kein Wort hat er mir g'sagt." Gattl sprach eisig, denn die Ruhe des Geistlichen ermutigte ihn.

„Sehen Sie, Hochwürden", fuhr er fort, „ich will ja alles tun, wenn Sie's zurücknehmen, falls .... falls Sie schon eine geschrieben haben, ich will Sie um Verzeihung bitten für alles und will ..."

„Ihnen hinterher eine lange Nase drehen, nicht wahr? Das denken Sie dabei", warf der Priester sehr spitzig ein.

Aber Gattl gab sich noch lange nicht verloren.

„Nein, wenn Sie mich diesmal schonen, will ich Ihr Andenken hochhalten."

„Das kennt man."

„Ich bitt Sie, Hochwürden, reden Sie net so. Sie wissen ja selber, wie lange Jahre ich verlobt bin, was für eine endlose Zeit ich auf mei Anstellung wart und was ich oft ausgestanden hab."

„Das haben Sie sich nur selbst zuzuschreiben."

Gattl bezwang sich. Er wollte alles hinnehmen und über sich ergehen lassen, weil ihm Anna beständig vor Augen schwebte, die ihre Hände bittend nach ihm ausstreckte. Auch war ja das Schlimmste noch nicht eingestanden: die Entwendung des amtlichen Schreibens.

„Gut", sagte er, „ich hab mir all's selber zuzuschreiben, Herr Benefiziat, aber bedenken Sie, daß ich ein ... ein Mensch geworden bin, der, der nimmer weiß, was er tun soll, der ... er stockt und brachte es nicht heraus. „Ach, Herr Benefiziat", rief er plötzlich, „seien Sie doch barmherzig!"

Im Saale hatte man wieder zu tanzen begonnen. Niemand achtete auf die Sprechenden. Die beiden Töchter des Försters saßen unbeweglich an der gleichen Stelle und Poiten schlief fest auf seinem Stuhle.

„Sie kommen sehr spät mit Ihrer Reue", begann der Geistliche, „viel zu spät, um noch etwas gut zu machen."

Als ihn der Lehrer erschrocken anblickte, fuhr er fort:

„Es ist hier überhaupt nicht der Platz über eine so heikle Sache zu reden. Aber ich möchte Ihnen doch sagen, daß ich mir in meine Anordnungen in keiner Weise eingreifen lasse."

„Das will ich ja net, ich bitt ja nur: Lassen Sie Gnade für Recht ergehen."

„Genau dieselben Worte hat der Förster Balder zu mir gesagt und ich habe ihm geantwortet, daß ich ein solches Aergernis, eine derartige Unsittlichkeit nicht stillschweigend ansehen darf."

„So haben Sie dem Förster auch erzählt, daß Sie eine Meldung erstatten wollten?" rief Gattl erregter.

„Ich habe ihm ebensowenig gesagt, was ich tun werde, wie Ihnen, meinem Untergebenen." Damit brach der Priester die Unterhaltung ab und rückte seinen Stuhl ganz nahe an den Tisch.

Gattl wußte jetzt, woran er war. An Nachgiebigkeit des Priesters war nicht mehr zu denken. Alles war aus und die arme Anna konnte verzweifeln!

Mit stieren Blicken sah er auf den Geistlichen hin, der die Zigarre rauchte und dem Tanzgewühl seine Aufmerksamkeit schenkte.

Holprig spielte die Musik weiter. Ihren Takt begann Gattl mit beiden Füßen mechanisch nachzutreten. Eine beklemmende Atemnot schnürte ihm die Kehle zu. Alles wurde ihm eng und schwül. Mit einem wütenden Griff riß er seine Krawatte und den Stehkragen herunter und schleuderte sie zu Boden, indem er nach Luft keuchte.

Der Geistliche wurde wieder aufmerksam und sah strenge zu ihm:

„Was fällt Ihnen denn ein? Benehmen Sie sich anständig! Sind Sie ein erwachsener Mensch oder ein Schulbub'?"

Wütend sprang der Lehrer empor:

„Ich bin ein verzweifelter Mensch", schrie er laut, „ein Mensch, den man zum Wahnsinn 'trieben hat, ich bin ...."

Kreischendes Geschrei unterbrach den Tobenden und zwang ihn nach der Seite zu blicken. Dort stürzten Göpferts Kinder herbei und deuteten furchtsam nach der Richtung, wo Poiten gesessen hatte. Der alte Bauer war von seinem Stuhle herabgefallen, mit dem Gesichte auf den Boden und streckte die Arme von sich. Unter seinem Schädel schwamm eine dicke Blutlache.

„Um Himmelswillen!" schrie der Priester und eilte zu dem Leblosen. Er berührte den Rücken, die Arme, die Beine, wie einer, den der Schrecken völlig kopflos gemacht hat, und blickte hilflos in den Saal hinein, wo munter fortgetanzt wurde. Jetzt walzte eben Göpfert mit Kathi hart an der Tafel vorbei.

„Herr Förster, Kathi, Herr Förster, um Gotteswillen, schauen Sie nur her!" rief der Geistliche.

Die Angerufenen setzten aus und stolperten herbei. Kathi schrie auf als sie den Vater erblickte, und der Förster drehte mit großer Anstrengung den schweren Körper um — er hielt einen Toten in den Armen. Träge floß das Blut über das wachsgelbe Gesicht. Die beiden Mädchen fingen laut zu weinen an und in ihre Jammertöne mischte sich die Musik, die den Tanzenden immer noch munter aufspielte.

Jetzt ermannte sich der Geistliche. Er stürzte in die Mitte des Saales und winkte mit beiden Händen hastig zum Podium hinauf. Endlich wurde er verstanden und nun eilte die ganze Hochzeitsgesellschaft mit ihm zu der Leiche zurück, auf die der Lehrer teilnahmslos herunterblickte.

„Was stehen Sie noch da und gaffen!" rief ihn der Priester an. „Machen Sie, daß Sie in die Kirche laufen und die Totenglocke läuten."

Die Totenglocke! Für sich selbst wollte sie der Lehrer gleich läuten und für die ganze Menschheit damit diese unter dem eintönigen Bam-Bamton zur Hölle fahre. Hei, wie er jetzt den Strang riß in der gähnenden Nacht der stockdunklen Kirche, wo nur ein blutroter, kleiner Punkt, die ewige Ampel, schauerlich brannte, wie er zog und wieder zog, daß der Strick wie ein Peitschenhieb auf die Steinplatten herabflog! Jetzt beteten sie unten mit lautem Geplärr in dem Totenhaus, alle die Besoffenen, Bauern und Weiber, und in den Ohren summt ihnen noch die Melodie des unterbrochenen Tanzes. Herunter, du Strick, nochmals, nochmals und nochmals! Ha! ha! Wie die gut geweihte Schelle oben im Gebälk hin und her rumort, als wollte sie in die Welt alle die Flüche hinausjammern, womit sie ein vernichteter Mensch in sausende Bewegung setzt. Poiten, du wirst gut in den Himmel geläutet! Wenn das nicht hilft!

Jetzt hören sie's auch im Forsthaus. Anna richtet sich im Bette auf und stiert in die Nacht hinaus! Anna! Anna! Für sie wird mitgeläutet!

Nur noch nicht aufgehört! Wieder am Strang gerissen, man kann ja weiter und weiter ziehen, bis ein Engel die Botschaft herunterträgt, daß der Poiten glücklich eingegangen ist ins Himmelreich, man kann weiter läuten bis der Kirchturm zusammenbricht und den eifrigen Meßner verschüttet.

Was für ein schöner, schöner Strick das ist, nicht zu dick, nicht zu dünn. Der wäre ja wie geschaffen zum Aufhängen und der baumelnde Kadaver könnte sich dann gleich selbst in die Ewigkeit hinüberläuten!

Aber nein, nein! Das wäre voreilig! Erst soll noch ein Schlußwort mit dem Pfaffen geredet werden! Geht's dann nicht, nun dann! ....

Grimmig zog Gattl zum letztenmal an dem Seil und schleuderte es mit furchtbarer Wut in das Dunkel des Kirchenschiffes hinein. Gespenstig rauschte es auf den Steinen zurück. Das Glöcklein schlug noch ein paarmal an, dann endlich beruhigte es sich, und nur noch die summenden Klänge des Metalls vibrierten von oben herab.

Gattl griff nach dem Herzen und ging zur Kirchentüre. Einen Blick warf er noch auf die Finsternis und auf das ewige Licht.

„Vielleicht komm' ich heut noch einmal", murmelte er und taumelte ins Freie.

(Fortsetzung folgt.)

ten sie Versammlungen ab und suchen namentlich auch die ländlichen Wähler mehr und mehr unter ihre Fahne zu bringen, die allerdings noch zum größten Teil zu den Welfen oder der konservativen Partei hinneigen. Diese müht sich gemeinsam mit dem Bunde der Landwirte ab, noch weiter als bei den letzten Reichstagswahlen in der Provinz Hannover vorzudringen, und auch der konservative Parteitag in Hildesheim hat bewiesen, welch hohen Wert die Junker auf neue Eroberungen in Hannover legen. Mit am rührigsten sind die Welfen, denen besonders viel daran liegt, ihre Mißerfolge bei der letzten Wahl wieder wett zu machen. Nachdem Graf Bernstorff, ihr damaliger Führer, Hannover verlassen hat, hat Herr v. Meding, Rittergutsbesitzer in Wulfrode, die geistige Führung der Welfen übernommen. In zahlreichen Versammlungen wirbt er für die „Deutsch-Hannoversche Partei“ und weiß den seinen wuchtigen Reden Lauschenden eine eventuelle Neubegründung des hannoverschen Königtums in hellen Farben zu schildern. Soweit man bisher urteilen kann, haben die Welfen die besten Aussichten für die nächste Reichstagswahl; rechnet man doch auch in ihnen fernstehenden Kreisen damit, daß sie mindestens 8—10 Abgeordnete in den nächsten Reichstag entsenden werden. Endlich sind unsere Parteigenossen mit Eifer an der Arbeit, durch Wort und Schrift aufklärend zu wirken und vornehmlich auch die ländlichen Wählermassen aufzurütteln. In allen Orten, wo ihnen Lokale zur Verfügung stehen, halten auch sie Versammlungen ab, die stets Massenbesuch aufweisen. So sprach kürzlich in der Kreisstadt Uelzen Genosse Landtagsabgeordneter Robert Leinert über die politische Lage vor ungemein stark besuchter Versammlung. Man hatte zu dieser Versammlung auch den konservativen Reichstagsabgeordneten v. d. Wense eingeladen, der in seinen Wahlreden 1906/07 stets versprochen hatte, auch die Arbeiterinteressen zu vertreten. Er war nun aufgefordert worden, in dieser Versammlung Rechenschaft hierüber abzulegen. Herr v. d. Wense hielt aber die Vorsicht für den besseren Teil der Tapferkeit und schrieb ab, weil „die sozialdemokratischen Arbeiter nicht zu seinen Wählern gehörten und er diesen daher auch nicht Rechenschaft zu geben brauche“. — So sieht man überall eifrige politische Betätigung und man darf einigermaßen auf den Ausgang der nächsten Reichstagswahl in Hannover, die voraussichtlich schon im Herbst 1911 stattfinden wird, gespannt sein. So viel aber steht schon heute fest, daß sie auch unseren hannoverschen Parteigenossen zum mindesten einen starken Stimmenzuwachs bringen werden. „Wir leben, um mit Bebel zu reden, von den Fehlern unserer Gegner!“

Arbeitskammern und Heimarbeitergesetz. Der Reichstag hatte am Mittwoch einen sozialpolitischen Tag. Zuerst wurde das Arbeitskammern- und dann das Hausarbeitsgesetz beraten. Das Arbeitskammerngesetz lag bekanntlich schon im vorigen Reichstage vor; der Finanzreformschacher ließ indes keine Zeit zu seiner Erledigung. Der neue Entwurf ist nach den Prinzipien des Dr. Ballhorn gearbeitet. Nur unwesentliche Verbesserungen der damaligen Kommission sind akzeptiert worden; dafür gesellen sich zu den beibehaltenen Schönheitsfehlern aus der alten Vorlage neue Verschlimmerungen. Auf Befehl des Zentralverbandes der Industriellen, bekanntlich nächst Heydebrand der höchsten Regierungsinstanz in Preußen, sollen Arbeitersekretäre nicht wählbar, die Verhandlungen der Arbeitskammern nicht öffentlich, die aktive Wählbarkeit an ein Alter von 25 und die passive gar an ein Alter von 30 Jahren geknüpft sein. Reichstagsabgeordneter kann man schon mit 25 Jahren werden; zur Mitgliedschaft in der Arbeitskammer verlangen die Bueck, Major Bethmann, Delbrück und Genossen ein Alter von 30 Jahren. Delbrück erklärte die Vorlage für unannehmbar, wenn die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre beschlossen werden sollte. Auch die Redner der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen brachten den Befehl des Zentralverbandes zur Kenntnis. Genosse Legien, der Freisinnige Naumann, der Pole Kulerski und sogar der Christlich-Soziale Behrens fanden scharfe Worte über die unwürdige Abhängigkeit vom Zentralverbande. Ob aber nicht auch der Reichstag sich den unverschämten Scharfmachern unterwirft, wird von der Haltung des Zentrums abhängen, das in erster Lesung recht energisch sprechen ließ, aber bekanntlich sehr wandlungsfähig ist.

Die Vorlage wanderte an eine 28gliedrige Kommission, ebenso das Hausarbeitsgesetz. Dieses geht, wie Genosse Robert Schmidt sachkundig darlegte, uns längst nicht weit genug; wir werden aber in der Kommission versuchen, es zu verbessern. Die fürchterlichen Mißstände in der Hausarbeit mußten auch von allen bürgerlichen Rednern, selbst von dem sehr manchesterlich sprechenden Freisinnigen Manz anerkannt werden. Donnerstag soll endlich einmal Schwerinstag abgehalten werden. Ein wunderschönes Paradestück, der Toleranzantrag des Zentrums, steht auf der Tagesordnung.

Junkerdreistigkeit. Die konservative Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses hat den folgenden Antrag eingebracht:

„Das Haus wolle beschließen, seine Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß wirksame Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Hauses und zur Einschränkung von Reden, welche die Zeit des Hauses ungebührlich in Anspruch nehmen, getroffen werden.“

Wie würde diese Junkersippe schreien, wenn man sie bei der Forderung von Liebesgaben im Halten von Reden beschränken wollte!

Maschinenbetrieb in der Landwirtschaft. Bei der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 12. Juni 1907 wurden auch die im Jahre vor der Zählung benutzten Maschinen festgestellt. Das Statistische Landesamt veröffentlicht jetzt einige Zahlen, die jedoch kein vollständiges Bild ergeben. Viele Maschinen und maschinenähnliche Geräte, die in der Landwirtschaft ganz allgemein vorkommen, sind in der Statistik nicht berücksichtigt. Es sind nur solche Maschinen aufgeführt, die eine eigenartige oder größere Bedeutung haben: Dampfpflüge, Samaschinen, Mähmaschinen, Hackmaschinen, Dreschmaschinen, Kartoffelpflanz- und -Erntemaschinen, Schrotmühlen und Milchzentrifugen. Auch die kleinen Betriebe mit weniger als 2 Hektar wurden nicht beachtet. Bei den landwirtschaftlichen Betrieben mit mehr als 2 Hektar ist die Verwendung von Maschinen folgende:

von 520.914 kleinbäuerlichen Betrieben (2—5 ha) benutzten Maschinen 159 524 = 30,6 Prozent,

von 583.160 mittelbäuerlichen Betrieben (5—20 ha) benutzten Maschinen 410.850 = 70,5 Prozent,

von 175.976 großbäuerlichen Betrieben (20—100 ha) benutzten Maschinen 161.484 = 91,8 Prozent,

von 19.117 Großbetrieben (100 ha und mehr) benutzten Maschinen 18.721 = 97,9 Prozent.

Die Statistik zeigt, daß auch die Industrialisierung der Landwirtschaft mit riesigen Schritten vorwärts schreitet.

Der verärgerte Reichskanzler. Die Rede des Herrn von Bethmann-Hollweg, mit der er die preußische Wahlrechtsvorlage begründete, hat in Süddeutschland den schärfsten Protest auch bürgerlicher Kreise wachgerufen. Daß das dem Kanzler nicht angenehm ist, kann man begreifen, und deshalb müht sich eine süddeutsche Korrespondenz, die oft zu offiziösen Auslassungen verwendet wird, ab, diesen üblen Eindruck zu verwischen. Die Zuschrift besagt, Herr v. Bethmann-Hollweg sei mißverstanden worden, denn nur so könne man beispielsweise die Resolution verstehen, die in Stuttgart vom Volksverein gefaßt wurde, in der davon die Rede ist, daß sich der Kanzler in grundlosen Beschimpfungen der Südstaaten ergangen habe. Es liege, nachdem der Reichskanzler als preußischer Ministerpräsident so entschieden auf die den nichtpreußischen Reichsteilen geschuldete Rücksicht hingewiesen habe, nicht der geringste Anlaß vor, in die Behandlung der preußischen Wahlrechtsfrage einen Gegensatz zwischen Nord und Süd hineinzutragen.

Ins Meer versenkt. Zu einer Sensation kam es heute, Mittwoch, in der Budgetkommission des Reichstages. Genosse Severing teilte u. a. mit, daß bei der Vergebung von Arbeiten die Marineverwaltung ganz willkürlich und schikanös verfahre. Es sei für eiserne Wischstangen 4,25 Mark und 7,10 Mark gezahlt worden, obgleich dieselbe Ware zu 2,10 und 2,90 Mark angeboten worden sei. Es sei weiter vorgekommen, daß in Kiel Messingstangen, Asbest, Kupferplatten usw. über Bord geworfen worden seien. Dasselbe sei im Frühjahr 1909 in Wilhelmshaven geschehen, wo man Schläuche usw., weil überzählig, gleichfalls über Bord warf. In Wilhelmshaven habe im vergangenen November die Revision stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit habe ein Mitglied des Marinevorstandes angeordnet, daß der Fische wegen Löcher in das Eis gehauen werden. In diese Löcher habe man Artillerie- und anderes Material des Nachts versenkt. Er, Severing, wolle dem Staatssekretär die Stelle näher bezeichnen, und wenn er sofort telegraphiere, so werde man das Material noch vorfinden. Der Staatssekretär versprach, die nötigen Schritte sofort unternehmen zu wollen.

Freisinniger Hohn. In der „Freisinnigen Zeitung“ lesen wir: „Mit welchem Erfolge die Demokratische Vereinigung ihre Agitation in Westfalen treibt, zeigt folgender Artikel des „Iserlohner Kreis-Anzeigers“:

Oestrich, 9. Februar. Das Parteichen ohne Mandate, genannt Demokratische Vereinigung, hielt heute Abend eine große politische Versammlung im Saale des Herrn Holtschmit ab, welche dank der großen Reklame zum Schlusse von 17 Personen besucht war. Namens des demokratischen Vorstandes für Westdeutschland begrüßte Herr Klorr aus Iserlohn die zahlreiche Versammlung und glaubte in dem verflossenen Fastnachtstrubel die Ursache des schwachen Besuchs erblicken zu können. Herr Klorr erteilte darauf dem Herrn Dr. Nestriepke-Köln das Wort zu dem angekündigten Referat über „Preußens Wahlrechtsvorlage und das Volk“.

Oestrich hat 5000 Einwohner, Breslau 500.000. In Breslau war die letzte Versammlung des Fortschrittsvereins von — 12 Mitgliedern besucht. Die Freisinnigen haben also Ursache über Oestrich zu höhnen!

Wer sich nicht fügt — fliegt. Der geschäftsführende Ausschuß der deutsch-konservativen Partei erläßt eine scharfe Absage an die konservative Vereinigung. In der Erklärung heißt es: „Die konservative Partei ist, wie der Delegiertentag in Berlin gezeigt hat, gern geneigt, ehrlichen Meinungsverschiedenheiten über Einzelheiten Raum zu geben, weil sie die Kraft in sich fühlt, solche Strömungen innerlich zu überwinden. Sie kann es aber nicht dulden, wenn geflissentlich, wie hier nicht eine versöhnende Verständigung, sondern Zweifel und Unruhe geradezu gefördert und genährt werden.“

Wie wußten die Herren so tapfer zu schmälen, wenn einzelne Stimmen in unserer Partei dasselbe über die Revisionisten sagten. Jetzt handeln die Konservativen genau ebenso!

Die Kirche hat einen guten Magen. Im Herzogtum Sachsen-Meiningen hat im letzten Jahre die Bewegung zu Gunsten des Austritts aus der Landeskirche einen großen Fortschritt zu verzeichnen gehabt. Das ist der Geistlichkeit des Landes gewaltig in die Krone gefahren und sie beantragt beim Landtag jetzt zu dem Gesetz betreffend die Kirchengemeindelasten folgendes hinzuzufügen: „Der evangelische Teil einer gemischten Ehe ist mit der Hälfte des der kirchlichen Besteuerung zugrunde liegenden Steuersatzes, zu dem der Ehemann veranlagt ist, zur Kirchensteuer heranzuziehen. So weit die Ehefrau zu Staatssteuern selbständig veranlagt ist, ist der evangelische Teil nach Maßgabe seiner Veranlagung zur Kirchensteuer heranzuziehen.“ In der Begründung heißt es, daß eine Ehe auch als gemischt anzusehen ist, wenn der Mann aus der Kirche ausgetreten und Dissident ist. Bisher galt in Sachsen-Meiningen der Grundsatz, daß nach dem Einkommen die Kirchensteuer zu zahlen ist. Da nun in der Regel das Einkommen des Mannes in Betracht kam, ging die Kirche leer aus, wenn der Mann aus der Landeskirche austrat. Um nun der Kirche die Steuern zu retten, soll in Zukunft, wenn der Mann aus der Kirche ausgetreten ist, die Frau zur Hälfte des Einkommens des Mannes die Kirchensteuer bezahlen. Man will dadurch offensichtlich dem Austritt aus der Landeskirche entgegentreten. Nach jetziger Zusammensetzung des Landtages ist allerdings nicht zu erwarten, daß die ungerechte Zumutung der Geistlichkeit Gesetz wird.

Ungiltige Wahlen. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte die Wahl des Abgeordneten Kaphengst (Kons.) Frankfurt a. O.-Ost- und Weststernberg für ungiltig. — Ebenso wurde die Wahl des konservativen Abgeordneten Arnstadt in Mühlhausen-Langensalza für ungiltig erklärt.

Die Reichsversicherungsordnung. Die Arbeiten des Bundesrats sollen sich dem Abschlusse nähern. Ende der Woche beginnt eine dritte Lesung in den zuständigen Ausschüssen. Das Ergebnis der Beratungen wird dann Anfang März dem Bundesrat vorgelegt werden. Es ist zu erwarten, daß bald darauf die Vorlage an den Reichstag gelangen wird.

Ausland

Costas Tod vor der Kammer.

Aus Rom wird gemeldet:

Nach einer warmen Sympathiekundgebung für die Opfer der Ueberschwemmungen in Frankreich hat die italienische Kammer heute ihre Sitzung dem Andenken Andrea Costas gewidmet. Als der Kammerpräsident Marcora das Wort ergriff, um des verstorbenen Kollegen zu gedenken, erhob sich nicht nur die äußerste Linke, sondern die ganze Kammer von den Sitzen und auch die Minister hörten die Gedächtnisrede stehend an. Marcora gedachte der langjährigen persönlichen Freundschaft, die ihn mit dem Verstorbenen verband, seiner langen parlamentarischen Wirksamkeit und seines unermüdlichen Wirkens für die Sache des Proletariats. Er bezeichnete Costa als einen der wesentlichsten Faktoren der politischen Hebung und des sozialen Aufstieges der italienischen Arbeiterschaft. [illegible] sprachen die Abgeordneten Frabeletto für die Radikalen, Lacava, ein Ex-Minister und Giolittianer, Pallini für die konstitutionellen Demokraten, weiter der Ex-Minister Rava, der Radikale Fera, Genosse Bentini und die Republikaner Mazza und Mirabelli. Genosse Bentini betonte in warmer und schlichter Rede, daß er gern einem Verdienteren die Aufgabe überlassen hätte, im Namen der Parteifraktion Costas zu gedenken, aber die Wahl der Fraktion sei auf ihn als einen der jungen gefallen; die Jugend, weil sie mehr der Zukunft zugewendet ist, sei seinen Fraktionskollegen am berufensten erschienen die Gedächtnisrede auf Costa zu halten, dessen ganzes Leben der Zukunft zugewendet war. Bentini hat dann die Einmütigkeit der Trauerkundgebung konstatiert. Sie ginge darauf zurück, daß sich Costa in jedem Augenblicke seines Lebens: als junger Mensch vor den Assisen wie als reifer Mann im Parlament, auf der Rednertribüne wie in den demonstrierenden Volksmassen, selbst in den Stunden des erregtesten Kampfes von jeder persönlichen Erbitterung und jeder Gehässigkeit freigehalten. Er schonte die Menschen, um seiner Sache zu dienen. „Unsere Ideale“, fährt Bentini fort „die zum Triumph berufen sind, was auch immer sich ihnen entgegenstellen möge, fordern von ihren Verfechtern Hingebung und Opfer. Opfer hat Costa in Ueberzahl gebracht. Der dumpfe tumultuarische Groll der Massen wurde in ihm Bewußtsein, und es war Costas Stolz, immer ein bereites Werkzeug der Klassenbedürfnisse des Proletariats zu sein, ohne Schonung für sich selbst, aber ohne Haß gegen die Gegner. Man hat ihn an der Propaganda seiner Ideen hindern wollen, aber seine Gefängniszelle und sein Exil scharten die Massen um ihn und riefen sie zum Kampfe auf. Je mehr man ihn verfolgte, um so reiner strahlte die Wirkung seiner Persönlichkeit. Mit ihm hat man ein Stück der Geschichte unserer Partei zu Grabe getragen, den leuchtendsten Träger unseres Idealismus. Unsere Partei hat viel von ihm zu lernen. Wenn auch die Zeiten vorüber sind, in denen die Bewegung unsere Handgelenke forderte, um ihnen Handschellen anzulegen, so fordert sie doch weiter das, was Costa in hohem Maße besaß, seine lautere Seele, frei von Neid und Haß, die ohne persönliche Zwecke ihre ganzen Kräfte an ihre Aufgabe setzt.“

Anhaltender Beifall folgte den Schlußworten Bentinis. Nachdem andere Abgeordneten die Gedächtnisreden auf die verstorbenen Deputierten De Michetti und Majorana gehalten hatten, ergriff der Ministerpräsident Sonnino das Wort, der im Namen der Regierung der Trauerkundgebung für Costa beitrat und mit der Erklärung schloß, daß das ganze in den Dienst seines Ideals gestellte Leben unseres Genossen die Achtung der Menschen aller Parteien verdiene. Darauf beschloß die Kammer eine achttägige parlamentarische Trauer und hob zur Ehrung des Andenkens Costas die Sitzung auf.

Der Zar als Beschützer politischer Flüchtlinge!

Der persische Bandenführer Rachim-Chan, der gegen die konstitutionelle persische Regierung kämpfte und die nördlichen Provinzen durch Raub und Plünderung heimsuchte, ist mit ausdrücklicher Zustimmung der russischen Behörden vor den Regierungstruppen auf russisches Gebiet geflüchtet. Die Forderung der persischen Regierung, Rachim-Chan auszuliefern, wurde abschlägig beschieden. Die offizielle Petersburger Telegraphen-Agentur begründet nun diese Weigerung damit, daß Rachim-Chan „in den Augen der russischen Regierung ein politischer Flüchtling sei, und als solcher, im Einklang mit dem allgemein üblichen internationalen Brauche, der Auslieferung nicht unterliege“. Die Schamlosigkeit dieser offiziellen Erklärung übertrifft alles bisher Dagewesene. Die zarische Regierung, die von den europäischen Staaten und von Amerika die Auslieferung politischer Flüchtlinge fordert, und sie auch zuweilen durchsetzt, dieselbe Regierung, die nach dem einstimmigen Beschluß der bayerischen Abgeordnetenkammer, den Auslieferungsvertrag mit Rußland zu kündigen, den politischen Flüchtlingen das Asylrecht raubte, alle Hebel in Bewegung setzte, um diesen Beschluß illusorisch zu machen, — diese Regierung wagt es nun, scheinheilig von dem „allgemein üblichen internationalen Brauch“ zu sprechen, wonach politische Flüchtlinge nicht ausgeliefert werden. Was tut's, daß die Zarenregierung diesen „Brauch“ nur anwendet, wenn es gilt, einen verbündeten persischen Räuberhauptmann zu beschützen! Bei der nächsten Gelegenheit wird sie wieder mit ihren Auslieferungsforderungen an die europäischen Regierungen herantreten — und dort ein williges Ohr für ihre blutdürstigen Wünsche finden.

Persien unter englisch-russischer Vormundschaft. Aus Teheran meldet das „Reutersche Bureau“ vom Montag: Dem Vernehmen nach haben sich die englische und die russische Regierung nach länger als zwei Monate dauernden Verhandlungen bereit erklärt, das Ersuchen Persiens um Gewährung eines Vorschusses von 500.000 Pfund Sterling am Dienstag dahin zu beantworten, daß unter gewissen Bedingungen 400.000 Pfund gewährt werden sollen. In Anbetracht der kürzlich eingetretenen Verschlechterung in den Beziehungen zwischen Rußland und Persien ist es freilich nicht ausgeschlossen, daß das Medschlis die Bedingungen, die es vor einem Monat für nicht zu hart gehalten haben dürfte, nicht annimmt.

* * *

Aus der belgischen Kammer. In der belgischen Kammer begann die Debatte über die Interpellation der Sozialisten und der Liberalen betr. die Unterrichtsfrage in Belgien. Der erste Interpellant, Genosse Bertrand, weist auf den ununterbrochenen Kampf hin, welchen die Klerikalen, seitdem sie am Ruder sind, gegen den Unterricht organisiert haben. Charakteristisch bei diesem Kampf ist die Begünstigung der katholischen Schulen zum Nachteil der evangelischen Schulen. Die Zahl der Normalschulen betrug im Jahre 1883 270. Dieselbe ist im Jahre 1905 auf 13 heruntergegangen. 1883 bestanden nur 14 katholische Kindergartenschulen, während 1907 nicht weniger als 1967 vorhanden waren. Die Interpellationsberatungen werden noch einige Tage in Anspruch nehmen.

* * *

Ende des Zollkrieges mit Kanada. Im kanadischen Parlament gab Finanzminister Fielding bekannt, daß ein provisorisches Handelsabkommen zwischen Kanada und Deutschland geschlossen sei, wodurch der Zollkrieg am 1. März zu Ende geht. Dem Abkommen gemäß wird der kanadische Zollaufschlag auf deutsche Waren aufgehoben und der Generaltarif in Kraft gesetzt.

* * *

Eine Verschwörung in Korea. In Söul, der Hauptstadt von Korea, entdeckte man eine Verschwörung. Ein Koreaner gestand, daß es die Absicht der Verschworenen war, alle Mitglieder der Regierung und die führenden Japaner umzubringen. Fünfzehn Personen wurden verhaftet.

Partei-Angelegenheiten.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Kassel wurden alle 5 bürgerlichen Kandidaten mit einer Mehrheit von ca. [illegible]30 Stimmen gegen die Sozialdemokraten gewählt.

Der Reichsverband trieb ungeheueren Terrorismus und brachte damit das ganze Beamtenheer an den Wahltisch. So siegte denn auch die reichsverbändlerische Liste mit 6360 Stimmen über unsere Partei mit 4490 Stimmen.

Verantwortlicher Redakteur: [illegible]. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar [illegible]. — Druck von [illegible] G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 2 Beilagen.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Confirmations-

Anzüge in Kammgarn od. Cheviot, schwarz od. blau, in bester Ausführung. Reiche Auswahl.

Mk. 11.– 12.– 15.– 18.– 22.– 25.– und höher. 778

S. Guttentag

Altbüsserstr. 5, I. bis III. Etage.

Versandhaus eleganter Garderobe für Herren und Knaben.

Am 14. d. Mts. verschied plötzlich und unerwartet in Ausführung seines Berufs unser werter Freund

Herr Wilhelm Pawel

im ehrenvollen Alter von 64 Jahren. 839

Ein dauerndes Andenken bewahren ihm

Die Stammgäste der Stadt New-York, Mariannenstr. 3.

Stadt-Theater.

Donnerstag, 7½ Uhr: „Falstaff".
Freitag, 7½ Uhr: „Der Ring der Nibelungen".
Vorabend: „Das Rheingold".
Sonnabend, 7½ Uhr: „Madame Butterfly".

Lobe-Theater.

Donnerstag, 7½ Uhr: „Die geschiedene Frau".
Freitag, 7½ Uhr: „Der Skandal".
Sonnabend, 7½ Uhr: „Ein Herbstmanöver".

Thalia-Theater.

Donnerstag: Gruppe II. 5. Vorstellung. „O Eva".
Sonntag, 7½ Uhr: „Die fremde Frau".
Billettverkauf Freitag und Sonnabend von 10–2 Uhr im Thalia-Theater und im Stadt-Theater.

Schauspielhaus

Donnerstag 8 Uhr: „Die Millionenbraut".
Freitag geschlossen wegen Vorbereitung zu „Reiche Mädchen".
Sonnabend, 8 Uhr: Premiere. „Reiche Mädchen".
Operette von Ferdinand Stollberg. Musik von Johann Strauß.

Verkehrsbüro Barasch.

:: Breslauer :: Schauspielhaus

Montag, den 21. Februar, abds. 8 Uhr:

Volkstümliche Vorstellung zu kleinen Preisen. 842

„Das ist der Gipfel".

Schwank in 3 Akten von Georg Okonkowski.

Preise der Plätze:

Loge	Mk. 2.50
Orchester-Fauteuil	„ 1.75
Parkett	„ 1.50
I. Rang 1.–3. Reihe	„ 1.75
4.–7.	„ 1.50
II. Rang-Loge	„ 1.00
II. Rang 1.–3. Reihe	„ 1.00
4.–6.	„ 0.75
7.–9. „ Mitte	„ 0.50
Galerie-Loge	„ 0.30
Galerie	„ 0.30

Vorbestellgebühr wird nicht erhoben. Vorverkauf im Verkehrsbüro Barasch, an der Tageskasse des Theaters und eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung.

Zeltgarten

Dir.: H. Kreinsik.

Täglich: **Künstler-Vorstellung.**

Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag nachmittag: **Kinder-Vorstellung** Kleine Preise.

Palmengarten.

Dir. H. Kreinsik.

Täglich: **2 Kapellen.** Entree frei!

Schneider auf gute Saltos, Knabenjacks, Anzüge und Hosen sucht Stark, Wallstr. 17. [837

Hosennähterinnen f. l. n. bei Kliesch, Ulerstr. 34 2 Tr. [838

50 Mk. Wochenlohn oder 50–60 % Provision zahlen Jeder, der den Vertrieb meiner Aluminiumwäsche und -Waren übernimmt. — Großartige Neuheiten, welche garantiert noch nicht im Handel gewesen sind. Aluminiumwaren sind spielend leicht verkäuflich. Auskunft und Muster gratis. Es versäume daher niemand anzufragen. Reisende genügt. [833

Schilderfabrik Post Erbach i. Westerwald.

Zeugnis-Kopieren, billigst. Zeugnisse Bewerbungsschreiben gratis. 532 W. Scherz, Neuschestraße 57.

Masken-Verleih-Institut Rieder-Hermsdorf. Den werten Gönnern und Gönnerinnen empfiehlt ich mein [837 neuestes Maskenlager einer gütigen Beachtung. Paul Hübner, Friseur.

J. Kühne-Kostrin das ganze Pfund 10 Pfennige. Herzog-Drogerie 546 Matthiasstraße 72, Ecke Kaiserstraße.

Gebrüder Grätz, Schlesien, frische Geräucherte Fischkostelaus empfiehlt 843 Daniel Hoffmann Tauentzstraße 12. Tel. 2044.

Auf Teilzahlung erg. 11. Wochen- oder Monatsrate gleich ein. Herren Personen jed. Standes (auch Unterchir.) geld. z. 50. Herren- u. Damenuhren, Trauringe, goldene Ringe, Ketten, sowie komplette Gold-, Silber- und Double-Betten. Schöne Konfirm.-Geschenke. Gef. Off. z. A. 600 Ex. d. Ztg. [836

Kinderwagen-Angebot [illegible] Kinder, Mädchen, Möbel [illegible] Zu billigen Preisen überall. [774 Kunschak, Albrechtstr. 75.

Uhren, neu und gebraucht, [illegible] Frdr.-Wilhelmstr. 80, 1. [809

Paul Hechner, Bürstenmachermeister, Kaiserstr. 27, fertigt sämtliche Bürsten u. Kämme, Schwarzbürsten, Besen, Fensterleder, Matten [illegible] 835

Liebichs Etablissement Täglich: **Hartstein** und das glänzende Februar-Programm. Anfang 7½ Uhr. Zur Billettverkauf für Sonntag-Nachm. 5 Uhr geöffnet.

Viktoria-Theater Gastspiel Henry **Bender** „Der süße Toffel". **Carl Schmitz** „Herbstmanöver". Anfang 7½ Uhr.

Dresdner Eis-Palast größte Anstalt Breslaus Gartenstrasse 79. 9 Pf. — Reformbier — 9 Pf.

Kohltabake in großer Auswahl empfiehlt billigst Carl Rother & Rode Breslau 1, Sonnenstr. 26.

Verband freier Gast- und Schankwirte.

Versammlung

Freitag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, bei Kollegen Drescher, Glogauerstraße 7. — Aufnahme neuer Mitglieder. [874

Wilhelmsburg Inhaber Franz Hötzel. Heute Donnerstag: Auf Verlangen nochmals Bockfest-Kränzchen mit Bockmützen-Polonäse. — Bockbier gratis. — Sonnabend: Masken-Ball v. Spiel-Club „Treff". 835

Hentschel's Etabl. Pöpelwitz. Heute Donnerstag: Letztes Bockfest in dieser Saison. 834 Tanz-Kränzchen. Entree frei. Sonnabend: Mundharmonikaverein „Edelweiß".

Arbeiter-Gesang-Verein „Freie Sänger", Altwasser. Sonnabend den 19. Februar 1910, im „Deutschen Kaiser": **Großer Maskenball** mit Karnevals-Rummel. 830 Maskenkarten Herren 50, Damen 25 Pf., sind im „Kaiser" zu haben. Anfang 7 Uhr. Maskeneinzug 8 Uhr. Alle Genossen und Genossinnen ladet ein Der Vorstand.

Achtung! Weißstein. Achtung!

Arbeiter-Radf.-Verein „Einigkeit". Zu dem am Sonntag, den 20. Februar stattfindenden 831 **Fastnachts-Kränzchen,** bestehend aus Tanz und Reigenfahren, ladet alle umliegenden Bundesgenossen, sowie Freunde und Gönner des Vereins freundlichst ein Der Vorstand.

Arbeiter-Turn-Verein „Vorwärts", Nieder-Hermsdorf. Sonntag, den 20. Februar 1910 im Gasthof „Zur Friedenshoffnung": **Grosses Masken-Kränzchen.** Punkt 7 Uhr: Masken-Einzug, von da ab 2 Kapellen. Anfang 6 Uhr. Maskenkarten sind zu haben beim Friseur P. Hübner und beim Kassierer M. Grosser, Bergmannshütte 21a. 830 Mitglieder, sowie Freunde und Gönner des Vereins werden hiermit herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 28. Februar, abends 8 Uhr:

Grosser humoristischer Abend

arrangiert vom Gewerkschaftskartell unter Mitwirkung der beliebten Volks-Sänger-Gesellschaft Strzelewicz-Berlin. 829

Einen genussreichen Abend versprechend, ladet ergebenst ein

Eintritt 20 Pf. Das Komitee.

Weltstoff?? 804

Wir empfehlen:

Das persönliche Regiment :: vor dem deutschen Reichstag. ::

Preis 25 Pfg.

Buchhandlung „Volkswacht".

Masken-Kostüme 6153

Grösstes Spezial-Verleih- u. Versandhaus 1. Ranges

A. Franz Nch. H. Wiersing

Messergasse 1, am Neumarkt. — Tel. 7996.

Fabrik histor. Festzugs- u. Quadrillen-Kostüme

Krimke & Co.

Breslau, Neue Graupenstrasse 7.

Billigste Bezugsquelle für 6188 **gebogene Möbel**

Spezialität **Restaurations- und Saal-Stühle.**

Preis-Listen gratis und franko.

Das erste Lebensjahr

von Dr. Silberstein.

Kann jeder jungen Mutter zur Anschaffung empfohlen werden.

Preis 20 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht".

Sozialdemokratische Gemeinde-Bibliothek.

Bisher sind erschienen:

Heft 1. **Das kommunale Wahlrecht.** Von Paul Hirsch und Dr. H. Lindemann. Preis 50 Pfennig.

Heft 2. **Kommunale Arbeiterpolitik.** Von Dr. H. Lindemann. Preis 60 Pfennig.

Heft 3. **Kommunale Schulpolitik.** Ein Führer durch die Gemeindetätigkeit auf dem Gebiete der Volksschule. Von Dr. M. Quarck. Preis 1 Mark.

Heft 4. **Kommunale Wohnungspolitik.** Von Paul Hirsch. Preis 1 Mark.

Heft 5. **Steuern und Gebühren.** Von Dr. H. Lindemann. Preis 60 Pfennig.

Heft 6. **Die städtische Regie.** Von Dr. H. Lindemann. Preis 75 Pfennig.

Heft 7. **Das Submissionswesen.** Von Fritz Paeplow. Preis 1 Mark.

Heft 8. **Englische lokale Selbstverwaltung und ihre Erfolge.** Von William Sanders. Preis 75 Pfennig.

Heft 9. **Hygiene der Städte.** 1. Die Trinkwasserversorgung. Von Dr. J. Zadek. Preis 1 Mark.

Heft 10. **Kommunale Arbeitslosenfürsorge.** Von F. Zietsch. Preis 1 Mark.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung „Volkswacht".

Prob Pilsner FULDE

BRAUEREI M. FULDE SACKRAU-BRESLAU.

Niederl.: Michaelstr. 26, Tel. 867.

Cabliau Seelachs

Von diesen beiden fast grätenlosen Fischarten fingen unsere Dampfer am meisten.

Heute, morgen und übermorgen verkaufen wir:

lebendfrischen Cabliau u. Seelachs Pfd. zu 20 Pfg.

Postkollis Cabliau od. Seelachs inkl. Verpackung Mk. 1.80.

D. D.-F.-G. Nordsee,

Schmiedebrücke, Bahnbogen und beide Markthallen. 840

1. Beilage zu Nr. 41 der „Volkswacht".

Freitag, den 18. Februar 1910.

Arbeiterbewegung.

Das Urteil im Mansfelder Schwurgerichtsprozeß wurde am Mittwoch nach dreitägiger Verhandlung gefällt. Vormittags wurden zunächst die Zeugenvernehmungen zu Ende geführt. Danach begannen die Plaidoyers, die mehr als 4 Stunden währten. Der Staatsanwalt beantragte, die Schuldfragen auf einfachen Landfriedensbruch bei sieben Angeklagten, auf schweren Landfriedensbruch bei einem zu bejahen. Die Rechtsanwälte Landsberg, Heine und Müller ersuchten um Verneinung dieser Schuldfrager, und hielten höchstens bei einigen Angeklagten Körperverletzung und Beleidigung für erwiesen.

Nach anderthalbstündiger Beratung fällten die Geschworenen ihren Wahrspruch. Er lautete auf Freisprechung bei vier Angeklagten, schuldig des einfachen Landfriedensbruches bei acht Angeklagten.

Der Staatsanwalt beantragte hierauf gegen die Angeklagten, unter denen sich eine alte Frau befindet, Gefängnisstrafen von sechs bis dreizehn Monaten, **insgesamt 74 Monate**. Den Angeklagten seien mildernde Umstände zuzubilligen, da sie aufgehetzt worden seien. Man möge ihnen auch die erlittene Untersuchungshaft anrechnen. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Staatsanwaltes an und erkannte nach einstündiger Beratung dem Antrage gemäß. — Die in Haft befindlichen Angeklagten wurden sofort entlassen.

Insgesamt wurden in Mansfelder Prozessen bisher **13 Jahre und 3 Monate Gefängnis** verhängt.

Ein interessanter Rechtsstreit. Wie wir seinerzeit berichteten, wurde beim Gewerbegericht Lechhausen vor einiger Zeit eine Massenklage anhängig gemacht. Infolge des Streiks in einer Abteilung der Mühfadenfabrik Lechhausen hatte die Direktion die Arbeitszeit in den anderen Abteilungen bis auf die Hälfte eingeschränkt, ohne die Arbeiter davon vorher in Kenntnis zu setzen. Die Arbeiter erlitten dadurch unverschuldet einen ganz erheblichen Verdienstausfall, weshalb 309 im Betrieb beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen die Firma auf Zahlung des ihnen auf diese Weise entgangenen Verdienstes verklagten. Nach wiederholter Vertagung kam die Klage nunmehr vor dem Gewerbegericht in Lechhausen zur Entscheidung. Nachdem die Rechtslage in allen Fällen gleich war, wurde ein Fall herausgegriffen, der dann für sämtliche Klagen entscheidend sein soll. Das Gewerbegericht verpflichtete die beklagte Firma zur Zahlung der Entschädigung, und zwar für 17 Tage entgangenen Lohnes. Aus der Urteilsbegründung sei angeführt:

„Die Paragraphen 615, 293 und 324 des Bürgerlichen Gesetzbuches besagen, daß der Arbeiter von dem Arbeitgeber die vereinbarte Vergütung verlangen kann, wenn der Dienstberechtigte (Arbeitgeber) mit der Annahme der Dienste in Verzug gerät. Der klare Wortlaut des Gesetzes läßt erkennen, daß der Arbeitgeber auch zahlen muß, wenn er unverschuldet in Verzug gerät. In diesem Falle habe aber die Firma die Schuld zu tragen, da sie durch ihr Verhalten den Streik in der Pumpstation veranlaßt hat. Eine Betriebsstörung lag auch nicht vor, da ein partieller Streik eine solche nicht darstellt." — Am gleichen Tage kam auch die Klage von 24 streikenden Arbeitern der Pumpstation gegen die gleiche Firma zur Verhandlung. Die Leute hatten wegen Lohnreduktion und Maßregelung die Arbeit eingestellt. Die Firma hatte sich nun geweigert, den als Kaution einbehaltenen Lohn von drei Tagen herauszuzahlen, weil die Streikenden kontraktbrüchig geworden seien. Auch in diesem Fall entschied das Gericht zu Gunsten der Kläger. Es stellte fest, daß die Kläger nicht kontraktbrüchig geworden seien, die Firma durch ihr Verhalten vielmehr den Streik verschuldet habe, weshalb die zurückbehaltenen Löhne herausbezahlt werden müssen. Die Gesamthöhe der Streitsumme in den vorliegenden Fällen dürfte sich auf etwa 5500 Mark belaufen.

Bergarbeiter und Wahlrechtskampf. Die neueste Nummer der „Bergarbeiterzeitung" widmet einen großen Teil ihres Raumes dem preußischen Wahlrechtskampf, an dem die Bergarbeiter ja in besonderem Umfange interessiert sind. Im ersten der Wahlrechtsartikel heißt es einleitend:

„Wir zählen in jenem merkwürdigen Lande, das man Preußen nennt, mehr als 600.000 Bergarbeiter; in das Berufsdasein spielt hinein die preußische Gesetzgebung, oft und tief einschneidend! Aber wir sind nicht allein Bergarbeiter, wir sind auch preußische Staatsbürger, die trotz allerlei und stiefmütterlicher Behandlung zu allen sogenannten Untertanenpflichten herangezogen werden. Daraus und aus der ersten Feststellung ergibt sich die Selbstverständlichkeit, daß wir als Staatsbürger und Bergarbeiter zugleich an der Entwicklung Preußens ein großes Interesse haben."

Es wird dann besonders das Verhalten des Zentrums und der christlichen Arbeiterführer beleuchtet und deren Worte und Taten hinsichtlich der Wahlrechtsfrage gegenübergestellt.

In einem Artikel „Die Bergarbeiter und die preußische Gesetzgebung" heißt es zum Schluß:

„In den Bergrevieren häufen sich die Bilder des Elends. Und unten in der Tiefe da treibt man Schindluder mit den Knappen, da treibt ein Mißstand nach dem andern, schlechte Behandlung und wüste Antreiberei, die Bergarbeiter in grenzenlose Erbitterung. Trotz schwerer Arbeit hungern Tausende und Abertausende von Bergarbeitern nebst ihren Familien, weil der Lohn nicht ausreicht. Für die Schränke der Grubenkapitalisten ergießen sich indessen Goldströme! Alles umrahmt dann noch der einseitige, vom Uebermut der Werksherren diktierte Arbeitsnachweis!

Ob es den 600.000 Knappen so ginge, wenn man sie als gleichberechtigte Bürger im Staate, als Menschen im wirtschaftlichen Leben betrachtete? Wohl nicht! Wann wird es so weit kommen? Das weiß man jetzt noch nicht! Eins aber wissen wir heute schon: Hätten die Bergarbeiter, überhaupt die Arbeiter, die staatsbürgerlichen Rechte, die ihnen zukommen, übten sie einen Einfluß auf die Gesetzgebung aus, wie es sich gehörte, dann sähe gewiß vieles anders und besser im Bergbau aus."

Eine vernünftige Ansicht in Lohnfragen. Mehrere Handlungsgehilfenverbände haben an die Handelskammer für Schwaben das Ansuchen gerichtet, bei den selbständigen Kaufleuten im Bezirke auf eine entsprechende Erhöhung der Gehälter der Angestellten in Rücksicht auf die Verteuerung der Lebenshaltung, wie sie in den letzten Jahren, neuerlich wieder durch die Reichsfinanzreform verschärft, hinwirken zu wollen. Bei der Besprechung der Anträge in der letzthin stattgefundenen Sitzung der Handelskammer wurde anerkannt, daß Industrie und Handel ein moralisches Interesse daran zu nehmen haben, die Lage der Angestellten wirtschaftlich so zu gestalten, daß daraus Arbeitsfreudigkeit körperliche und geistige Leistungsfähigkeit und Anteilnahme an dem Geschick der Unternehmungen, welchen die Angestellten ihre Kräfte leihen, entspringen könne. Die Kammer empfiehlt daher den Firmen des Bezirks, soweit diese nicht ohnehin initiativ im gleichen Sinne vorgegangen sind, bei Bemessung der Angestelltengehälter im Rahmen des ihnen wirtschaftlich Möglichen die eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung berücksichtigen zu wollen.

Ob der Anregung Folge geleistet wird, ohne daß eine gewerkschaftliche Organisation dahinter steht, erscheint zwar sehr zweifelhaft, immerhin ist die Ansicht der Handelskammer eine ganz löbliche.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. Februar.

Geschichtskalender.

18 Februar.

1803 Der Dichter Johann Wilhelm Ludwig Gleim in Halberstadt †.

1857 Der Maler, Radierer und Bildhauer Max Klinger in Leipzig *.

1886 Dritte Verlängerung des Sozialistengesetzes.

Wahlrechts-Demonstrationen sind gesetzlich erlaubt!

Just zur rechten Stunde bespricht in der neuesten Nummer der „Deutschen Juristen-Zeitung" Dr. Reichau die Entscheidung des Kammergerichts, in der dieses (abweichend vom Landgericht) sich dagegen ausgesprochen hat, daß eine Wahlrechtsdemonstration als „grober Unfug" zu bestrafen sei. Das Kammergericht begründete seine bemerkenswerte Entscheidung folgendermaßen:

Wie einerseits die Betätigung des Entschlusses, eine Ansicht öffentlich bemerkbarer und dadurch besonders eindringlicher Weise auch Andersdenkenden kundzutun, nicht für sich allein als Gefährdung der öffentlichen Ordnung angesehen werden kann, wenn sie sich nur innerhalb der durch die öffentliche Ordnung gezogenen Grenzen hält, so kann anderseits das politische Problem der Reform des preußischen Landtagswahlrechts die demonstrative parteipolitische Behandlung auf offener Straße nicht rechtswidrig machen. Vielmehr kommt es lediglich darauf an, ob der Angeklagte durch sein Benehmen an und für sich die öffentliche Ordnung gefährdet hat. Da dies nicht geschehen ist, so muß der Angeklagte freigesprochen werden.

Diese Auslegung des § 360, 11 des Strafgesetzbuches entspricht — so führt Dr. Reichau mit Recht aus — dem Sinn des Gesetzes und steht mit der sonstigen höchstgerichtlichen Praxis im Einklang. Dafür verdient sie schon in rechtlicher Beziehung vollste Anerkennung. Aber noch mehr ist sie in politischer Hinsicht mit Freude zu begrüßen. Denn wenn auch alle Ausschreitungen bei parteipolitischen Massendemonstrationen scharf zu verurteilen sind, so dürfen doch solche Demonstrationen, die zur Weckung und Förderung politischen Interesses und Verständnisses in allen Schichten der Bevölkerung beitragen, nicht ohne weiteres von der Polizei verboten oder gar mit Gewalt verhindert werden. Umsoweniger, als die einzigen Ausschreitungen bisher nie von Teilnehmern der Demonstration, sondern von Polizisten begangen wurden. Freilich: Für die Breslauer Polizei gelten solche Entscheidungen des höchsten Gerichts nicht.

Natürlich hält das die immerdar zu Ungesetzlichkeiten bereite „Schles. Ztg." nicht ab, trotzdem die Straßendemonstrationen für ungesetzlich zu erklären — nur weil sie ihr peinlich sind. Aber was kümmern die Klopffechter der Junker richterliche Entscheidungen, wenn sie sich einmal nicht gegen Arbeiter und Sozialdemokraten ausschlachten lassen! Sie scheren sich doch auch sonst nicht um Gesetze. Kann es denn eine größere Heuchelei geben als die Klage über Ungesetzlichkeit im Munde von Leuten, welche systematisch den Duellmord und den Oldenburgischen Hochverrat verherrlichen, die in jedem Soldaten mißhandelnden Unteroffizier, wenn er einmal gefaßt wird, einen Märtyrer altpreußischer Tradition erblicken? Die Demonstranten haben sicherlich nichts Ungesetzliches begangen. Hätten sie es, die Junker wären wirklich die letzten, die ein Recht hätten, ihnen Vorhaltungen zu machen.

Sehr richtig bemerkt die „Berl. Volksztg." zu dieser Entscheidung:

„Es ist wertvoll, daß das Kammergericht das „Recht auf die Straße" den irrenden Polizeijuristen, den reaktionären Angstmeiern und den scharfmacherischen Hetzern gegenüber sichergestellt hat! Hoffentlich bringt die Kunde davon auch nach Breslau, wo für nächsten Sonntag großartige Demonstrationszüge geplant sind, die die Polizei nunmehr nicht wird verhindern können."

* **Justizrat Heilberg** ist dadurch, daß er sich kürzlich in den Aufsichtsrat der sogenannten „Treuhand-Gesellschaft" hat wählen lassen, in eine peinliche Situation geraten. Seine Berufskollegen haben ihm die Annahme dieser Wahl sehr verübelt, denn die „Treuhand-Gesellschaft" verfolgt den Zweck, Nachlässe, Erbschaften ꝛc. zu regulieren. Dadurch wird den Anwälten viel Honorar

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Ermordung Shakespeares. Eine sehr merkwürdige Geschichte liest man in der „Bibliotheque Universelle et Revue Suisse": „Einige Amerikaner", so heißt es dort, „haben, wie bekannt, durch kryptographische (Geheimschrift) Studien festgestellt, daß Shakespeares Dramen ganz sicher von Francis Bacon geschrieben worden sind. Shakespeare hat nur seinen Namen hergegeben; er war ein ganz obskurer Komödiant, der sich von Bacon für Geld und gute Worte zum Dramendichter stempeln ließ. Bacon, der ein sehr angesehener Mann war, hatte heimlich eine große Anzahl Theaterstücke geschrieben, was damals als eine geradezu entehrende Profession galt; der Dichter konnte daher seine Stücke nur unter einem angenommenen Namen zur Aufführung bringen lassen, und diesen Namen eben borgte er sich von Shakespeare." Das alles und noch mehr haben die klugen Amerikaner herausbekommen.

Nun tritt gar noch eine andere Gruppe amerikanischer Kryptographen auf und behauptet, in einem alten Buche aus der Zeit der Königin Elisabeth mittels einer höchst genialen Chiffriertabelle für die Hypothese, daß Bacon die Dramen Shakespeares geschrieben habe, die volle Bestätigung gefunden zu haben. Ja, die Herren haben sogar noch viel mehr gefunden: Shakespeare soll unter der Drohung, daß er der Welt mitteilen werde, wer die Dramen geschrieben habe, an Bacon Erpressungen verübt haben, bis Bacon sich nicht mehr zu helfen wußte und den Erpresser eines Tages im Handgemenge erschlug; er schnitt ihm den Kopf vom Rumpfe und begrub dann Kopf und Rumpf mit sämtlichen Manuskripten der Dramen an einem Wasp Hill genannten Orte. Diesen Ort hat man nach mühevollen Forschungen jetzt endlich an den Ufern der Wye entdeckt, und man hat bereits mit Ausgrabungen begonnen, weil man sich der Hoffnung hingibt, daß man Shakespeares Skelett und Bacons Manuskripte finden werde. Wenn man sie wirklich finden sollte, wird sich außer den kryptographischen Amerikanern vor allen Herr Edwin Bormann freuen.

Eine neue Technik der Holzbearbeitung. Auf der Fräsmaschine ist jetzt eine neue Arbeitsmethode erprobt worden, die dem modernen Kunstgewerbe ein neues Formengebiet zu erschließen verspricht. In erster Reihe hat die Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Krefeld die dahingehenden Versuche gemacht. Bisher wurde die Fräse als Ersatz für den Kehlhobel bei der Anfertigung schmückender Formen benutzt. So diente ihre Verwendung nur der Nachahmung, wobei aber das Quantum ihrer Arbeit das der Handarbeit stark überstieg. Hierin wurde der Hauptwert der Fräsmaschine erblickt. Noch heute wird es von manchem Fachmann als unmöglich bezeichnet, der Fräse eigene Formen abzugewinnen, die den ausdrücklichen Stempel der Maschine tragen und durch kein anderes Hilfsmittel erzeugt und ersetzt werden kann. Doch zeigen die Fräsarbeiten, die aus den Lehrwerkstätten der Krefelder Schule hervorgegangen sind, daß die Fräse in kurzer Zeit dazu berufen sein wird, eine neue Formengebung im Holzgewerbe herbeizuführen.

Aus aller Welt.

Für eine Birne — fast ins Zuchthaus. Mit genauer Not entrann dem Zuchthause jener Arbeiter, der in Neu-Ruppin an der Strane einem Kellnerlehrling eine Birne aus dem Einholkorbe „mopste". Das Neu-Ruppiner Schöffengericht hatte unglaublicherweise, als es sich im Vorjahre mit der Sache zu beschäftigen hatte, das Vergehen als Straßenraub und sich selbst für unzuständig erklärt. Der Birnenesser wurde verhaftet und eingesperrt und der Fall kam vor das Schwurgericht. Dieses lehnte dieser Tage verständigerweise das Vorliegen eines — mit Zuchthaus bedrohten — Straßenraubes ab und erkannte auf einfachen Mundraub. Immerhin verurteilte es den Arbeiter zu sechs Wochen Haft, der Höchststrafe.

Es ist das wieder einer der Fälle, der mit Schrecken erkennen läßt, was für Wirkungen unter Umständen die inhumane Handhabung der Gesetze haben kann. Ist eine Birne wirklich so viel Wert, daß ihr Diebstahl mit Zuchthaus bedroht und der Dieb wie ein Schwerverbrecher behandelt werden muß? Nach den Anschauungen der privatkapitalistischen Gesellschaft und ihrer Gesetzgebung: Ja! Denn das Privateigentum zu schützen, ist ihr oberster Zweck, mag der Arme dabei mit Leib und Seele untergehen.

Tierleben auf der Bühne. Während der Weihnachtsfeiertage war auf der Hinterbühne des Haller Stadt-Theaters ein kleiner Zoologischer Garten etabliert. Ein zierliches Reh sprang munter einher, um am ersten Festtag Nachmittag in der „Förster-Christel" eine Rolle zu spielen. Abends zogen in „Carmen" von der Hinterbühne her vier Rosse, zwei Maulesel und drei Ziegenböcke über die Szene. Ein Glas mit Goldfischen auf dem Tische des Requisiteurs erinnerte an die Wasserfluten, die am zweiten Festtag Nachmittag in „Undine" Kühleborn umrauschten. Ein Stamm Hühner mit ihrem stolzen Hahn kratzte bei der Abendvorstellung des „Fidelen Bauern" auf dem Theatermistbauten, der aus Stroh, Heu und mehreren Dutzend abgelehnter Stücke mehr reichlich als naturgetreu hergestellt war. Tauben gurrten in ihrem Schlag, und ein Affe, der die Kirmes im zweiten Akt echt gestalten half, versuchte nach ihnen zu springen. Den Clou der Feiertage bildete am dritten Festtag ein veritables Kamel, das im letzten Akt der „Königin von Saba" die Wüste durchquerte.

Ein Sträfling als Dramatiker. Aus New York wird berichtet: Eine interessante Premiere wird in den nächsten Wochen im New Yorker Komödien-Theater stattfinden: In einer besonderen Matinee wird ein Stück zur Aufführung gebracht, das einen Sträfling des Gefängnisses von Philadelphia zum Autor hat. In seiner Zelle hat der unbekannte Literat eine Reihe von Theaterstücken aus dem Französischen übersetzt und zu gleicher Zeit auch eigene Werke geschaffen. Die Arbeiten des Sträflings erregten in dem Verbande amerikanischer Dramatiker so lebhaftes Aufsehen, daß der Verband beschloß, die Aufführung der Stücke durchzusetzen. Ueber die Persönlichkeit des Dichters ruht der Schleier des Geheimnisses, denn die Behörden der Strafanstalt verweigern jede nähere Auskunft. Der Verfasser der Stücke rangiert in den Sträflingslisten als „Nummer B" und unter diesem Gefängnisnamen wird auch sein Werk zur Aufführung kommen.

Aus Liebe zur Mutter. Die Pariser Zeitungen erzählen die Geschichte des Galeerensträflings Rechane, die einem geschickten Autor den Stoff für ein Melodrama geben könnte. Rechane wurde am 4. Dezember 1903 wegen Mordes zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und nach Guyana gebracht. Im Oktober 1909 gelang es ihm, in die Wälder zu entkommen, sich nach großen Entbehrungen bis zur Küste nach Bard durchzuschlagen und dort mit einem Schiff als Matrose nach Marseille zu gelangen. Er mußte monatelang härter arbeiten und schlechter leben als in seiner Sträflingszeit. Aber er brachte es fertig, mit etwas Geld in der Tasche in seiner Heimatstadt Constantine anzukommen und seine alte Mutter zu besuchen und ihr seine kleinen Ersparnisse zu übergeben. Am Morgen darauf ging er zum nächsten Polizeibureau und stellte sich als entflohener Sträfling vor, bereit, seine Strafe von neuem anzutreten. Alle Entbehrungen und Gefahren hatte er auf sich genommen, um nur noch einmal seine Mutter umarmen zu können.

Ein großer Fabrikbrand. In der vorletzten Nacht herrschte im Südosten Berlins ein Großfeuer, das der Berliner Feuerwehr stundenlange Arbeit brachte. Es brannte auf dem Grundstück Köpenicker Straße 175 das Fabrikgebäude der Küchenmöbelfabrik von Franz Linke. Obgleich die Feuerwehr unter Anstrengung aller Kräfte gegen das Feuer vorging, konnte von dem dreistöckigen Gebäude doch nichts mehr gerettet werden. Sämtliche Etagen brannten vollständig aus. Bei den Löscharbeiten verunglückten zwei Brandmeister und ein Feuerwehrmann schwer. Die Feuerwehrleute hatten die schon geborstenen Steintreppen betreten und

entzogen, was sie sich nicht gefallen lassen wollten. Wohl weil er merkte, daß sich diese Tätigkeit mit der eines Anwaltes nicht verträgt, ließ bald der Vorsitzende der Gesellschaft, Justizrat Henschel, öffentlich erklären, er werde seine Anwalttätigkeit nicht mehr ausüben. Damit aber war die Anwaltkammer nicht zufrieden. Sie stellt den Herrn jetzt vor die Wahl, sich entweder löschen zu lassen in der Liste der Anwälte, oder aber sich einem Disziplinarverfahren zu unterwerfen. Justizrat Heilberg aber, von dem stolz in der „Morgen-Zeitung“ mitgeteilt wird, er habe sein Amt als Vorstandsmitglied in der Treuhand-Gesellschaft niederdelegt, hat dies nicht ganz freiwillig getan, sondern erst, als eine Anzahl Rechtsanwälte ihm nahegelegt, daß sich seine Tätigkeit in der Gesellschaft nicht mit seiner Tätigkeit als Anwalt vertrage. Erst da, und weil inzwischen bekannt geworden war, daß Justizrat Henschel ein Zirkular verschickt hatte, „das in seinen reklameartigen Versprechungen und Ankündigungen stark über das übliche Maß hinausgeht“, erst da legte Herr Heilberg das Amt nieder, um ein Einschreiten der Anwaltkammer (in dessen Vorstand er auch sitzt) zu vermeiden. Das Verfahren gegen Justizrat Henschel schwebt zur Zeit noch. In der letzten Versammlung der Anwälte wurde außerdem nach der „Morgen-Zeitung“ „die Mißstimmung über die marktschreierische Reklame der Treuhand-Gesellschaft und die Beteiligung des Justizrats Henschel an dieser Gründung unzweideutig zum Ausdruck gebracht“. In einer Berichtigung teilt heute Herr Heilberg mit, er habe dies Zirkular nicht gemißbilligt! Auf Herrn Henschel sind obendrein die Anwälte mit vollem Rechte auch deshalb nicht gut zu sprechen, weil er von den Gerichten allzu auffällig als gut honorierter Nachlaßpfleger rc. bevorzugt wurde.

* **Die Frommen an der Arbeit.** Ein reges Liebeswerben für die Kirche entfaltet zur Zeit in Breslau die hiesige Abteilung des frommen christlichen Blaukreuz-Verbandes. Obwohl dieser Verein die Trinkerrettung als eigentliche Parole auf seine Fahne geschrieben hat, ist seine gegenwärtige Agitation eine rein religiöse. In einer Reihe von Evangelisations-Vorträgen, die an den ersten drei Tagen dieser Woche allabendlich im „Deutschen Kronprinzen“ von verschiedenen Predigern und Evangelisatoren, darunter auch einem Oberleutnant a. D., gehalten wurden, wurde gegen das „immer weiter um sich greifende Freidenkertum“ Front gemacht. Da man gegen diese „Teufelsmacht“ mit Traktätchen und der „Kraft der Ueberzeugung“ allein nichts mehr auszurichten vermag, greift man zu mysteriösen Mitteln und erzählt dem anwesenden Publikum Dinge, die lebhaft an die bekannten biblischen Wundermärchen erinnern. So erzählte am Dienstag Abend ein Prediger Kusch aus Liegnitz eine Reihe von Histörchen, in denen er sich selbst die Heldenrolle des Gesundbeters beilegte. Unter anderem behauptete er, eine Frau von einer Knochenhautentzündung durch Salbung und Handauflegen, des weiteren ein Mädchen von der Gicht durch Gesundbeten geheilt zu haben, und noch andere merkwürdige Dinge, die wir jedoch wegen ihrer Lächerlichkeit nicht wiedergeben. Es grenzt geradezu ans Unglaubliche, in einer Stadt wie Breslau einen christlichen Prediger noch damit beschäftigt zu sehen, seinen Zuhörern derartige Dinge zu erzählen. Das Mysteriöse scheint sich in dieser Sekte überhaupt einer besonderen Beliebtheit zu erfreuen. So leitete Herr Pastor Regehly vor ungefähr Jahresfrist bei einer ähnlichen Gelegenheit den Untergang Messinas vom Schlachten eines Schweines am Charfreitage ab. Indessen dürfte diese Art beweiskräftiges Christentum in Breslau kaum noch Geschäfte machen. Die Zahl der am Dienstag Anwesenden, die fast durchweg aus Greisen, Frauen und Kindern bestand, und von denen im Laufe des Gehörten eine Anzahl sich noch entfernte, bewies das am besten. Auch pfäffische Märchen helfen nichts mehr. Es gilt nach wie vor: „Hinaus aus der Kirche“ für alle, die innerlich mit ihr und ihren Lehren gebrochen haben!

* **Breslau wird Großstadt, ist nicht mehr so zurückgeblieben.** Die bürgerlichen Blätter teilen mit, daß sich das Polizeipräsidium dazu entschlossen hat, ebenfalls, wie verschiedene andere Polizeiverwaltungen, Hunde in den Dienst der Kriminalpolizei zu stellen. Es befinden sich bereits 11 deutsche Schäferhunde in Dressur. Am vorletzten Dienstag hat im städtischen Hafengelände eine Vorführung der Polizeihunde stattgefunden, der eine Anzahl Kriminalbeamte beiwohnten. Die Leistungen der Hunde waren durchweg gut. Ob nun aber die Hunde zum Ausbaldowern von Sozialdemokraten oder zur Verhütung von Straßendemonstrationen verwandt werden sollen, davon melden die bürgerlichen Blätter nichts; mag dem sein wie ihm wolle, das eine steht fest, durch die Dressur von Polizeihunden fällt der Vorwurf: „Breslau ist eine zurückgebliebene Großstadt“ fort.

Ein bürgerlicher Wahlrechtsumzug am 27. Februar.

Da den Sozialdemokraten der geplante Wahlrechtsumzug durch die Stadt polizeilich und ohne jeden stichhaltigen Grund verboten worden ist, haben soeben die Breslauer Demokraten (Sozialliberaler Verein) beschlossen, ihrerseits beim Polizei-Präsidenten die Genehmigung zu einem Wahlrechtsumzug durch die Stadt nachzusuchen. Ferner beschloß der Verein, die Liberalen und Sozialdemokraten zur Beteiligung an diesem Umzuge einzuladen.

Es ist also dafür gesorgt, daß die Polizei sich der soeben bekannt gewordenen Entscheidung des Kammergerichts erinnert und — daß die Polizei nicht zur Ruhe kommt. Wird sie nun bald nachgeben?

* **Gegen die Wahlrechtsvorlage der Regierung.** Die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion in Breslau hat heute in der Versammlung folgenden Antrag eingebracht:

Wir beantragen:

Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, an das preußische Abgeordnetenhaus eine Petition um Ablehnung der Wahlrechts-Vorlage zu richten und ersucht den Magistrat, sich dieser Petition anzuschließen.

Durch die Wahlrechtsvorlage der preußischen Regierung wird die bisherige Einteilung der Wahlkreise beibehalten, ebenso die Dreiklassenwahl und die öffentliche Abstimmung. Breslaus Interessen werden dadurch schwer geschädigt, weshalb eine entsprechende Abänderung der Vorlage gefordert wird.

Vielleicht schließt sich die liberale Mehrheit der Versammlung dieser Petition an.

* **Wasserversorgung von Krietern.** Die „Schlesische Zeitung“ berichtet: Einen wichtigen Faktor in der Entwickelung unserer aufblühenden Nachbargemeinde Krietern bildet die Frage der Wasserversorgung. In Krietern ist zwar auf jedem bebauten Grundstück mindestens ein Brunnen vorhanden, welcher das Grundstück ausreichend mit gutem Wasser versorgt. Gleichwohl hat man sich bemüht, durch Tiefbohrungen, welche die Gemeinde seit Jahresfrist im Tal der Lohe ausführen läßt, festzustellen, ob eine Bevölkerungszahl von 4000 bis 5000 Seelen, mit welcher für die Zukunft gerechnet werden muß, mit brauchbarem Grundwasser versorgt werden könnte. Diese Wasseranlage ist zugleich die Vorbedingung für die Kanalisation. Das erste Bohrloch ist bis zu einer Tiefe von 200 Metern getrieben worden. Es sind auch wasserführende Erdschichten angebohrt worden, deren Wasser bei der Untersuchung zwar als hart, aber keimfrei und für den Genuß brauchbar befunden wurde; doch entspricht die gefundene und stetig noch laufende Wassermenge nicht dem erforderlichen Quantum. Es ist deshalb in einiger Entfernung ein zweites Bohrloch angelegt worden. Von diesem konnte in der Februar-Sitzung des seit Oktober vorigen Jahres bestehenden Ortsvereins Krietern, der sich bereits mehrfach mit der Frage der Wasserversorgung beschäftigt hat, die Mitteilung gemacht werden, daß in einer Tiefe von 78 Metern eine mehrere Meter mächtige Sandschicht angebohrt worden ist, welche, ohne zu pumpen, in der Stunde (?) 8 Kubikmeter Wasser liefert.

* **Vortrag für Frauen über Wärmekultur.** Gegenwärtig hält der Direktor Uhlig vom Waldsanatorium Oybin wissenschaftliche Lichtbilder-Vorträge in den verschiedenen Lokalitäten von Breslau ab, die in der Hauptsache einer neuen Errungenschaft in der Heilkunde, der Wärmekultur, gewidmet sind. Am Mittwoch fand ein derartiger Vortrag für Frauen und Mädchen über 18 Jahre im Etablissement Friebeberg statt. Wenn man sich die heutige Generation ansehe, so könne man sagen, daß mindestens 80 Prozent der Bevölkerung krank sei, speziell nervös. Im deutschen Reiche kämen jährlich 13 000 Selbstmorde vor, die hauptsächlich der Nervosität zugeschrieben werden müßten und der größte Teil der Selbstmorde werde von Frauen verübt. Sogar 70 Kinder befanden sich darunter. Es sei auch kein Wunder, daß das heutige Menschengeschlecht so nervös sei, denn das Leben stelle immer größere Anforderungen und Ansprüche an die Arbeitskraft des Menschen. Kapitalistische Spekulationen rc. nehmen immer größeren Umfang an. Es sterben jährlich 180 000 Menschen an Schwindsucht und gegenwärtig seien 1 200 000 Menschen tuberkulös krank und siech. In der Hauptsache seien aber die Frauen krank und elend. Bei Tausenden kommen Neubildungen im Unterleibe vor, ohne daß sie davon etwas wissen. Viele können ihrer Mutterpflicht nicht genügen. Hier ist eben der Fortschritt die Wärmekultur. Der menschliche Körper ist zu sehr wärmebedürftig. Wenn der Herbst und Winter kommt, wird man finden, daß gerade die meisten Krankheiten und Todesfälle vorkommen. Das kommt daher, weil die Kälte ein Feind der Menschheit ist. Vor ungefähr anderthalb Millionen Jahren war der Erdball noch mit größerer Wärme durchglüht und alles was darauf lebte, waren direkte Sonnenkinder; das beweist, daß in der damaligen Zeit direkte Riesentiere existierten, wie uns noch viele Ausgrabungen lehren. Dies zeige doch alles darauf hin, daß auch die heutigen Menschen viel mehr zu der Wärme hinneigen. Da aber eine Wärme, wie der Mensch sie brauche, nicht vorhanden sei, so müsse eben eine künstliche Wärme nachhelfen. Fast alle Krankheiten seien durch die Wärmekultur zu heilen.

Redner zeigte an der Hand von Beispielen, welche Krankheiten durch die Wärmekultur geheilt worden sind und in überwiegenden Fällen waren es Frauen, die durch diese Mittel geheilt worden sind. Allerdings dürfe eine derartige Behandlung nicht eine Viertelstunde ausgesetzt werden, da sonst keine große Besserung eintrete; aber bei fortwährender Behandlung trete schon nach kurzer Zeit Gesundung ein. Professor Schwellinger habe in einer medizinischen Broschüre festgestellt, daß durch die Wärmekultur in den meisten Fällen auch eine Operation überflüssig gemacht werde; Die Geschlechtskrankheiten seien aber die tückischsten Krankheiten. Es sei bekannt, daß 70—80 Prozent der Männer irgend eine Geschlechtskrankheit haben oder gehabt haben. Tausende von Frauen würden dadurch krank gemacht. Am schlimmsten von allen sei die Syphilis, die sich jahrelang im Körper verstecke und dann immer wieder zum Ausbruch komme, wenn man glaube, sie sei schon lange verschwunden. Man heirate beruhigt, aber schon nach kurzer Zeit zeige es sich, daß man die Frau und auch die Kinder angesteckt habe. Erblindung usw. könne eintreten und alle Arten Einspritzungen können nichts helfen. Hier wirke aber gerade die Wärmekultur Wunder der Heilung. Nach dem Vortrage führte Herr Dr. Uhlig noch einige Lichtbilder mit Erläuterungen vor, die die Krankheiten und deren Folgen illustrierten.

Der Vortrag verdiente gebührende Beachtung. Nur schade ist es, daß unsere Proletarierfrauen sich so wenig der Körperpflege widmen können, auch ist der Eintrittspreis für solche Vorträge (50 Pfg.) viel zu hoch für den Haushaltsetat einer Arbeiterfamilie. Der Schluß des Vortrages wurde dadurch gestört, daß der Redner eine Reihe von Bildern des Waldsanatoriums Oybin vorzeigte [illegible] dadurch einen etwas reklamehaften Anstrich erhielt.

* **Die Standverlegung in der Markthalle II an der Gartenstraße.** Der Magistratsberichterstatter teilt mit: Wie schwer es ist, die Wünsche der Markthallenhändler zu befriedigen und wie sehr diese Wünsche hin und her schwanken, das hat sich in der Markthalle an der Gartenstraße gelegentlich der Verlegung der Galerieverkaufsstände nach dem Raum zu ebener Erde, die am 1. d. Mts. ausgeführt wurde, in recht auffälliger Weise gezeigt. Die Verlegung geschah auf Antrag der Mehrzahl der Standinhaber auf der Galerie, und es war denjenigen Händlern, die ihre Stände dort weiter behalten wollten, dies völlig freigestellt, wie es ihnen auch heute noch freisteht, jederzeit ihren alten Stand auf der Galerie wieder einzunehmen. Das tun sie freilich nicht, weil die Mehrzahl der Händler unten bleiben will. Das ist ja auch begreiflich, da hier den Händlern sowohl wie dem Publikum der Verkehr viel bequemer ist. Merkwürdigerweise sind jetzt aber mehrere Händler unzufrieden, und es befinden sich unter den Unzufriedenen zumeist diejenigen, die ihre Stände bei der Verlegung in den unteren Raum sich hier frei auswählen konnten, während diejenigen, denen der Stand durchs Los zufiel, zumeist zufrieden sind. Niemand wird den Händlern das Streben nach Verbesserung der Geschäftslage und der Geschäftsbedingungen verargen und die Markthallenverwaltung ihrerseits hat jederzeit die Bereitwilligkeit gezeigt, alle irgend erfüllbaren Wünsche der Händler zu befriedigen, doch beweist gerade dieses letzte Vorkommnis, daß das nicht gerade leicht ist.

* **Umgeschnittene Korken gesundheitsschädlich.** Im vorigen Jahre wurden die Polizeibehörden darauf hingewiesen, daß alte, gebrauchte Korken umgeschnitten wieder in den Handel gebracht werden, wogegen einzuschreiten sei. Daraufhin waren von der Polizei in verschiedenen Geschäften Korken aufgekauft und dem chemischen Untersuchungsamt zur Untersuchung überwiesen worden. So auch im April vorigen Jahres bei dem Kolonialwarenhändler Engel. Die Untersuchung im chemischen Untersuchungsamt ergab, daß Engel umgeschnittene Korken in den Verkehr gebracht, die Bohrkanäle aufwiesen. Das Ehepaar Engel hatte dann bei der Untersuchung als den Fabrikanten, von dem sie die Korken bezogen haben, den Herrn Woit angegeben. Es wurde nun Anklage gegen Kaufmann Engel und Fabrikant Woit wegen Betruges erhoben. In der im Dezember vorigen Jahres stattgehabten Verhandlung wurde nun Engel freigesprochen, während Woit zu einer Geldstrafe von zwanzig Mark verurteilt wurde. Gegen dieses Urteil hatte Woit Berufung eingelegt, welche am Mittwoch vor der Strafkammer zur Verhandlung kam. In dieser Verhandlung gab der Angeklagte an, daß es allgemein bekannt sei, daß zweierlei Korken im Handel seien. Die ganz neuen kosten das Tausend 10 bis 11 Mark, während die „umgeschnittenen“, — von den gebrauchten wieder in einen guten Zustand versetzten Korken — nur 4,50 oder 6,50 Mark kosteten. Es waren zwei Sachverständige geladen, wovon Sachverständiger Fabrikant Klar zugab, daß es wohl bekannt sei, daß zweierlei Korken im Verkehr seien. Frau Engel behauptete aber, den Unterschied nicht gewußt zu haben. Herr Direktor Dr. Lühring vom chemischen Untersuchungsamt gab an, daß er es unbedingt für

---

waren damit in den Tiefe gestürzt. Lebensgefahr scheint aber für beide Leute nicht zu bestehen.

Die Weltreise in der Tonne, die jüngst in M.-Gladbach durch das Eingreifen der Polizei ein plötzliches Ende fand, geht weiter. Auf die Beschwerde bei der Düsseldorfer Regierung ist den beiden italienischen Weltreisenden die Reise in der Tonne durch Deutschland gestattet worden. Die Reise geht über Berlin.

Das Scherfeleer Eisenbahnunglück. Die von der Eisenbahndirektion Münster geführte Untersuchung über die Ursache des Scherfeleer Eisenbahnunglücks am Morgen des 23. Dezember v. J., wobei der Rittmeister Ernst v. Maltzan Freiherr zu Wartenberg und Penzlin vom Dragoner-Regiment Nr. 9 in Metz, sowie der Oberarzt Dr. Kölpin von der Provinzial-Heilanstalt Bonn getötet und mehrere Personen verletzt wurden, ist zwar noch nicht abgeschlossen, jedoch steht soviel fest, daß das Signal in dem kritischen Augenblick nicht in Betrieb gesetzt werden konnte, da infolge des herrschenden Frostwetters einzelne Teile festgefroren waren und nicht funktionierten.

Das böse Beispiel des Kinematographen. Von einer seltsamen und tragischen Suggestion, in der der Kinematograph drei Knaben zu einer phantastischen Greueltat angestiftet hat, werden aus New York nähere Einzelheiten berichtet. Drei italienische Schuljungen im Alter von zwölf und dreizehn Jahren waren in einem Kinematographentheater gewesen und sahen dort die Bilder von grauenvollen Szenen, in denen ein Missionar von Menschenfressern ermordet und verspeist ward. Die Bilder gruben sich so tief in die Phantasie der Kinder ein, daß in ihnen die Begierde erwachte, sich auch einmal als Menschenfresser zu versuchen. Sofort ward der Plan ausgeführt. In einer Ecke der 104. Straße, nahe an einem von unbewohnten Schuppen gebildeten Schlupfwinkel, nahmen die drei Burschen Aufstellung und warteten auf das erste Kind, das der Zufall ihnen in den Weg führen würde und das bei ihnen die Rolle des unglücklichen Missionars spielen sollte. Hinter einer Bretterwand brannte bereits der Scheiterhaufen. Das Unglück führte den kleinen, neugierigen Josef Jäger vorüber. Sofort stürzten sich die drei Verschworenen auf das arme Kind. Aller Widerstand und alle Schreie blieben erfolglos; in wenigen Sekunden hatte man den Knaben überwältigt und zum Schweigen gebracht. Ein heftiger Schlag auf den Kopf machte das Kind auf einige Sekunden ohnmächtig. Die drei jugendlichen Kannibalen schleiften ihr Opfer an Händen und Füßen und [illegible] es zum Feuer. Der furchtbare Schmerz ließ den Jungen aus seiner Ohnmacht erwachen, er machte verzweifelte Anstrengungen, sich den Flammen zu entwinden, und sein Geschrei lockte endlich einige Frauen herbei, die aus einer benachbarten Kirche kamen und nun die drei jungen Mörder in die Flucht trieben. Man riß das Kind aus den Flammen und brachte es nach Hause, wo sofort für ärztliche Hilfe gesorgt wurde. Es hat so schwere Brandwunden erlitten, insbesondere an den Füßen, daß es aller Wahrscheinlichkeit nach wohl sein Leben lang ein Krüppel bleiben wird.

Das staatsgefährliche Karnevalslied. Man schreibt der „Frankf. Ztg.“ aus Köln: Im diesjährigen Rosenmontagszug war auch ein Wagen, der den Bierkrieg zur Sprache bringen sollte. Es ist Sitte, daß von den Wagen während des Umzuges Zettel mit Gedichten in die Menge geworfen werden. Die müssen aber — so will es das Gesetz — vorher der Zensur unterworfen werden. Der Gesellschaft „Fidele Neustädter“ war nun die Verbreitung eines Gedichts „Der Bierkrieg“ verboten worden, weil darin folgender auf die Finanzreform bezüglicher Passus vorkam:

> Dem Junker, der den Branntwein brennt,
> Gibt man die Liebesgab',
> Dem, der sein Bier bescheiden trinkt,
> Knöpft man die Groschen ab.
> Der Teufel hol' den Steuermann
> Und brat' ihn in der Hölle dann!

Der Polizeipräsident nahm an dem Teufel, der den „Steuermann“ holen sollte, Anstand, und als die Gesellschaft auf dem Neumarkt anlam, fand sie den „Bagagewagen“ von einem Polizeiaufgebote besetzt, das den Wagen zum Zwecke der Konfiskation der staatsgefährlichen Strophe zum Polizeipräsidenten eskortierte. Hier stellte es sich heraus, daß man unter dem „Steuermann“ einen Minister verstanden hatte, und da es in Preußen dem Teufel verboten ist, einen von diesen verdienten Männern sich zu holen, so wäre die Konfiskation sehr berechtigt gewesen. Nachdem nun aber die Narren versichert hatten, daß sie unter dem Steuermann nur die Bewilliger der Steuer oder auch den Steuer-Erfinder verstanden wissen wollten, diese aber anscheinend auch in Preußen vor dem Teufel polizeilich nicht geschützt sind, so wurde das Lied in einer Stunde noch freigegeben und dem Gottseibeiuns sein Lauf gelassen.

Das Königswort. Unter dieser Ueberschrift schreibt die Wiener „Arbeiterzeitung“:

Erster Akt:

Der Ministerpräsident verkündet im preußischen Landtag: „Meine Herren! Die Angriffe der Sozialdemokratie sind um so unbegründeter, als es ja auch der Wunsch Seiner Majestät des Königs von Preußen ist, daß das veraltete preußische Wahlgesetz in einer zeitgemäßen Art reformiert werde. Das Wort des Königs steht bergehoch über jedem niederen Zweifel, es verbürgt die preußische Wahlreform!“

Zweiter Akt:

Im preußischen Ministerium des Innern. Der Ministerpräsident zu seinen Räten: „Verdrießliche Geschichte, diese Wahlreformsuppe! Wenn nicht das Königswort wäre?! Uebrigens, was haben wir versprochen? Eine zeitgemäße Reform des Wahlgesetzes! Was aber ist so zeitgemäß, wie die Bekämpfung des Umsturzes? Meine Herren, wir arbeiten also eine Wahlreform aus, die der Sozialdemokratie den Boden entzieht, und lösen so ein Königswort ein!“

Dritter Akt:

Der Ministerpräsident im preußischen Landtag: „Meine Herren! Durch die vorgeschlagene Wahlreform wird endlich den ausgedienten Unteroffizieren, die schweren Herzens den Rock des Kaisers ausziehen mußten, ihr volles Recht. Hoher Landtag! Wir haben diese Unteroffiziere aus der dritten in die zweite Wählerklasse versetzt und so gerade den eminent national fühlenden Elementen zu dem ihnen gebührenden politischen Einfluß verholfen. Das Wort Seiner Majestät des Königs ist damit voll eingelöst. Preußen hat seine zeitgemäße Wahlreform!“

Literatur.

Le Traducteur — The Translator — Il Traduttore — drei Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Diese Lehrschriften, welche soeben einen neuen Jahrgang beginnen, machen sich zur Aufgabe, das Studium der fremden Sprachen, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden sind, auf interessante und unterhaltende Weise weiterzuführen. Wer sich mit Sprachstudien befaßt, dem seien diese überall gut eingeführten und bekannten Zeitschriften aufs Wärmste empfohlen. Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenlos durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

gesundheitsschädlich halte, wenn ungeschnittene Korken in den Verkehr gebracht werden. Das Gericht sprach den Angeklagten frei mit der Begründung, daß es dem Angeklagten wohl ferngelegen habe, sich einen unberechtigten Vermögensvorteil zu verschaffen.

„Fahrt nicht in der Elektrischen!"

So rufen jetzt die von der Breslauer Straßen-Eisenbahn gemaßregelten Straßenbahner dem Breslauer Publikum zu. In einem vom christlichen Verband der Straßenbahner soeben verteilten Flugblatte wird dazu gesagt:

„Der Herr Betriebsinspektor scheint es mit der Menschenwürde seiner Angestellten überhaupt nicht sehr genau zu nehmen, Käudel, Automaten, Schlafmützen usw. sind einige der Titulaturen, deren sich der Herr den Angestellten gegenüber bedient. Die Angestellten, welche treu und brav bisher ihre Schuldigkeit taten, welche alle Schritte, die nur irgendwie zum Frieden führen konnten, gegangen sind, bei der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft aber nur ein glattes „Nein" erhielten, bitten nun das Publikum von Breslau und Umgegend um ihre Unterstützung. Die Unterstützung würde am wirksamsten sein, wenn das Publikum so lange, als die Inspektion sich einseitig auf ihren Machtstandpunkt stellt und jeden Vermittelungs-Versuch abweist, die Wagen dieser Gesellschaft, Linie 1 bis 9, meidet und die Wagen der Städtischen oder der sogenannten Gräbschener Gesellschaft benützt, welche beide Verwaltungen das Koalitionsrecht ihrer Angestellten achten. Vielleicht gelingt es auf diese Art, der Gesellschaft vor Augen zu führen, daß sie nicht die Macht hat, sich über Gesetz und Recht zu stellen."

Wir wünschten, daß diese Bitte der Gemaßregelten vom Publikum eifrig befolgt werden möge. Ueberhaupt sollte man, wenn man die Wahl hat zwischen den Wagen der Städtischen und der anderen Bahnen, stets die Wagen der städtischen Linien bevorzugen. Jeder Groschen, der ihr zufließt, kommt den Steuerzahlern und nicht einer arbeiterfeindlichen Kapitalistengesellschaft zu gute.

Die Furcht der Schwarzen vor den Roten.

Der von den verhaßten Sozialdemokraten mit aller Wucht geführte Wahlrechtskampf scheint nun auch die Breslauer Zentrums-Mannen auf die Beine gebracht zu haben. Vor allem ist es die Furcht, daß durch die von der Sozialdemokratie im Wahlrechtskampf geleistete Aufklärungsarbeit die große Schar indifferenter und politisch fernstehender Arbeiter der roten Partei sich anschließen und dadurch ganz erklärlicher Weise das Zentrum eine erhebliche Einbuße erleiden könnte. Daß dies auch nicht wirkungslos für die kommenden Stadtverordnetenwahlen sein dürfte, ist die nächste Furcht, die den Breslauer Schwarzen durch die Glieder geht. In der am Mittwoch Abend im Vincenzhause tagenden Zentrumsversammlung waren es drei Redner, die wetteifernd gegen diese verhaßte rote Partei zu Felde zogen. Zuerst war es Herr Fennig der erklärte, daß die Wahlrechtsreform wohl alle interessiere, er aber nicht des näheren darauf eingehen wolle! Es sei zu bedauern, daß die Sozialdemokratie in recht ungeeigneter Art sich das Recht auf die Straße herausnehme. Dieser Demonstrationsweg scheine immer gefährlicher zu werden und es habe den Anschein, daß die Führer die Geführten sind. (Ei ei! Sein Leib- und Magenblatt, die Schlesische Volkszeitung sagt doch immer das Gegenteil! Red. d. V.) Bezüglich der kommenden Kommunalwahlen erhebe die Sozialdemokratie jetzt schon „großes Siegesgeschrei". Es müsse vom Zentrum mit allen Kräften darauf hingearbeitet werden, daß es bei diesem „Geschrei" verbleibe. (Ein feiner Ton!) Die Zentrumsmannen müßten sich bei dem kommenden Kommunalwahlkampf zusammenscharen; (Erst welche haben! Red. d. V.) keine Stimme dürfe zurückbleiben denn es gelte, den Sozialdemokraten zu zeigen, daß das Zentrum noch erreichen könne, was es wolle. (Stolz lieb ich mir den Spanier! Red.) Sodann hielt Herr Rechtsanwalt Nehlert aus Gleiwitz eine 1½ stündige Rede über: „Die idealen Werte des Zentrums-Programms und ihre Bedeutung für die Gegenwart". Eine Rede, in der sich durch geschicktes Ausweichen von der eigentlichen Lösung der wichtigsten Fragen, eine unwahre Phrase an die andere reihte. An den Folgen der Finanzreform trage das Zentrum keine Schuld, sie wären allein durch die Politik der — anderen bürgerlichen Parteien zuwege gebracht worden. Der Redner besprach dann die Kattowitzer Maßregelungen. Kattowitz sei die oberschlesische Hochburg des Freidenkertums. Aus diesen Maßregelungen heraus ergebe sich für das Zentrum die Notwendigkeit und zugleich Wichtigkeit der geheimen Stimmenabgabe bei den Landtagswahlen. (Ei ei! Nur deshalb?) Nur wenn es den Herren selbst an den Kragen geht, erst dann schreien sie nach Rechten! Zum Schluß hielt Stadtverordneter Herschel, der sich immer mehr als unentbehrlicher Schlußredner fühlt, eine 2 Minuten lange Ansprache. Ihn hatte die Wahl in Mühlheim-Wipperfürth förmlich in einen Freudentaumel versetzt, der ihn zur Abfassung eines Telegramms, an den dortigen Kandidaten bewog. (Allerdings haben dort die Sozialdemokraten um mehr als 2400 Stimmen zugenommen, was die Freude Herschels merklich trübte.)

* **Eine aufsehenerregende Behauptung** wurde heute Vormittag vor der Breslauer Strafkammer gegen den Waldenburger Amtsrichter Krause laut, der preußischer Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der Wahlrechtskommission des preußischen Abgeordnetenhauses ist. Genosse Schiller war wegen angeblicher Beleidigung des Waldenburger Schöffengerichts angeklagt. Er hatte ein gegen ihn ergangenes Urteil als unerhört bezeichnet, die dagegen eingelegte Berufung aber später zurückgezogen. Als Grund hierfür gab er unter anderem an, es sei ihm mitgeteilt worden, daß Amtsrichter Krause vor mehreren Jahren vom alten Fürsten Pleß 3000 Mark geliehen erhalten und das Geld nicht zurückgezahlt habe. Im Jahre 1907 sei es ihm vom gegenwärtigen Fürsten Pleß in Gnaden erlassen worden. Er selbst glaube an die Richtigkeit dieser Mitteilung, und aus diesem und anderen Gründen habe er zur Waldenburger Justiz kein Vertrauen.

Ueber die Verhandlung selbst berichten wir morgen.

* **Der Breslauer Konsumverein** arbeitete im Jahre 1909 mit einem Hauptlager, 75 Waren- und 4 Kohlenlagern. Der Fuhrpark besteht aus 23 Brot-, 6 Mineralwasser-, 4 Kaffeeabfuhr-, 15 Roll- und 78 Kohlenwagen, sowie 37 starken Pferden mit Geschirren. Für die noch unkündbaren Hypotheken liegen bereits mündelsichere Papiere zu höherem Betrage bereit. Was den Geschäftsgang im Jahre 1909 anbelangt, so stand das Berichtsjahr im Zeichen ungewöhnlicher Schwankungen der Warenpreise, was auf die vorjährige Reichsfinanzreform zurückzuführen ist. An die städtischen Betriebswerke hat der Konsumverein für Gaskoks zur Heizung der Kessel, Backöfen und Röstapparate 107.681,05 Mark, für Wasser zur Erzeugung von Brot, destilliertem Wasser für Zelterei zc. 10.436,05 Mark, für Leuchtgas zur Beleuchtung der Mark, zusammen 152.777,91 Mark bezahlt. An Steuern, Konzessionsgebühr, Kanalgebühr, Versicherungsmarken, Beiträge zur Krankenkasse zc. hat der Verein 325.930,94 Mark bezahlt. Die Mitgliederzahl des Vereins ist im vorigen Jahre von 90.159 auf 93.190 gestiegen. Der Erlös der Waren erreichte die Höhe von 21.457.678,57 Mark (gegen 1908 mehr 1.453.562,87 Mark). Der Bruttoüberschuß belief sich auf 3.696.789,14 Mark, die Unkosten und Abschreibungen auf 1.184.049,52 Mark, so daß ein Nettoüberschuß von 2.512.739,02 Mark verbleibt. Der Nettoüberschuß soll, vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung, in folgender Weise verteilt werden: 41.498,60 Mark zur Verzinsung der Geschäftsguthaben der Mitglieder, 85.830,72 Mark Tantiemen für Direktion und Verwaltungsrat, 2.339.480,97 Mark zur Zahlung einer Rückgewähr von 11 Prozent auf ausgegebene Gegenmarken, 40.000 Mark zur Rücklage für bevorstehende Bauten und 5984,33 Mark zum Uebertrag auf neue Rechnung. Näheres aus dem soeben erschienenen Jahresbericht folgt.

* **Als neuer lyrischer Tenor** stellte sich gestern Abend in Eugen d'Alberts Oper „Tiefland" Herr Nasta vom Stadttheater in Troppau vor, da Herr Corfield-Mercer als voller Ersatz für Sewert oder Günther-Braun nicht genügt. Der noch junge, aber ziemlich sichere Künstler verfügt über viel schauspielerische Gewandtheit, über eine vortreffliche Bühnenerscheinung und einen reichen Fundus natürlicher Stimmittel, die jedoch noch sehr der Ausbildung, des letzten Schliffs, harren. Da Herr Nasta Rumäne ist, fällt ihm auch die Aussprache des Deutschen noch etwas schwer. Zu einem abschließenden Urteil genügt jedoch die Rolle des Pedro noch nicht, weshalb wir damit zurückhalten, bis wir den Künstler als Manrico im „Troubadour" gehört haben werden.

* **Eine Ausstellung künstlerischer Inserate** ist im Lichthofe des Kunstgewerbemuseums eröffnet worden. Es handelt sich um Inserate von Zeitschriften und Tageszeitungen, die durch ihren Satz oder auch durch das den Text begleitende Bild ästhetisch befriedigen, ohne ihren Zweck, aufzufallen und Reklame zu machen, zu vernachlässigen, ja vielleicht gerade dadurch besonders wirksam erfüllen. Die Ausstellung ist geeignet, nach manchen Richtungen hin Anregungen auch bei uns zu geben.

Daneben sind Bilder aus Alt-Breslau von Oskar Roßkirch ausgestellt, der jetzt in Dresden bei Professor Bracht studiert. Es sind Bilder des Rathauses, der Sandinsel, des sogenannten Klöttertores beim Dome und des malerischen Hofes des Matthiasgymnasiums. Das neueste Bild zeigt die Werderinsel mit den Türmen der Dom- und Sandinsel im Hintergrunde.

* **Für Freunde guter Musik.** Das erste der beiden diesjährigen Volkskonzerte des Breslauer Orchestervereins, welches heute, den 17. Februar, im großen Schießwerdersaale stattfindet, beginnt um 8 Uhr. Programme, als Eintrittskarten gültig, sind auch an der Abendkasse in genügender Anzahl vorrätig. Programme zum zweiten Konzert am nächsten Donnerstage sind in der „Volkswacht" zu haben.

§ **Wo war die Polizei?** Der Polizeibericht meldet: Wieder einmal hat ein Taugenichts das öffentliche Interesse verhöhnt und dem Publikum ein Schnippchen geschlagen. Der Feuermelder, Hirschstraße 57 ist Punkt Mitternacht zum Donnerstag frevelntlich eingeschlagen und die Feuerwehr unnütz alarmiert worden.

* **Radfahrer, aufpassen!** Die Arbeiterin Emma Teichmann, Sandstr. 8 wohnhaft, wurde am Dienstag von dem Laufburschen Stasch mit einem Freirade überfahren und erlitt derartige Verletzungen, daß ihre Ueberführung nach dem Allerheiligen-Hospital erfolgen mußte, wo man schwere Gehirnerschütterung feststellte.

* **Frecher Spitzbube.** Am Dienstag sind einem Stuhlflechter, Sirenenstraße 7, aus dem Flur vor seiner Wohnung am hellichten Tage vier wertvolle, dem Cafe Krone gehörige Rohrstühle gestohlen worden. Der Dieb hat die Stühle einem Trödler auf der Stockgasse für zusammen 8,50 Mark verkauft, während die Stühle einen etwa zehnfachen Wert haben. Der Trödler hat von dem Dieb schon früher Gegenstände abgenommen und zwar auf einen Militärpaß hin, der auf den Namen Alfred Häusler lautet. Ob das wirklich der Name des Diebes ist oder ob er auch diesen Paß nur gestohlen hat, wird erst ermittelt werden müssen.

* **Einbruch in städtische Schmieden.** Die beiden städtischen Schmieden vor den Grundstücken Ohlauerstraße 37 und 49 sind in der Nacht zum 16. d. Mts. erbrochen und der gesamten dort aufbewahrten Werkzeuge beraubt worden.

* **Dreister Brillantendieb.** Ein Händler aus Oswiecim besuchte vor einigen Tagen ein hiesiges Juweliergeschäft und wählte sich verschiedene Schmucksachen aus. Schließlich gestand er ein, nicht so viel Geld bei sich zu haben, als zur Bezahlung erforderlich war und er ging ohne etwas zu kaufen von dannen. Da bemerkte der Geschäftsinhaber, daß ihm ein Brillantring im Werte von gegen 900 Mk. abhanden gekommen war. Es wurde sofort nach dem Händler geforscht, und man fand ihn in einem Automaten sitzen mit dem gestohlenen Brillantring am Finger. Der Ring wurde dem Eigentümer zurückgegeben und der Dieb verhaftet.

* **Geldschrankeinbruch.** In der Buchhandlung von Priebatsch am Ringe ist in der Nacht zum Donnerstag ein Einbruch ausgeführt, bei dem der Geldschrank und verschiedene Schreibpulte gewaltsam geöffnet und ein Sparkassenbuch über etwa 800 Mk. und ferner etwa 300 Mk. in Geld und Briefmarken entwendet wurden.

§ **Gefunden** wurden ein Handtäschchen mit Inhalt, ein Zollstock, ein Damenschirm, eine Leberwurst und ein Portemonnaie mit Inhalt.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Lohnbewegungen in der Steinindustrie.

In den schlesischen Orten Bunzlau, Alt-Warthau, Rackwitz und Löwenberg haben etwa 400 Sandsteinarbeiter den Bezirkstarif gekündigt. Die Steinmetzmeister verlangen nun, daß die Tarifkündigung zurückgezogen werden soll, weil die Steinindustrie Lohnerhöhungen nicht mehr vertragen könne. Um die Steinmetzen gefügig zu machen, sind in Bunzlau Massenentlassungen vorgenommen worden. Bemerkt sei, daß der schlesische Sandstein beim Arbeiten sehr viel Staub entwickelt, 87 Prozent der verstorbenen Steinmetzen im schlesischen Distrikt fallen der sogenannten „Berufskrankheit" (der Lungenschwindsucht) zum Opfer. Es ist somit ganz erklärlich, wenn die Steinarbeiter höhere Löhne verlangen.

Neueste Nachrichten.

Die Städte gegen die Wahlrechtsvorlage.

Charlottenburg, 17. Februar. Die Stadtverordnetenversammlung hat gestern einen Antrag gegen die Wahlrechtsvorlage mit der Begründung angenommen, daß durch die Klasseneinteilung und die Beibehaltung der jetzigen Wahlkreiseinteilung sowie die öffentliche Abstimmung die Charlottenburger Bürgerschaft geschädigt werde durch ungleichmäßiges und ungerechtes Wahlrecht, unzulängliche Vertretung der Stadt und Beeinträchtigung der Freiheit der Abstimmung.

Der Reichskanzler beim Festmahle des deutschen Landwirtschaftsrats.

Berlin, 17. Februar. (H. T.-B.) Auf die Rede des Grafen Schwerin-Löwitz bei dem gestrigen Festmahle des Deutschen Landwirtschaftsrats erwiderte der Reichskanzler unter anderem folgendes: Für die vom Fürsten Bismarck inaugurierte und vom Fürsten Bülow fortgesetzte Wirtschaftspolitik bin ich in meinen öffentlichen Aemtern so oft öffentlich eingetreten, daß es keiner Versicherung bedarf, daß ich an dieser Politik festhalten werde. Was der Landwirt in seinem Berufe jahraus jahrein üben muß: Unverdrossenheit und Ausdauer, ist auch mir nötig, wie das tägliche Brot. Zwischen Saat und Ernte liegt auch in der Politik eine verlieren wollte, taugt zum Staatsmann so wenig wie zum Landwirt. Es sollen die Hagelschauer der Kritik, die auf mich niedersausen, mich nicht irre machen. Vor Ihnen, meine Herren, die Sie aus allen Gauen des Vaterlandes, auch aus dem Süden, zusammengekommen sind, betone ich hier besonders gerne die Pflicht gegen das Reich. Sie wissen, um die Angriffe besonders scharf und verletzend zu machen, stempelte man mich zum preußischen Partikularisten und sagte mir Mißachtung des süddeutschen Wesens nach. Ich wüßte nicht, wie ich deutscher denken könnte, als wenn ich Preußens Beruf, wie ich es neulich ausgesprochen habe, darin erblicke, sich selbst stark zu erhalten, dann aber seine Stärke in den Dienst des Reiches zu stellen. — Der Reichskanzler schloß mit einem Hoch auf die deutsche Landwirtschaft. Die Rede wurde mit großem Beifall von den Teilnehmern aufgenommen.

Aufhebung der Suspension der Borussen.

Bonn, 17. Februar. Der Senat der Universität hat einstimmig beschlossen, die im November vorigen Jahres verhängte Suspension des Korps Borussia am 28. Februar aufzuheben.

Zusammenstoß deutscher Kriegsschiffe.

Kiel, 17. Februar. (H. T.-B.) Die Kreuzer „Dresden" und „Königsberg" kollidierten im Kieler Außenhafen. Infolge Versagens der Steuerung stieß „Königsberg" gegen „Dresden". Beide Kreuzer erlitten schwere Beschädigungen. Verletzt wurde niemand.

Hochwasser in Frankreich.

Bordeaux, 17. Februar. (H. T.-B.) Infolge der fortwährenden Regengüsse, welche über Südost-Frankreich niedergegangen sind, macht sich bei der Garonne ein starkes Steigen des Wassers bemerkbar. Die Lage dürfte sehr kritisch werden, angesichts der Schneeschmelze auf dem Gipfel der Pyrenäen. Die Stadt Baredo ist bereits von den Fluten bedroht. Die Einwohner mußten zum Teil ihre Wohnungen räumen.

Paris, 17. Februar. (H. T.-B.) Die Seine ist bis gestern um weitere 25 Zentimeter gestiegen. Für heute wird ein weiteres Steigen von 40–50 Zentimeter erwartet.

Zur Lage in Athen.

London, 17. Februar. Die „Times" meldet aus Athen: Die Haltung, welche die Marine einnehmen könnte, bildete den Gegenstand lebhafter Erörterungen innerhalb der Militärliga. Es ist die Rede davon gewesen, die Kriegsschiffe zu desarmieren und die Schiffe über verschiedene Häfen zu verteilen. Andererseits heißt es, daß ein Teil der Torpedo-Flottille nach der Insel Melos gesandt werden soll. Ferner haben mehrere Torpedoboote vom Marineminister den Befehl erhalten, Granaten und sonstige Kriegsmunition auf Leros bei Salamis auszuladen. Die Besatzung hat nur mit Widerwillen diesem Befehl gehorcht und der Marineminister mußte persönlich intervenieren.

Wasserstandsnachrichten der Oder.

Pegelst. in Meter früh 8 Uhr	Ratibor	Cosel	Krappitz	Neisse	Neisse Mdg. OP.	Neisse Mdg. UP.	Brieg OP.	Brieg UP.	Kottwitz*)	Treschen*)	Breslau OP.	Breslau UP.	Ob. Eich	Steinau
17. 2	1,76	0,75	2,03	—	2,34	1,90	4,72	2,66	1 69	1,.7	5 14	–0,68	1,49	—
16. 2.	1,78	0 66	2,03	.,40	2,40	1,96	4,74	2,71	1.81	1,60	5,.6	–0,52	1,68	2,18
Mittel	1,68	0,68	2.12	0,42	2,48	2 07	4,07	2,58	1,68	1,58	5,00	0,14	1,88	1,15

*) Ausuferungshöhe i. Kottwitz 3.50; i. Treschen (Oder) Ohle-Niederung 8,25.

Briefkasten.

G. S. in S. Diesmal scheint es kein schlesischer Richthofen gewesen zu sein.

K. W. 50. Fragen Sie den Gemeindevorsteher, was aus der Sache geworden ist. Wenn das nichts nützt, beschweren Sie sich beim Landrat.

W. 20. 1. Für das uneheliche Kind bekommen Sie als Mann während des Heilverfahrens keine Unterstützung. 2. Die Alimente müssen Sie weiter zahlen. 3. Bei vier Angehörigen (der Frau und drei Kindern) beträgt die Unterstützung während des Heilverfahrens 125 Prozent des Krankengeldes; wer keiner Krankenkasse angehört, bekommt in diesem Falle 75 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes und einen Zuschuß aus einem besonderen Fonds.

E. G. Der Geselle war verpflichtet, die 14 tägige Kündigung einzuhalten.

U., Friedrich-Wilhelmstraße. 1. Mit der Schlachtsteuer fällt auch die Fleischsteuer auf den Bahnhöfen und an den Stadtgrenzen. 2. Die Steuerpflicht erlischt mit dem Ende des Monats, in dem man von Breslau verzogen ist, wenn das dem Magistrat mitgeteilt worden ist; sonst ist die Steuer noch für den nächsten Monat zu zahlen.

P. G., A. Die Landes-Versicherungs-Anstalt kann Ihnen das künstliche Gebiß bewilligen und wird es voraussichtlich tun, da sie Ihnen bereits früher ein künstliches Gebiß bewilligt hat.

W. R. 50. Wenden Sie sich an das Arbeiter-Sekretariat in Waldenburg, Friedländerstraße 28.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 17. Februar:

Bauarbeiter. Versammlung 7 Uhr im Saal.
Oeffentliche Bäcker-Versammlung 8 Uhr, Zimmer 2.
Steinarbeiter-Krankenkasse. Versammlung Abends 7½ Uhr Zimmer 2.
Dachdecker. Versammlung 7½ Uhr, Zimmer 5.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6½–9 Uhr im Zimmer 7.

Freitag, den 18. Februar:

Stenotachygraphen. Zimmer 1 u. 3.
Maler. Versammlung Abends 7 Uhr Zimmer 3.

Sonnabend, den 19. Februar:

Buchbinder. Mitgliederversammlung. Vortrag und Vereinsangelegenheiten. Zimmer 3 4.
Bildhauer. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Zimmer 5.
Maskenball des Metallarbeiter-Verbandes.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Volkswacht-Agitation

Sonntag, den 20. Februar, in allen Distrikten und Bezirken der Stadt Breslau. Die Genossen treffen sich Vormittags 8 Uhr in den Distriktslokalen, wo das Material und nähere Instruktion ausgegeben werden.

Distrikt 2 (Sauerbrunnen).

Achtung, Bezirksführer! Freitag, den 18. d. Mts., Abends 8 Uhr: Außerordentliche Sitzung im Distrikts-Lokal bei Gladis.

Distrikte 8 und 8a (Odertor).

Alle Bezirksführer, welche noch Karten vom Vergnügen haben, werden ersucht, zu einer Sitzung am Donnerstag, Abends 8 Uhr, in Härtels Lokal, Bellstafelstraße 6, pünktlich zu erscheinen betreffs Abrechnung.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Neumarkt.

Land-Distrikt 2. (Bezirk 1, 2 u. 3.)

Sonntag, den 20. Februar, Vormittags 9½ Uhr: Zahltag in Cosel bei Ritschke. Jeder erscheine. Referent zur Stelle.

Land-Distrikt 11 (Bezirk Rathen).

Sonntag, den 20. Februar 1910, Vormittags um 10 Uhr, Zusammenkunft und Zahltag bei Gastwirt Birne. Aufstellung der Kandidaten. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.

Der Distriktsführer.

Distrikt 28 (Pöpelwitz).

Freitag, den 18. Februar, Abends 7 Uhr: Flugblatt-Verbreitung von Stanik aus.

Sonntag, den 20. Februar, früh 7½ Uhr: „Volkswacht"-

Erscheint 3 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Alkoholfreie Getränke

„Bilz", Sinalco.
Brauns-Brause.
Butter, Fritz & Co., Matthiasstr. 110.
Hamm, Klosterst. 88, Mostrich, Volksbrause.
Heinze, Herm., Langegasse 68, Heinze-Brause
Hübner, A., Gabitzstraße 56.
Kanopka, F., Salzstr. 12 (Brausen).
Kissner, C. R. & Co., Inh. Max Werner, Katharinenstr. 7.
Lindner, Max, Ottostraße 26.
Riedel, A., Viktoriastr. 27 (Bresl. Brause).
Schmidt, Friedr., Wilh., Bergmannstr. 6.
Schultz, Carl, Gesundbrunn., Matthiasstr. 123.
Thomas-Brause, Hubenstr. 84, Tel. 2311.

Bandagisten

Fritz, W., Reuschestraße 36. Gummiwaren.
Kulcke, Karl, Gartenstr. 54, Tel. 10144.
Malige, Fr., Am Rathaus 14, III.
Rein, Joh., Schmiedebrücke 17.
Schmidt B., Nikolaist. 52, gegnüb. Barbarak.

Bäckereien und Konditoreien

Abler, Vincenz, Nikolaistraße 15.
Bartsch, Karl, Lobestraße 32.
Beichel, A., Sadowastr. 7, Lobestr. 37.
Berger, Friedr., Kreuzstr. 38, Lehmdamm 53.
Elektr.-Masch.-Betrieb, Markthalle I. Tel. 7464
Brehmer, P., Posenerstraße 4.
Dirschke, Isidor, Hedwigstraße 7.
Fabian, Franz, Viktoriastr. 32.
Garbos, August, Blücherstraße 27.
Gromadka, Karl, Oelsnerstraße 13.
Grunwald, Max, Schulgasse 18.
Gränig, Albert, Barrichstraße 11.
Hesdorf, Carl, Sedanstraße 33.
Hörnig, P., Neue Adalbertstr. 103.
Klein, Richard, Löschstraße 4.
Kranz, Wilhelm, Bismarckstraße 35.
Raabe, Aug., Sonnenstraße 15.
Riedel, A., Neue Weltgasse 38.
Ritter, Otto, Posenerstraße 22.
Sambal, Theodor, Sewaldstraße 13.
Stubbe, Franz, Klosterstraße 85-87.
Schneider, Paul, Weinstraße 80.
Schmidt, Theodor, Mittelgasse 7.
Sotta, Richard, Schmiedebrücke 45.
Stiller, Max, Westendstraße 47.
Teuber, B., Ohlauufer 19.
Walter, Josef, Rebengasse 1.
Wallis, Gust., Alsenstraße 54.
Wenzel, Adolf, Michaelisstraße 63.
Wolf, August, Matthiasstraße 152.
Zmelke, Oswald, Posenerstraße 43.

Berufskleidung

für Köche, Bäcker, Konditoren, Fleischer, Schlosser, Schänker, Friseure, Maler etc.
Julius Fenkel, vorm. C. Fuchs, Am Rathause Nr. 23—27.

Bier-Brauereien, Bier-Verleger

Brauerei Rosnach zum Nußbaum G. m. b. H. Spezial-Ausschank „Nußbaum".
Bresl. Union-Brauerei, Gräbschen-Breslau.
Bürgerliches Brauhaus G. m. b. H. Rosenstr. 21a. Tel. 283.
Czaya, R., Verl. d. Kiple'schen Lagerbiere, Wilkmannstraße Nr. 14.
Fulde, M., Sarrau—Breslau. Niederlg. Michaelisstr. 26.
Genossensch.-Brauerei, Bresl. Gast- u. Schankwirte.
Lagerbierbrauerei Haase, E., Breslau.
Haselbach, A., Niederl., Lehmdamm 20.
Hopf & Förcke Gräbschen—Breslau. „Rexbräu", Lagerbier, Pilsener, „Bellsbräu", alkoholarm.
Kipke, C., Brauerei.
Klemm, Reinhold, Lobestr. 20.
Rende, Aug., Lagerbiere von E. Haase, Frdr.-Wilhstr. 45, Tel. 761.
Schiel, Franz, jr., Hubenstraße 76.
Schwarzer Adler, Spezial-Ausschank, Ohlauerstraße 70.
Tscharnke, O., Verl. d. C. Haase'schen Lagerbiere, Klosterstr. 51 53.
Werner, H., Brauerei zum grünen Polack, Reuschestr. 64.
Wiesner, F.W., Brauerei, Neumarkt.
Zwirling, G., Messergasse 20.

Bilder-Einrahmung

Koch, M., Friedrich-Wilhelmstraße 77.

Blumen und Kränze

Zähndel, Karl, Neue Tauentzienstr. 55.

Blusen u. Kostümröcke

Heinrich, Reuschestraße 7.

Briketts, Kohlen

Rengebauer, Carl, Sewaldstraße 6.
Ritter, Georg, Gräbschen, Schulstr. 4.
Rhode, Franz Nachf., Berlinerstr. 61. 64.
Weirauch, Max, Ronstinstr. 12.

Buchhandlungen Antiquariate

Bochmel, W., Neue Graupenstraße 14.
Schröder, R., Gewerbebuchhdlg, I. Abtl. Altbuchverk., Antiquar. 27.

Butter-Handlungen

Dampfmolkerei Hugo Hoffmann, Sonnenst. 24, 16 Geschäfte in all. Stadtteilen.
Hering, R., Eier u. Honige engr. u. detail, Junkernstr. 25, (Zhoux Hot.)
Riedner, Franziska, Schuhbrückestr. 10.
Mattisch, Wilhelm, Große Feldstr. 40.
Kraetzig, M., Gräbschenerstr. 2.
Lüdke, Hans, Vilastraße 10, 22 Filial. i. all. Stadtteil.
Michale, Paul, Ring 5.
Pohler, Franz, Blücherstraße 23.
Preller, E., Gräbschenerstraße 99.
Schelske, Paul, Enderstraße 21.

Damen-Konfektion

Richner, Ohlauerstr. 82, Gelegenheitskäufe.
Lewkiss, S. G., Nchf., Nikolaistraße 8.
Rösel, Felix, Ohlauerstr. 7 p. I. u. II. Et.

Destillationen

Bucks, P., Kupferschmiedestr. 21, gegr. 1847, Fernspr. 10202.
Gebr. [illegible], [illegible] 39.
Hoff & Meinert, Schweidnitzerstr. 2.
Kuschel, Gebhard, [illegible]platz 13.
[illegible], Heinr., Friedrichstr. 54.

Drogen und Farben

Adalbert-Dr., E. Ruppert, Adalbertst. 15.
Altstadt-Drog., Schlegel, Nikolaistr. 21.
Augusta-Drogerie, Viktoriastraße 22.
Bienenkorb-Drog., Kupferschmiedestr. 17.
Central-Drogerie, Reuschestr. 46.
„Drogerie z. Sonne", Gräbschenerstr. 1.
Exner, Karl, Gräbschenerstraße 80.
Groß, Ed. Nchf., Neumarkt 42, Tiergrtstr. 42.
Gröschel, Franz, Leuthenstr. 60.
Hedwig-Drogerie, F. Moravec, Sternst. 59
Hecker, Karl, Friedr.-Wilhelmstraße 28.
Kriegel, Paul, Blücherstraße 27.
Kronen-Drogerie, Gräbschenerstr. 25.
Lieft, Paul, Trebnitzerstraße 12.
Rittner, A., Matthiasstraße 104.
Roland-Drogerie, Bismarckst. 29, Tel. 4930
Salun, Bruno, Königgrätzerstraße 16.
Steinbrecher, B., Friedr.-Wilhelmstr. 100.
Süßbrich, O., Jr O. Pitsch, Scheitnigerstr. 23.
Wagner, Georg, Matthiasstr. 148.

Eisen- u. Stahlwaren

Anger, B., Malerg. 17/18, Kunstschleiferei.
Henkels, Gebr., N. Taschenstr. 11 nebst Schleiferei.
Kaufer, H. Nchf. Gebr. Schütze Adalbertst. 18
Klaebig, O., Weidenstr. 18 (Messerschmiede)
Kunisch, Th., N. Tauentzienst. 2, Ecke Brüderst.
Möbus, G., Univ.-Pl. 10/11, Hohlschleiferei
Mühlbreth, H., Friedr.-Wilhelmstr. 70.
Peukert, J., Nikolaistr. 25, Hohlschleiferei.
Scholz, Fritz, Matthiasstraße 91 93
Teich, August, Matthiasstraße 51.

Färberei u. Wäscherei

Kelling, W., Färberei und chem. Waschanstalt.
Lorenz, W., & Co., Färberei u. chem. Reinig.-Anstalt
Preuß, L., Vinzenzstr. 10. Läden in allen Stadtteilen.
Riedel, M., Färb. u. chem. Waschanst. solide Preise bei best. Ausf.

Fahrräder, Nähmaschinen

Bartsch, Kesselstr. 9, gr. Rep.-Werkst.
„Frisch auf"-Räder, Gräbschenerstr. 58, II.
Heimlich, P., Neue Graupenstr. 5/6, Erstkl. Ware. Teilzahl.
Homann, Wilhelm, Tauentzienstraße 53.
Herrmann, G., Neue Tauentzienstr. 52/54.
Deuster, E., Frd.-Wilhelmstr. 76, I. Teilzahl.
Kluge, Max, Harrasgasse Nr. 4 5.
Kühn, R., Neue Taschenstr. 6. Adalbertstraße 4.
Mücke, A., Breitestr. 45, Kont. Breitestr. 8, I.
Nickel, Gustav, Tauentzienstraße 80
Riedel, P., Leuthenstraße 25.
Seidel, Richard, Altenstr. 20.
Scharzmann, H., Gräbschenerstraße 29.
Smieiun, Jos., Matthiasstraße 98 (Waterloopl.).
Wanel, F., Neudorfstraße 23.

Fische u. Delikatessen

Aberle, Wilh., Matthiasstr. 159.
Deinert, E., Neue Sandstr. 1, Rabattmark.
Friede, A., Nachf., Gartenstr. 19.
Gebhert, G., Gräbschenerstr. 82.
Langner, August, Bohrauerstraße 53.
Thiel, P., Laurentiusst. 26, Fil. Margaretenstr. 11

Fleischereien u. Wurstfabriken

Barucke, Schmiedefeld, am Fischmarkt.
Böhm, Wilhelm, Waterloostr. 13.
Breßler, Reinhold, Gräbschenerstr. 52.
Dietrich, Rudolf, Ohlauerstr. 30.
Trabner, August, Klein-Tschansch 20.
Gomma, David, Markthalle II. Stand 55.
Gottschalk, Fritz, Matthiasstraße 52.
Greulich, Ernst, Graben 9.
Gröter, Karl, Klein-Gandau.
Günther, F., Reichstr. 26, Ecke Siebenhufn.
Hartbrich, Adolf, Moritzplatz 3.
Handt, Reinh., Lessingstr. 14, Ecke Alexanderstr.
Heidorn, Robert, Heinrichstr. 15.
Hoffmann, Julius, Herdainstraße 106.
Hentschel, Hugo, Vinzenzstr. 39, Tel. 7219.
Hentschel, Paul, Kleinburgstraße 185.
Hübert, Friedrich, Viktoriastr. 116, Nr.
Hildebrand, Schmiedebr. 49 u. Filialen.
Hirschberg, W., Hohenzollernstraße 1, Ecke Gräbschenerstr., Filiale Gabitzstraße 74.
Hojenski, Jos., Hafenstraße 50.
Hübner & Benrich, Tauentz. 124/25, Hubenstr. 5a
Jaenisch, Franz, Sewaldstraße 16a.
Koben, Gottlieb, Friedrichstr. 25.
Kügler, E., Hedwigst. 47 Ecke Viehweidstr.
Kümmel, Fedor, Friedrich-Wilhelmstr. 107.
Kraich, R., Kleinstr. 49, Lessingstr. 4.
Ludwig, G., Schwerinstr. 37, Ecke Wilhelmstr.
Lukas, Paul, Brigittastraße 23.
Maale, Gustav, Matthiasstraße 157.
Meretitz, Paul, Matthiasstr. 148.
Moris, Adolf, Friedrichstraße 82.
Neumann, M., Schmiedebrücke 44. Markth. I. Stand 38.
Nitsche, Johann, Messergasse 59.
Petersheit, Otto, Gneisenaustraße 32.
Pittwohn, Robert, Kirchstraße 15.
Pling, Carl, Sternstraße 30.
Rabe, Herm., Markthalle I, Stand 30.
Rother, Adolf, Brüderstraße 90.
Sandbrecht, C., Carlowitz 58, Hundsf. Chauss.
Scharte, Paul, Friedrich-Wilhelmstr. 97 u. 34, Lehmgrubenstr. 45, Bohrauerstr. 49.
Schattmann, Oskar, Matthiasstr. 154.
Schirmer, B., Berliner Chaussee 21.
Schulz, Paul, Kronprinzenstraße 19.
Scholz, Robert, Ohlauerstraße 3.
Schön, Arthur, Berliner Chaussee 207.
Schön, Ernst, Sedanstr. 8.
Seibel, Rich., Hedwigstr. 21.
Spittnik, Herm., Scheitnigerstraße 32.
Taler, Heinr., Kronprinzenstraße 18.
Walter, Fritz, Kreuzstraße 10.
Wengerich, Friedrich, Lehmdamm 15.
Warmut, Vict., Hubenstr. 112.
Weiß, Wilhelm, Klein-Tschansch Nr. 21.
Weiß, Franz, Steinstraße 55.
Winkler, A., Breitestr. 45/46, Hummerei 44.
Zabbe, Max, Friedrichstr. 70.

Friseure und Barbiere

Beier, Richard, Gabitzstraße 21.
Behmann, Robert, Kreuzstraße 38.
Hoffmann B., Bergmannstr. 7 (Kunstfris.)
Hübner, H., Bernstr. 39.
Matros, Paul, Neue Tauentzienstr. 47.
Müller, Georg, Blücherstraße 29.
Sablik, Franz, Gabitzstraße 22.
Wierzeger, August, Matthiasstr. 62.

Galanterie- und Spielwaren

Benjamin, Julius, [illegible]
Gebr. J. Benjamin, Schmiedebrücke 42, Ecke Ursulinerstraße, z. Gartenstr. 12, am Rittersplatz
Zobel, Max, Gräbschenerstr. 32.

H. Silberstein Friedr.-Wilhstr. 16 Kleiderstoffe, Wäsche, Trikotagen, Konfektion, Gardinen, Bettfedern. Porzell. bei Annonce erh. 5% Rab.

Gardinen, Teppiche

Bielschowsky Ed. jr., Nikolaistr. 75—76.
Mamlok, J., Kupferschmiedestraße 42.

Glühlichtartikel u. Installateure.

Wienert, A., Lampen etc., Gabitzstr. 87/89.
Bresl. Beleucht.-Industr., Inh.: E. Weber Taschenstr. 3/5, im Hause d. Br. Gen.-Anz.
Frenzel & Co., Lamp. f. Gas u. elektr. Beleucht. sowie sml. Install.-Art. N. Gasse 16
Schmidt & Stenzel, Herrenstraße 7a.

Grabdenkmäler

Kamm, Matthiasstr. 3 u. am Bergkeller.
Noske, A., Ohlauer Chaussee 33.

Grammophone, Sprechmaschinen

Kayser, Felix, Junkernstraße 7. Musikwerke.
Mücke, A., Breitestr. 45, Kont. Breitestr. 8, I.
Weigelt, A., Matthiasstraße Nr. 28.

Hygien. Gummiwaren.

Gerlach, Gneisenau-Drogerie Gneisenauplatz Nr. 4.
Hygienische Gummiwaren von A. Kindler, Junkernstraße 35.
Seeboth & Co., N. Graupenstr. 13 erstkl. hygien. Art.
Teller, Edw., Schmiedebr. 2 u. Ohlauerstr. 14.

Haus- u. Küchengeräte Glas- u. Porzellanhdlg.

Beyer, R., Ring 14.
Feist, Carl, Neue Taschenstraße 1.
Hauschild, Paul jr., Eisenhdlg. Friedr.-Wilhelmstr. 102.
Heimann & Co., vorm. E. Sever, Taschenstr. 1.
Kornmann, Robert, Fr.-Wilhelmstr. 50.
Renner, Rudolph, Friedr.-Wilhelmstr. 76.
Wirtschafts-Mag. z. Marktg., Sandstr. 12.

Herren-Garderobe

Aichkowitz, M., Scheitnigerst. 15, Arb.-Konf.
Chorinsky & Jacobsohn, Reuschestr. 60 61
Glogauer, E., Neumarkt 107, Nach Maß.
Hamburger, Eugen, Bohrauerstraße 25.
Kapst, Kleiststr. 67. Spez.: Arb.-Gard.
Krzesny, Reichstr. 1, Matthiasstr. 18.
Mahn, Hermann, Albrechtstraße 43.
Mamlok, J., Kupferschmiedest. 42, Berufskleidung.
Meister, Gebr., Albrechtstr. 40.
Prager, E., Albrechtstr. 51, Ecke Schuhbr.
Proskauer, Ed., Nachf. Schmiedeb. 66 Inh.: Demel & König
Reisel, N. Tauentzienstr. 21 (Arb.-Konf.)
Richter, B., Schmiedebrücke 55, Scheitnigerstr. 19.
Salomonski & Co, [illegible]
Scholz, Max, Goldene Radegasse 7.
Schroll, W., Taschenstr. 29/31, Maßanf.
Steinitz R., jr., Albrechtstr. 57, Anf. n. Maß.
Vogel, E., Blumstr. 13 (Damen-Konfekt.)
Weigelt, Carl, Stockgasse 26a.
Wilhelm, Herm., Gräbschstr., Ecke Feldstr.

Hüte und Mützen

Barth, H., Gräbschenerstraße 12, Adalbertstraße 2.
Kasowsky, Paul, Matthiasstr. 38 40.
Lührig, W., Neue Schweidnitzerstraße 5.
Milde, Robert, Reuschestraße 20 21.
Pietsch, Karl, Klosterstraße 19 21.
Smolla, Karl, Hummerei 52 53.
Schuppe, Robert, Nikolaistraße 34.
Sorune, Louis, Ohlauerstr. 68, am Christophoriplatz.
Thater, G., Liegnitzer Hutfabrik vorm. Riedel & [illegible] Ohlauerstr. 7, N. Schweidn. 2, Schmiedebr. 48
Wende, Rob., Sandstr. 12, i. d. Markthalle.

Hygienische Artikel in gross. Auswahl
M. Schröpel, Neue Graupenstr. 8, I.

Jungbier-Verkauf

Brauerei Friedrich-Wilhelmstraße 67.
Seichel, Gustav, Rosenthalerstr. 43 u. 49.
Walter, Hermann, Gabitzstraße 38.

Kaffee, Tee

Gewaltig, Heinrich, Filial. u. Niederlag. in allen Stadtteilen.
Müller, C. G., Schles. Kaffee-Rösterei, Roßstraße 4.
Kauft nur Hillmann Kaffee-Zusatz von Hillmann & Kirchner, Breslau.

Kakao u. Schokoladen

Brandt, G., Gräbschenerstr. 28.
Klingenberg, W. H., Schmiedebr. 33 u. zeit. Filialen
Reinstadtle, Emil, Friedr.-Wilhelmstr. 12.
Pohl, D., Neumarkt und Filialen.
Schöbel, Emil, Gräbschenerstr. 56.
Wachsmann, G., Albrechtstr. 19, Hubenstr.

Kinematographen

Apollo-Kino, Scheitnigerstraße 12. Jed. Dienstag neues Progr.
Fata Morgana, Nikolaistraße 66/68, jed. Donnerst. neues Pr.
Metropol-Theater, Schmiedebr. 36 38 [illegible]
Union-Theater [illegible]
Royal-Biograph, Gartenstr. 40 [illegible]
Tonbild-Theater, Reuschestraße 6[illegible], Union-Theater.

Kleiderstoffe, Seidenwaren

Berger, R., Ring 50.
Freund & Kuttner, Ring 39 40.
Goldstein & Reiß, Neumarkt Nr. 2, Spezialgeschäft für Damenkleiderstoffe.

Hecht & David, Ring 29. 4% Rabatt.
Kosel & Leminsohn, Ohlauerstraße Nr. 5 6.
Mamlok, J., Kupferschmiedestraße 42.
Schneider, M., Modewarenhaus, Neue Schweidnitzstr. a. Stadtgr.
Süßmann, D., Reuschestraße Nr. 8/9. 5 Schaufenster-Auslag.

Kolonialwaren

Benedix, E., Lehmdamm 45.
Bergmann, Heinrich, Michaelisstr. 13.
Frömberg, H., Gräbschenerstr. 115.
Goldbach, Felix, Nachodstraße 11.
Gröschel, Franz, Leuthenstr. 60.
Haendel, Hugo, Kosoorstraße 5.
Heinrich, August, Neue Tauentzienstr. 33.
Hellscher, G. E., Reßplatz 12.
Hiller, Adolf, Kletschkaustr. 1 u. 17.
Hoffmann, Anna, Schweidnitzerstraße 17.
Hoffmann, Daniel, Paulstr. 12.
Jaschke, B., Posenerstraße 61.
Jaworek, A., Gr.-Tschansch 7. (Kurzwar.)
Kasierke, Ad., Gellhornstr. 47, Zigarren.
Klimpke, A., Weinstr. 11, Ecke Oelsnerstr.
Klocker, Max, Kleine Scheitnigerstr. 12.
Krause, W. (Inh Lina Krause), Zobtenstr. 5.
Kromer, Karl, Matthiasstraße 100.
Latos, H., Scheitnigerstr. 22, Spirituosen.
Loewe, Josef, Herdainstraße 63.
Mann, Paul, Schwertstr. 11, Schweitzerstr. 9.
Neumann, A., Leuthenstr. 52.
Oberwald, Oswald, Michaelisstraße 58.
Otte, Paul, Goldene Radegasse 23.
Perücke, A., Matthiasstr. 183, Zigarren.
Priemer, Jos., Klosterstr. 55.
Reisler, Ernst, Gabitzstr. 24, Destillation.
Rosner, M., Gellhornstr. 14, Zigarr. u. Zigtt.
Sambale, Wilhelm, Nikolaistraße 33.
Seite, Fr. Wilh., Matthiasstraße 73.
Sempert, Edw., Rosenthalerstr. 65.
Schneider, Paul, Bohrauerstraße 83.
Schmidt, R., Hermannstr. 2, Ecke Kletschkaust.
Schönfelder, M., Alsenstraße 27.
Stahn, F., Nachf., Scheitnigerst. 51, Eisenw.
Stepanienko, A., Posenerstraße 13.
Stürze, R., Mariannenst. 18, Ecke Fr.-Wilhst.
Ulbrich, Willi, Kl.-Tschansch 36, Kurzwar.
Vollmann, Karl, Matthiasstraße 150.
Wieloch, G., Michaelisstr. 82, Ecke Brigittbl.

Kornbrennereien

Burghardt, W., Mehlg. 13, Hubertus.
Egner, A., Laurentiusst. 24, Kl. Scheitngst. 20
Grande, E., Vorderbleiche 5.
Hennig, H., Hinterbleiche 5/6.
Hentschel, E. (Inh. A. Wenzel), Blücherstr. 3.
Hentschel, Paul, Herzogstr. 22. Tel. 2819.
Ludwig, Gebr., Matthiasstr. 56.
Paul, Carl, Scherrgasse 3 5, Mehlgasse 4.
Pohl, Herm., Matthiasstraße 7.
Pohl, Reinhold, Mehlgasse 43.
Poralla, Rudolf, Nachf., Mehlgasse 45 47.
Raschke, B., Berliner Chaussee 88, Tel. 1111.
Schirdewan, E., Klosterstr. 104, Fr.-Wilhst. 45.
Ranchfuß, Julius, Neudorfstraße 84.
Weiße, Reinh., Schweidnitzerstraße 30.

Korsetts

Fischer, Hulda, Kupferschmiedestraße 17.
Freudenthal, L., Ohlauerstr. 60. 5% Rabatt.
Rawitz, Paul, Ohlauerstraße 78.
Verinn, D., Reuschestraße 56, Rabattmarken.

Lederhandlungen

Remak, A. M., Kupferschmiedestr. 37.
Tüpke, R., Neumarkt 21 (Bedarfsartikel).

Lederwaren und Sattlerei

Jäger, Ad., Fr.-Wilhelmstr. 50 u. Ring 2.
Zebler, Gebr., Ohlauerstr. 9.

Linoleum, Wachstuche

Teller, Edw., Schmiedebr. 2 u. Ohlauerst. 14.
Linoleum-Industrie, Ohlauerstraße 23.
Stückrath & Co., Ring 7.

Malzkaffee

Pamf-Malzkaffee. überall erhältlich.
Hillmann Malzkaffee der Arbeiterschaft empf. Hillmann & Kirchner, Breslau.

Manufaktur-Modewaren

Feige, Anna, Gräbschenerstr. Nr. 49. Konfektion, Wäsche u.
Kühnöhl, R., Hildebrandtstr. 6, hochp. Ausstell. u. fert. Wäsche.
Sander, F., Gr. Baumstr. 37 Konf. u. Wäsch.
Simon, E., Scheitnigerstr. 11, Lein. u. Wäsche
Zacher, A., Steingasse 13, Konfekt., Schuhw.

Möbel-Magazine

Bartsch, Paul, Leuthenstr. 85.
Blase, Theodor, Kupferschmiedestr. 16 Friedr. Wilhelmstr. 4.
Verdeg, C., Matthiasstr. 116 (Teilzahl. gest.)
Fischer, Möbelhaus „Sadowa", Neudorfstraße 51.
Freitag, Josef, Berliner Chaussee 75.
Gorski, Anton, Büttnerstraße 26/27 nebst Polst.-Fabrik.
Hensel, Oskar, Albrechtstr. 33, [illegible] 4, I.
Hirsch, J., Gräbschenerstr. 57. (Teilzahl.)
Hoffmann, H., Friedr.-Wilhelmstr. 86.
Zuslanowski, J., [illegible] Breitest. 3.

Musik-Instrumente

Jeske, Alb., Friedr.-Wilhelmstr. 91.
Nickel, August, Oderstraße 39.

Nähmaschinen.

Jul. Dreßler & Co., Ring 6, Nähmasch.
Littauer, Louis, Albrechtstr. 10 u. Fil.
Wedler, Bernh., Klosterstraße Nr. 15.

Optiker

Heidrich' Schweidnitzerstr. 27. Stadt-Theater gegenüb.

Papier- und Schreibwaren

Fritsche, G., Bernhardinstraße 40.
Fiedler, Gustav, Reimerstr. 2 (Zigarren).
Friedrich, Fr., (Zig.) Friedr.-Wilhstr. 85.
Fabrich, A., Gräbschenerstr. 80, Buchdruck.
Hottwald, A., [illegible], Sewaldstr. 14.
Horn, Robert, Kupferschmiedestraße 10.
[illegible], Michaelisstr. 27 (Zigarr.).

Pelzwaren

Ernst, Ed., Albrechtstr. 9, Mützen.
Hornig, Alfr., Hüten, Mützen, Blücherplatz 1.
Lührig, W., Kürschner, N. Schweidnitzerstr. 5.

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe

Grundmann, Oskar, Oderstraße 24. Uhren — Anzüge.
Herold, H., Oelsnerstraße 12, I. Betten, Anzüge, Uhren etc.
Koenig, Artkur, Alsenstraße 48.
Langner, August, Lohestraße 30.
Rudolph, Max, Westendstraße 47.
Schweikardt, H., Berlinerstraße 65, I.
Schwirten, Friedr., Weißenburgerplatz 7.
Weckwerth, Gust., Matthiasstr. 113, I., II.

Photographische Ateliers

„Apollo", Taschenstraße 20, (billigst).
Fotografie-Atelier billigst, Joh. Loh, nur Sternstr. 82.
Hahn, Paul, Gustav-Freytagstraße 3, vis-à-vis d. Salvatorkch.
Hartelt, J., Gräbschenerstraße 36.
Klatt, Hedwig, Feldstr. 15a, Vergrößerung.
Oppler, Inh. F. Krapp, Ring 50.
Pichler, Anton, Portraits - Vergröß. Nikolaistr. 65 68.
Schroeder, Fr.-Wilhelmstr. 60 62. Port. u. Vergrößerung.
Schmeichel (Geschw. Trautvetter) Fr. Carlst. 7

Putz, Modes

Lukaschek, Anna, Friedr.-Wilhelmstr. 59.
Pässold, H., Reuschestr. 36, Ecke Königspl.
Reinsch, Martha, Friedr.-Wilhelmst. 106.
Rosenthal, A., Blücherplatz 5.
Tichauer, M., Reuschestraße 47/48.
Weißenberg, S., Schmiedebrücke 14, Trauerhüte.

Polster- u. Dekorationsarbeiten

Pusch, M., Hildebrandtstr. 1.

Restaurateure

Berger, Reinh., Anderssenst. 36 (Distr. VI).
Cafe Kainz, Christophoripl., Ecke Ohlauerst.
Damzog, C., Niedergasse 20, früh. Kruppa.
Drescher, Th., Glogauerstr. 7. (Vereinsz.)
Edlon, H., Märkischestr. 96-98, (Vereinsz. frei)
Gerblich, Karl, Adlerstraße 5.
Glade, Bruno, Löschstr. 30, Vereinszim. frei.
Gleiß, Wilhelm, Trebnitzerpl. 1. Tel. 1318.
Granisch, Paul, Hildebrandtstr. 28 Distr. VI.
Haberland, Paul, Hirschst. 68 (Distr. XIII).
Hardt, F., a. Schleswig-Holst., Brandbgst. 35.
Hänsel, Gustav, Friedrich-Wilhelmstr. 27.
Herda, Johann, Rosenthalerstraße 4.
Hoffmann, Josef, Glogauerstr. 2. Distr. 4.
Igel, Oskar, Markthalle II.
Jahn, H., Matthiasstr. 35, gr. Vereinsz.
Jenke, Wilhelm, Ohlauer Chaussee 78.
Joppich, Friedr., Morgenaustr. 2, Reichskr.
Kaut, Paul, Oelsnerstr. 27, Vereinsz. frei.
Knorn, Auguste, Witwe, Fürstenstr. 9.
Krause, Paul, Ohlauerstr. 42, zur Glocke.
Lierke, Wilh., Kupferschmdst. 65, Langes Holz
Löfekrug, Rob., Leuthenstr. 62 (Distr. VII).
Lux, Franz, Auenstraße 1, Augarten.
Markthalle I, Münzstr 16. E. Hoffmann. Angenehmstes Familienlok.
Peschel, Karl, Weinstr. 35, Vereinsz. frei.
„Pomona", Albrechtsstr. 44/45, I. Abstinenz.
Prachel, Max, Elbingstr. 26, Vereinsz. frei.
Roßdeutscher, H., Michaelisst. 29, Vereinsz.
Schillergarten, Auenstr. 66. Jed. Sonnt. Elsb. Emil Krawalski.
Schirdewahn, Rob., Trebnitzer Chauss. 12.
Stolz, G., Sängerlust Hundsfeld. Chauss.
Scholz Rich., Hundsfeld. Chauss. 50 z. a. Od.
Späte, M., Weinstr. 87. Vereinszimmer frei.
Sperling, E., Taschenstr. 16. Jed. Sbd. Elsb.
Stadthauskeller Breslau, Ring, Inh Fritz Eisenlohr.
Täglich Sing-Sang mit 2 elektr. Orchestrions in 2 Sälen. Volkslok. I. Ranges. Jed. Dienst. Eisbeine, jed. Sonnab. Schweinschlachten. Halbe Port. zu jed. Tageszeit. Bier u. Weine.
Stenda, Aug., Friedr.-Wilhelmstr. 9.
Trautmann, August, Kreuzkirchstr. 16.
Werner G., Friedrichstr. 50a, Vereinsz frei.
Wilhelmsburg, Inh.: Franz Hötzel, Neudorfstr. 54, Sonntg u. Donnerstg. Tänze.
Wittwer, Anna, Rebengasse 10.

Rossfleischerei u. Wurstfabrik

Beck, Rudolf, Stockgasse 12.
Herrlich, Ott., Kl. Scheitnigerstr. 44.
Knappe, Paul, Elbingstr. 20 (Tel. 10770).
Ch. Marie Ritterplatz 6.
Schibinski, A., Gräbschenerst. 31, Tel. 11075

Sargmagazine

Dolata, G., Lehmdamm 7, Sternstr. 100.
Gornig, Max, Frd.-Wilhst. 1, Ecke Königspl.
Klietsch, Rudolf, Nikolaistraße 47.
Kubny, Joh., Schuhbrücke 68 69.
Menzler, Franz, Friedr.-Wilhelmstr. 71.
Muszynski, Th., Gräbschenerstr. 43.

Schirme, Stöcke

Bettfak, Ohlauerstr. 85, Klosterstr. 11.
Kirsch, M., Teichstr. 20.
Langer, H., Gräbschstr. 23, Matthiasstr. 101.

Schneiderei-Artikel

Hugo Heinrich, Schuhbrücke 14, Grüne Rabatt-Sparmarken.
Kirchhoff, W., [illegible] 11 Hummerei 51
Schulz, Gust. Frd., Schuhbrücke 7, vis-à-vis F. A. Prause.
Schulz & Liebich, Schuhbrücke 8.
Wilhelm & Wulfan Junkernstraße Nr. 12.
Handschuhe, Strümpfe, Gürtel usw. R. Wulfan, Schmiedebrücke 56.

Schuhwaren und Schuhmacher

Amerikanische Schnellsohlerei, Nikolaistraße 20. Besohlen in ca. 30 Minuten.
Bernert, Karl, Neudorfstraße 89
Bürger, Gustav, Leuthenstraße 23.
Deutsch-Amerik. Schuhwaren, G. m. b. H. — 20 Schmiedebrücke 20 — im Nußbaum.
Foltis, Richard, Sedanstr. 5.
Frommberger, M., N. Tauentzienstr. 57.
Girt, E., Anderssenstr. 26, Ecke Alsenstr.
Germania Schuh-Gesellschaft Ohlauerstr. 20.
Hahn, Carl, Viktoriastr. 32.
Hildebrandt, H., Gabitzstraße 67.
Keller, Josef, Matthiasstr. 116.
Kunisch, Aug., Teichstraße 12.
Kutsche, Wilhelm, Neudorfstraße 65.
Lenschner, H., Leuthenstraße 39.
Maiwald, Jul., Friedr.-Wilhelmstr. 65.
Meher, Ferd. [illegible] straße 12.
Munder, Par[illegible] str. 68.
Nowak, Aug., [illegible]
Neugebauer, [illegible] Tauentzienst. 38.
Plüsse, Paul, [illegible] Tschansch Nr. [illegible]
Riemecker, Gu[illegible], Hubenstr. 24.
Rinke, Josef, Hörderstraße 59.
Sabath, R., Oderstraße 4.
Schubert, Rudolf, Nachodstraße 5.
Schuhw.-H. Krojanker, Frdr.-Wilhstr. 23
Silberberg, Schuhhaus, Reuschestr. 60/61
Spiller, Reinhold, Viktoriastr. 30.
Steller, Theodor, Enderstraße 2.
Striemer, Schuhwarenhaus, Klosterstraße 11.
Fack, Conrad & Cie., Reuschestr. Nr. 48.
Thiersch, Rud., Viktoriastr. 1.
Walusezik, Karl, Waterlooplatz Nr. 1

Trauer-Kleidung

Berger, R., Ring 50.
Centawer, M., Schmiedebrücke 7/8

Uhren und Goldwaren

Altmann, R., Bismarckstr. 19, Fürstenstr. 2
Bruns, Albert, Ohlauerstraße 44.
Dahms, Hugo, Neue Tauentzienstr. 76
Exner, Karl, Friedr.-Wilhelmstraße 59.
Frank, Paul, Westendstraße 10.
Frenzel, Friedrich-Wilhelmstr. 3[illegible], vis-à-vis dem Friedhofe
Glänzel, Richard, Neue Sandstraße 15
Kühnel, Reuschestr. 13
Möwius, Kupferschmiedestr., Ecke Schmiedebrücke.
Paschke, Leo, Lehmgrubenstr. 69, 5% Rab.
Riebling, Max, Lehmdamm 26.
Rosenthal, Arnhold, N. Schweidnitzerstr. [illegible]
Schoska, Friedr.-Wilhelmstr. 70 an der Mariannenstr.
Schubert, Goldschmied, Schmiedebrücke 44
Welte, C., Reuschestraße 69.

Vogelfutter

Schneider, Karl, Rosenthalerstraße 43.

Waren-Häuser

Friedländer's Kaufhaus seit 1876 Sonnenstr. 10 Ecke Trinitatisstr. Bekannt bill. Preise, grüne Rabattm.
Gebr. Barasch, Ring, Neumarkt und Blücherplatz.
Kaufhaus Sonnenplatz, grüne Marken
Krebs, S., Bohrauerstraße 12

Wäsche, Trikotagen

Bielschowsky Ed. jr., Nikolaistr. 75—76.
Hauschner, Artur, Nikolaistraße 18/19
Hauschner, Fr., N. Graupenst. 1[illegible], Billigste Preise
Herold, F., Albrechtsstraße 46.
Mamlok, J., Kupferschmiedestraße 42.
Neumann, L., jun., Reuschestraße 63.
Salomonski, Benj., Reuschestr. 2.

Weiss- und Wollwaren

Adam, Ernestine, Neue Tauentzienstr. 8[illegible]
Gattel, Emil, Posenerstr. 23, 5% Rabatt
Janth, Simon, Matthiasstraße 170.
Krause, Hedwig, Alexanderstr. 19.
Landsberger, H., Matthiasstraße 2.
Mai, Anna, Weinstr. 74.
Pabst, Anna, Kosboldstr. 39, 3% Rabatt
Pfeiffer, Elisabeth, Matthiasstraße 125
Riedel's F., Nachf., Gräbschenerstr. 30
Schleif, Paul, Matthiasstraße 124.
Schmidt, Rich., Altenstr. 37 (5% Rabatt)
Tschwirschky, Georg, Enderstraße 15.
Werdermann & Dannwitz, Berlinerst. 60

Zahn-Ateliers

Fendler, Br., Berl. Chaussee 111, I. (Wollin)
Kotrwitz, Paul, And. Magdalenenkirche 6, I.
Kühn, Max, Reuschestr. 36, Eing. Königspl.
Peter, R. B., Frdr.-Wilhstr. 11, a. Wachtpl.
Weiß, Posstraße 3 II., Teilzahl. gestattet
Wrobel, F., Schmiedbr. 55, Ea. Kupferschmiedstr.

Zigarren u. Zigaretten

Algonti-Zigaretten. Verlangen S.
„Radia-Zigaretten"
Baensch, A., Viktoriast. 122, Ecke Neudorfstr.
Beinlich, Aug., Inh. C. Walter, Paulstr. 3[illegible]
Birkholz, Carl, Nachf., Friedr.-Wilhstr. 7[illegible]
Bock, A., Friedrich-Wilhelmstraße 89.
Börner, F., Firma Wollstein, Hubenstr. 2[illegible]
Christ, Emanuel, Sternstraße 57.
Fabian, Fritz, Klosterstraße 11.
Freitag, Ernst, Scheitnigerstraße 29.
Frommert, Karl, Matthiasstr. 144.
Gawlitta, Franz, Margaretenstr. 13.
Geisler, Ewald, Lehmgrubst. 62, Weinhdl.
Gottschalk H. J. & Sohn, N. Graupst. 1[illegible], Ecke Sonnenstr.
Grosser, A. (Fabrik), Scheitnigerstr. 2[illegible]
Guttmann, J., Carlsplatz 2.
Homann, C., Gräbschenerstr. 41.
Jacobs (C. Thun), Graupenstr. Ecke Wallstr.
Jüttner, Carl, Märkischestraße 96.
Kagort, Ed., Gräbschenerstraße 95.
Käthner, O., Leuthenstraße 56.
Kilian & Co., Filialen Ring 1[illegible] Hotel du Nord, Hotel 4 Jahreszeiten, Gräbschenerstr. 22, Schuhbrücke 81, Fr.-Wilhelmstraße 14, Matthiasstr. 86, Tauentzienpl. 1[illegible]
Kirchner, Johannes, Gneisenauplatz 1[illegible]
Kosmale, C., & Co., Fabrik [illegible]
Ormanda-Zigaretten.
Kotzerke, P., Matthiasstraße 20.
Kuppert, L., Alsenstr., Ecke Anderssenstr.
Lampke, C., Roßpl. 11, Filialen Hummerei 35, Matthiasstr. 16, Fr.-Wilhelmstr. 15, Klosterstr. 7[illegible]
Laube, Alfons, Laurentiusstraße 8, [illegible]
Lauoner, Wilhelm, Bismarckstraße 3[illegible]
Müller, Alfred, Breitest. 3, Ecke Weiße Ohle
Raucht „Okassa-Zarrotto"-Zigaretten
Negber, Wilhelm, Rosenthalerstr. 45.
Reimitz, R., Fischergasse 2-4, Ecke Wachtpl.
Remantz, August, Neudorfstr. 13.
Raucht „Schninel de Bon" Zig[illegible]
Seide[illegible] str. 16.
Sob[illegible] Hofchenstr. 3[illegible]
Spe[illegible], Gräbschenerstr. 86, [illegible]
Sted[illegible] an, A., Weinstr. 79.
Ste[illegible]berg Nachf., Frdr.-Wilhelmstr. 16/1[illegible]
Wei[illegible] Rud., Ring 46, Rauch- u. Kautabak
Walke, O., Klosterstraße 2 (Zigaretten)
Wander, H., Hildebrandtstraße 19.
Wambke, Albert, Klosterstraße 14.
Weidlich, Geschw., Weinstraße 24.
Weichert, Adolf, Kaiser-Wilhelmstr. 1[illegible]
Wierzioch, E. & Co., Gräbschenerstr. [illegible]
Wöller, Paul, Kl.-Tschansch, Zigarren
Wittwer, Hans, Adalbertstr. [illegible], Nierstr. a. d. Lessingbr.
Zedlitz, Max, Matthiasstraße 95.

2. Beilage zu Nr. 41 der „Volkswacht“.

Freitag, den 18. Februar 1910.

Deutscher Reichstag.

37. Sitzung. Mittwoch, den 16. Februar, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Ein schleuniger Antrag Ablaß und Genossen (freis. Vp.) auf Einstellung eines Verfahrens gegen den Abg. Spethmann (freis. Vp.) für die Dauer der Session wird debattelos angenommen.

Das Arbeitskammergesetz.

Abg. **Dr. Will** (Zentr.): Die Kommission wünschte auch eine Standesvertretung der kaufmännischen und technischen Angestellten. Sie wünschte ferner, daß die Errichtung der Arbeitskammern vom Bundesrat, nicht von der Landes-Zentralbehörde anzuordnen sei. Diesen Wünschen ist im Entwurf nicht Rechnung getragen. Die Kommission wollte auch das aktive Wahlrecht mit dem einundzwanzigsten, das passive mit dem fünfundzwanzigsten Lebensjahr verleihen. Der Entwurf setzt aber das Alter wieder auf das fünfundzwanzigste resp. dreißigste Lebensjahr hinauf. Auf der Wählbarkeit der Arbeitersekretäre müssen die Arbeiter bestehen. Dieses umsomehr, als die Unternehmer in der Lage sind, ihre Betriebsleiter in die Kammern zu bringen. Bleiben die Arbeitersekretäre ausgeschlossen, so können die Kammern ihren Zweck, Frieden zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen, nicht erfüllen. Der Widerstand des Zentralverbandes der Industriellen darf für uns nicht maßgebend sein. Einer Kommissionsberatung werden wir uns nicht widersetzen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. **v. Winterfeldt-Menkin** (kons.): Die Arbeitersekretäre können nicht zu den Arbeitskammern zugelassen werden, weil sie bezahlte Angestellte der Arbeiter sind. (Bravo! rechts.)

Abg. **Horn** (Natl.): Wir wünschen sorgfältige Prüfung der Bedürfnisfrage, damit die Arbeitskammern nicht wie Pilze aus der Erde schießen. Die Errichtung sollte dem Bundesrat unterstellt werden, wie die Kommission es wünschte. Bedauerlich ist der Ausschluß der technischen Angestellten. Die Angestellten der Arbeiterorganisationen können nicht ständige Mitglieder der Arbeitskammern sein. Wo es nötig ist, kann ihr Rat jederzeit eingeholt werden.

Abg. **Naumann** (freis. Vgg.): Ob die Arbeitskammern großen Einfluß auf die Tariffragen gewinnen werden, steht dahin. Die wirklich wirksamen Tarifverträge sind bisher die gewesen, die von den beteiligten Arbeitern und Arbeitgeberorganisationen ohne Dazwischenkunft Dritter abgeschlossen worden sind. Allerdings, wo es an kräftigen Organisationen mangelt, also namentlich in der Heimindustrie, können die Arbeitskammern für den Abschluß von Tarifverträgen wichtig werden. — Ein Grund, weshalb wir erneute Kommissionsberatung wünschen, ist unter anderem die Frage der Einbeziehung der Techniker, Werkmeister usw. Sie ist von größter Bedeutung. (Sehr richtig! links.) Auch die Frage, wie weit das freie Ermessen der Landesbehörden zu gehen hat, bedarf eingehender Kommissionsprüfung. Das Wahlalter muß auf 21 Jahre herabgesetzt werden, wenn die Kammer für die Arbeiterinnen überhaupt eine Bedeutung haben soll. Wir sind ferner grundsätzlich für die Oeffentlichkeit der Verhandlungen. Mitarbeit der Arbeitersekretäre wäre sehr zweckförderlich. Die Arbeiter selbst können zu leicht entlassen werden, wenn sie einmal etwas Unbequemes sagen und wer soll sich dann noch wählen lassen? Höchstens ein allergetreuestes Mitglied einer gelben Gewerkschaft. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sind etwa die Arbeitersekretäre nicht friedliebend? Wie würde es heute im deutschen Bergbau aussehen, wenn wir nicht die Arbeitersekretäre, die Disziplin und Organisation bei den Arbeitern hätten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man soll nicht sagen, die Arbeitersekretäre seien keine Arbeiter, sie sind ein Bestandteil der Arbeiterschaft! Ich kann den Widerstand der Regierung nicht verstehen. (Lebh. Beifall links.)

Staatssekretär **Dr. Delbrück**: Die Vertretung der Techniker durch sachliche Organisation ist nicht angängig, daher mußten sie von diesem Gesetz ausgeschlossen werden. Ob die Errichtung der Kammern den Landesbehörden oder dem Bundesrat übertragen wird, ist eine untergeordnete Frage. Die Eisenbahnarbeiter, sowie die Arbeiter des Heeres und der Marine mußten ausgeschlossen werden, weil es sich bei diesen Truppen nicht um gewerbliche Arbeiter handelt. (Widerspruch b. d. Soz.)

Das erste Erfordernis für eine erfolgreiche Tätigkeit der Kammern ist, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich am neutralen Ort unter einem neutralen Vorsitzenden zusammenfinden. Die Verhandelnden müssen unabhängig und an kein Programm gebunden sein. Dieses ist aber bei den Arbeitersekretären nicht der Fall. Sie hindern deshalb eine begutachtende Tätigkeit. Allerdings erkenne ich die Notwendigkeit von Arbeitersekretären an und stehe so gar zu vielen von ihnen in guten und freundschaftlichen Beziehungen. (Heiterkeit! bei den Soz.) An dem Wahlalter müssen wir festhalten, eine gewisse Reife müssen wir verlangen. Wenn Sie das Zustandekommen des Gesetzes nicht verhindern wollen, so verlassen Sie den paritätischen Boden nicht!

Abg. **Legien** (Soz.): Die Einwendung der Verbündeten Regierungen muß man schon vom Standpunkte des Zentralverbandes der deutschen Industriellen betrachten! (Sehr richtig! bei den Soz.) Gegenüber dem vorjährigen Entwurfe und den Beschlüssen der Kommission ist es ein starkes Stück, diesen Entwurf einzubringen. Hat etwa die Regierung auf eine Schwenkung des Zentrums gerechnet, wie bei der Finanzreform? Nach den Darlegungen des Zentrumsvertreters hätte sie sich allerdings getäuscht. Die ganze Vorlage ist darauf zugeschnitten, dem Unternehmertum zu nützen. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Die Arbeiterschaft hat sich gegen den Willen der Regierung in den letzten 30 Jahren selbst eine Vertretung geschaffen in ihren gewerkschaftlichen Organisationen. Heute können wir auf diese gesetzliche Vertretung verzichten, und werden es unter allen Umständen tun, wenn sie nur den Interessen des Unternehmertums dienen soll. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Bei einer ganzen Reihe von Fragen hat der Herr Staatssekretär den Beweis geliefert, daß ihm nur die Interessen der Unternehmer am Herzen liegen. Hat doch sogar sein Kollege, Herr Sydow, Minister für Handel und Gewerbe, im vorigen Jahre die Entdeckung — oder sagen wir lieber die Erfindung gemacht, daß die Arbeitgeberverbände keine Kampfesorganisationen seien. (Große Heiterkeit b. d. Soz.) Vielleicht bewegt der Staatssekretär jetzt seinen Kollegen zu einer ähnlichen Erklärung in Bezug auf die Gewerkschaften. (Sehr gut! b. d. Soz.) Aber darauf werden wir wohl lange warten können. Als eine kleine Verbesserung ist es anzuerkennen, daß laut § 3 die Arbeitskammern beim Abschluß von Tarifverträgen mitwirken sollen. Gegenüber der allgemeinen Verschlechterung fällt das aber kaum ins Gewicht. Im § 2, wo es heißt, daß die Kammern den Interessen der Arbeitnehmer dienen sollen, hat man die Worte hinzugefügt: „Unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen“. Wenn man aber bedenkt, daß die Interessen der Unternehmer bereits in Handelskammern, Landwirtschaftskammern, Berufsgenossenschaften usw. vertreten sind, so könnte man der Meinung sein, daß bei dieser neuen Einrichtung die Interessen der Arbeiterschaft in den Vordergrund gehören. (Lebhafte Zust. b. d. Soz.)

Nach der Verhandlungsvorlage waren die Gewerbegehilfen in den Apotheken ausgeschlossen. Der jetzige Entwurf verschlechtert das dahin, daß sämtliche Handlungsgehilfen ausgenommen bleiben. Entgegen der ersten Vorlage sind auch die Betriebsbeamten, die Werkmeister und Techniker ausgenommen. Diese Kategorien müssen aber notwendigerweise in das Gesetz aufgenommen werden. Sie sind Arbeiter, wie alle diejenigen, die ihre Arbeitskraft in den Dienst dessen stellen, der das Kapital besitzt. (Sehr richtig! bei den Soz.) [illegible]

Nun hat der Staatssekretär erklärt, die Zugeständnisse bedeuten die äußerste Grenze. Sehen wir uns genau an, was die Regierung „zugesteht“! Ueber die Frage, ob die Errichtung der Arbeitskammern dem Bundesrat oder den Landesbehörden anvertraut werden sollen, geht der Staatssekretär leicht hinweg. Er sei nicht der Mann, Gesetze in anderem Sinne auszuführen, als in dem Sinne, in dem sie beschlossen worden sind. Aber das sagte auch Herr Bethmann-Hollweg beim Reichsvereinsgesetz. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Es ist schon besser — bei allem guten Glauben an die subjektive Glaubwürdigkeit des Staatssekretärs — daß wir uns auf mündliche Zusagen nicht verlassen, sondern in das Gesetz hineinschreiben, daß der Bundesrat die Errichtung zu verfügen hat. (Sehr wahr! bei den Soz.)

In der Frage des Wahlalters will die Regierung, zugestandenermaßen auf Wunsch der Arbeitgeber (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) nicht nachgeben. Wohl aber sollen auch die Arbeiter unter 25 Jahren zu den Kosten der Kammern beitragen. (Hört, hört! bei den Soz.) Also Pflichten aber keine Rechte!

Zur Frage der Arbeitersekretäre hat der Staatssekretär sein „unannehmbar“ ganz besonders unterstrichen. Nun, seit der berühmten Reichsfinanzreform hat das „unannehmbar“ der Regierung einen sehr eigentümlichen Beigeschmack. (Lebhaftes Sehr gut! links.) Wir sind der Meinung, der Reichstag soll beschließen, was ihm gut scheint und die Verantwortung für das etwaige Scheitern dann ruhig der Regierung überlassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die Zulassung der Arbeitersekretäre soll angeblich die Freiheit und Unbefangenheit der Verhandlungen gefährden. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Ein armer Bergarbeiter aber, der in der Arbeitskammer seinem Bergherrn oder Direktor gegenübersitzt, der besitzt wohl die nötige „Freiheit und Unbefangenheit“! Ich möchte wissen, von welchen Arbeitersekretären, mit denen er verkehrt hat, der Herr Staatssekretär seine eigentümliche Auffassung gelernt. (Lebhafte Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Das müssen Arbeitersekretäre mit ganz eigenartigen Qualifikation sein, ich bitte ihn, doch die Namen zu nennen. Auch für die Arbeiter wären sie interessant. Nennt er sie nicht, so erlassen wir vielleicht einen Aufruf, daß sie sich melden. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.)

Herr v. Winterfeldt meinte, es ginge nicht, Arbeitersekretäre zuzulassen, weil sie die Angestellten der Arbeiter seien. Aber was man andern versagt, das beansprucht man selbst als sein gutes Recht.

Die Landwirtschaftskammern und Handelskammern dürfen es. Die dürfen nicht nur die Beamten der landwirtschaftlichen Organisationen wählen, sondern auch solche Personen, denen die Kammer das Recht der Wählbarkeit beilegt. (Hört, hört! links.)

Wer so wenig Gerechtigkeitssinn hat, dem kommt es überhaupt nicht zu, darüber zu reden, was den Arbeitern dient und was nicht. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Wenn die Arbeitersekretäre von den Kammern ferngehalten werden, so wird das angeblich den Interessen der Arbeiter dienende Gesetz nichts anderes sein, als eine Wahrnehmung der Unternehmerinteressen, ein Gesetz, welches in allen einzelnen Bestimmungen nach den Angaben des Zentralverbandes Deutscher Industrieller gearbeitet ist. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Ehe man ein solches Gesetz macht, soll man es lieber ganz fallen lassen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Neu sind auch die Bestimmungen, daß die Verhandlungen nicht öffentlich sind. In der Kommission war das nicht beschlossen, sondern nur von Konservativen beantragt. Ein konservativer Antrag genügt aber der Regierung, auch wenn die Kommission ihn ablehnte. Die Oeffentlichkeit ist aber notwendig, damit die Arbeiter ihre Vertreter kontrollieren können. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Gegen die Behauptung des Staatssekretärs, die Eisenbahnarbeiter seien keine gewerblichen Arbeiter, erheben wir schärfsten Protest. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Sie werden ausgebeutet, kapitalistischer Profit wird aus ihnen gezogen. Warum also sollen sie anders gestellt werden, als andere Arbeiter? Gerade in den Staatswerkstätten liegen die Dinge derart, daß gründlich hineingeleuchtet werden muß. Der Ausschluß der Staatsarbeiter von den Arbeitskammern ist eine Degradation, der wir auf das Schärfste widersprechen.

Und diesem verschlechterten Entwurf beschwört uns der Staatssekretär nicht scheitern zu lassen: Ursprünglich hielt ich Kommissionsberatung für überflüssig. Nach den neuesten Verschlechterungen muß ich aber Verweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern beantragen. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Abg. **Schmidt-Altenburg** (Rpt.): Wir sind nicht allgemein von der Notwendigkeit der Arbeitskammern überzeugt. Will man sie aber durchaus haben, dann sollen sie ein Friedensinstrument sein, und dann darf man die Arbeitersekretäre nicht zulassen, das hieße ja, einen kommandierenden General an die Spitze einer Friedensliga stellen. (Beifall rechts.)

Abg. **Kulerski** (Pole) schließt sich der Kritik der Abgeordneten Will, Naumann und Legien in allen Punkten an, hält aber eine Kommissionsberatung für überflüssig.

Abg. **Behrends** (Wirtsch. Vg.) vertritt die Ansicht, daß das Gesetz ohne die Wählbarkeit der Organisationsvertreter ziemlich wertlos sei. Die Arbeitskammern werden nicht nur von der radikalen Arbeiterbewegung gefordert. Wenn jetzt wiederum das Zustandekommen dieser Kammern scheitert, so wird das in Arbeiterkreisen, die zu Kaiser und Reich halten, weit mehr böses Blut machen, als alle die Steuern, mit denen die Linke im Lande herumkrebst. (Lachen links.) Leider ist der Einfluß des Zentralverbandes der Industriellen bei Nationalliberalen, Reichspartei und selbst bei den Konservativen übermächtig. (Sehr wahr! bei der Wirtsch. Vgg., Zentr., Freis. und Soz.) Diese Parteien tragen die Verantwortung für das etwaige Scheitern des Gesetzes. (Lebh. Beif. bei der Wirtsch. Vgg.)

Die Diskussion wird geschlossen. Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Das Hausarbeitsgesetz.

Staatssekretär **Dr. Delbrück**: Wir waren bestrebt, nach Möglichkeit den Wünschen der Kommission gerecht zu werden. Die Kommission hat anerkannt, daß man auf diesem Gebiete nur ganz schrittweise und vorsichtig vorwärts kommen kann. Die Kommission war der Meinung, daß speziell die Lohnverhältnisse einer Regelung bedürfen. Hiermit würde aber der Staat in den Arbeitsvertrag eingreifen und dieser Auffassung stellen sich schwerwiegende prinzipielle Bedenken sowie auch praktische Schwierigkeiten entgegen. Den Tarifverträgen stehe ich durchaus nicht unfreundlich gegenüber, wenn sie auch nur einen bewaffneten Frieden darstellen. Ihre Förderung ist wünschenswert, doch bin ich im Laufe des Winters durch eingehende Erwägung zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Möglichkeit behördlicher Förderung des Tarifvertrages noch nicht gegeben ist. Ich hoffe aber, Sie werden das Vertrauen zu mir haben, daß ich vor allem bestrebt sein werde, dem Tarifvertrag für die Hausarbeit bald die Wege zu ebnen, nur möchte ich bitten, mit dieser Frage diesen Gesetzentwurf nicht zu belasten, sondern ihn so zu verabschieden, wie er vorgelegt ist. (Bravo!)

Abg. **Dr. Pieper** (Zentr.): Der Entwurf bietet den Heimarbeitern zwei Dinge: einmal wird das, was für die Fabriken zum Schutze der Gesundheit schon getan ist, auf sie ausgedehnt, einschließlich der Beschränkung der gesundheitsschädlichen Arbeitszeit. Noch wertvoller ist die zweite Gruppe der Bestimmung, welche den Versuch macht, die niedrigen Löhne wenigstens auf ein Existenzminimum zu heben. In der Frage, ob eine behördliche Festsetzung von Löhnen zu billigen ist, stimme ich den grundsätzlichen Ausführungen des Staatssekretärs zu, bemerke aber, daß in der Hausarbeit solche Elendslöhne herrschen, daß eine behördliche Regelung hier eine Notstandsaktion ist, ohne die die Lage der Heimarbeiter nicht gebessert werden kann, insbesondere, da eine Hausarbeiterorganisation von innen heraus unmöglich ist. (Bravo im Zent.)

Abg. **Henning** (Kons.): Die Sozialpolitiker sollten mit der Vorlage zufrieden sein, wenn sie auch nicht alles erreichen. In solchen Dingen könne man nur langsam und schrittweise vorgehen.

Abg. **Manz** (freis. Vp.): Die Gesetzgebung kann auf diesem Gebiete leicht mehr schaden, als nützen. (Sehr richtig! b. d. Freis.) Den Schutzbestimmungen für Leben und Gesundheit stimmen wir zu, aber das vorgeschlagene System der Lohntafeln ist nicht genügend. Der Registerzwang wird mit dem Hinweis auf die Damen aus besseren Ständen bekämpft. Diese haben die Hausarbeit oft sehr nötig. (Sehr richtig! bei den Freis.) Man wird daher mindestens die Geheimhaltung der Listen verlangen müssen.

Abg. **Everling** (natlb.): Die Notstände werden oft übertrieben, immerhin bedürfen sie der Einschränkung. Das Verlangen der Sozialdemokratie, in der Nahrungs- und Genußmittelbranche die Heimarbeit radikal zu verbieten, wird wohl keine andere Partei des Hauses mitmachen. Hinter jeden Heimarbeiter einen Schutzmann zu stellen, wie die Sozialdemokratie es möchte, geht entschieden zu weit. (Zust. b. d. Natlb.)

Abg. **Schmidt-Berlin** (Soz.):

Es ist kein erfreulicher Zustand, wenn Heim und Arbeit verbunden werden. Heimstätte und Arbeitsstätte sollten getrennt sein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ein Heim, in dem die Arbeitsstätte aufgeschlagen ist, zeigt stets große Gefahren für die Gesundheit und die Entwickelung der Jugend. (Sehr richtig! bei den Soz.) Unbedingt notwendig ist das Verbot der Heimarbeit für die Nahrungsmittelindustrie, welches mein Vorredner bekämpft hat. Daß es fehlt, ist ein großer Mangel des Entwurfs. Es kann kein erfreulicher und auch kein appetitlicher Zustand sein, daß Nahrungsmittel in der Heimarbeit hergestellt werden, wo jede Kontrolle fehlt. Hierin liegen Gefahren, nicht nur für die Heimarbeiter, sondern auch für die Konsumenten. Diese Zustände haben sich erst allmählich entwickelt, und diese ungesunde Entwicklung müssen wir zu hemmen suchen. Unsere Heimarbeitergesetzgebung ist weit zurück hinter der anderer Länder. Das französische Gesetz schaltet sogar das Zwischenmeistertum aus. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Das vorliegende Gesetz ist leider nur ein Rahmengesetz. Es soll erst durch Bundesratsverordnungen oder Polizeiverordnungen ausgefüllt werden. Wenn ich das genügende Vertrauen zu diesen Stellen hätte, so könnte ich wohl sagen, daß mit der Ausbildung des Rahmens alles Notwendige geschehen kann. An diesem Vertrauen fehlt es uns aber nach den bisherigen Erfahrungen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wie notwendig ein vollständiges Verbot der Heimarbeit wäre, beweist die Tatsache, daß sie jetzt auch stark in der Celluloidfabrikation um sich greift, die bekanntlich außerordentlich feuergefährlich ist. Diese Heimarbeit müßte mindestens verboten werden.

Notwendig ist ferner ein Verbot des Trucksystems, welches den Heimarbeiter in wirtschaftliche Abhängigkeit vom Arbeitgeber bringt. Höchst wichtig ist die Lohnfrage. Die Regierung hat sich leider nicht dazu verstanden, Lohnämter einzuführen. Ob aber die vorgesehenen Lohntafeln von den Unternehmern richtig geführt werden, entzieht sich leicht der Kontrolle. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man hat nun gesagt, die Heimarbeiter sollten Tarifverträge in freier Vereinbarung herbeiführen. Tatsächlich kommen aber insbesondere die Heimarbeiter, die zu den niedrigsten Löhnen arbeiten, für die gewerkschaftliche Organisation fast gar nicht in Frage. Wir müssen deshalb darauf bestehen, daß in der Kommission der Versuch gemacht wird, die Lohnverhältnisse durch Lohnämter oder paritätische Kommissionen zu regeln. Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung hat das Prinzip des Lohntarifs auf Zwangsgrundlage anerkannt, allerdings nicht für die Arbeiter, sondern für die Aerzte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Was dort möglich war, warum sollte es für eine so elend entlohnte Arbeiterschicht nicht getan werden! Dieser wichtigste Punkt muß dem Entwurf auf jeden Fall zugefügt werden. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. **Kulerski** (Pole): Das Leben des Heimarbeiters ist die Hölle auf Erden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dem Verlangen nach Lohnämtern kann man nur zustimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Behrens** (Wirtsch. Vgg.): Die Vorlage ist nicht ideal, aber es kann daraus etwas brauchbares werden. Auch wir wünschen Lohnämter, machen davon aber unsere Stellung nicht abhängig. (Beifall rechts.)

Der Gesetzentwurf wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr. (Toleranz-Antrag des Zentrums, Gewerbeordnungsnovelle).

Schluß 7¼ Uhr.

Der Tag der Amtsgerichte.

Gewohnheitsmäßig schließt die Justizetatdebatte im Dreiklassenhause mit einem Tag der Amtsgerichte. So auch diesmal. Selbstredend ist es keinem Abgeordneten zu verdenken, wenn er die lokalen Wünsche seines Wahlkreises vorträgt; allgemeines Interesse können solche sich bis auf das Geflecht der Stühle, darauf die Schöffen sitzen, erstreckenden Erörterungen natürlich nicht in Anspruch nehmen. Immerhin steht es nicht ganz außer Zusammenhang mit der Industriefeindschaft des preußischen Agrarstaates, daß eine mit Riesenschritten der Großstadt sich nähernde hochindustrielle Mittelstadt, wie Linden bei Hannover, noch immer kein Amtsgericht hat, während kaum auf der Landkarte zu entdeckende Nester des Ostens sich solcher erfreuen. Genosse Leinert brachte die unter den Lindener Einwohnern ohne Unterschied der Partei über die hartnäckige Verweigerung des Amtsgerichtes herrschende Erbitterung kräftig zum Ausdruck. Erwähnt sei noch, daß der Freisinnige Büchtemann auf sieben unentdeckte Morde im Kreise Hirschberg hinwies. Nun mag es ja überall vorkommen, daß einmal ein Mord unentdeckt bleibt. Bezeichnend wiederum aber ist es, daß im Falle des letzten Mordes die Staatsanwaltschaft recht bedächtig an die Nachforschungen nach dem Mörder heranging, aber windeseilig mit der Zeugnishaft gegen einen freisinnigen Redakteur bei der Hand war, der aus seinem beschränkten Untertanenverstand heraus einer königlich preußischen hochwohllöblichen Anklagebehörde Vorgehen zu kritisieren sich erdreistet hatte. — Der Donnerstag soll freibleiben, damit die Kommission in Muße die Besichtigung des Bethmannschen Wechselbalges fortsetzen kann. Am Freitag stehen kleine Vorlagen, meist agrarischen Charakters, auf der Tagesordnung.

Gemeinsamer Verbandstag der Maurer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Leipzig, 11. Februar.

Zweiter Verhandlungstag.

Abendsitzung.

Nachdem die Krankenunterstützung auch während der sechs Wintermonate beschlossen wurde, stimmt der Verbandstag ohne weitere Debatte den Kommissionsvorschlägen zur Beitragsfrage zu.

Beim § 26, der über Beitragsermäßigung spricht, wird nach längerer Debatte festgelegt, daß Arbeitslose, Kranke und Inhaftierte, sofern sie keine Unterstützung beziehen, nur 20 Pfg. Beitrag zu bezahlen haben.

Zu dem § 31, in dem die Anteile der Hauptkasse und der Zweigvereine an den Beiträgen festgesetzt werden, lag eine große Zahl Abänderungsanträge vor. Der Vorstand schlug vor, daß von den Eintrittsgeldern und den Beiträgen die Zweigvereine 20 Prozent erhalten und 80 Prozent an die Hauptkasse abzuführen sind. Dieser Vorschlag wurde heftig bekämpft und auch abgelehnt. Annahme fand ein Eventualantrag des Vorstandes, nach dem die Zweigvereine von den Beiträgen in der 1. Klasse 7 Pfg. pro Marke, und dann von Klasse zu Klasse 1 Pfg. mehr bis 16 Pfg. in der 10. Klasse erhalten. In der 11. Klasse beträgt der Anteil 18 Pfg. und in der 12. Klasse

20 Pfg. pro Marke. — Diese Sätze sind sämtlich um 1 Pfg. niedriger, als sie die Kommission vorschlug.
Die Verhandlungen werden dann vertagt.

* * *

Leipzig, 12. Februar.

Dritter Verhandlungstag.

Die Beratung der Statuten wird beim § 38, der die Streikunterstützung bestimmt, fortgesetzt. Nach der Vorstandsvorlage und den Vorschlägen der Kommission wird Streikunterstützung in jedem einzelnen Streikfalle und an jeden einzelnen beteiligten Kollegen erst vom vierten Tage (ausschließlich Sonntage) der Arbeitseinstellung oder Aussperrung usw. an gezahlt. Ausgenommen sind nur partielle Streiks (Bausperren), die wegen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gegen einzelne Unternehmer geführt werden müssen. In solchen Fällen kann die Unterstützung vom ersten Tage an bewilligt werden.

Bei der Festsetzung der Höhe der Unterstützung hat die Kommission den länger organisierten Kollegen mehr Rechnung getragen, als in der Vorstandsvorlage vorgesehen. Die Unterstützungssätze sollen je nach der Mitgliedsdauer in der 1. Beitragsklasse (Beitrag 35 Pfg.) 6 bis 12 Mark, und in der höchsten Beitragsklasse 11 bis 21 Mark betragen.

Bei Streiks, die in die Zeit vom 1. Dezember bis inkl. Februar fallen, soll die Unterstützung in allen Lohnklassen nur 2 Mark niedriger sein. Verheiratete Kollegen sollen außer den festgesetzten Unterstützungssätzen für jedes ihrer Kinder, das noch der obligatorischen Schulpflicht untersteht oder noch nicht schulpflichtig ist, wöchentlich 1 Mark erhalten. Wenn für einen Streikenden bei einer Unterstützungsauszahlung weniger als fünf Unterstützungstage in Betracht kommen, dann beträgt das Kindergeld 20 Pfg. pro Tag und Kind; halbe Tage sind mit 10 Pfg. zu berechnen.

Zu der Streikunterstützung liegt eine große Zahl Anträge vor, die von einzelnen Delegierten begründet werden. Der Verbandstag stimmt dann den Kommissionsvorschlägen zu.

Der Abschnitt Krankenunterstützung ruft keine weitere Diskussion mehr hervor. Man hatte ja gestern darüber eingehend beraten. Nach den Beschlüssen des Verbandstages richtet sich die Unterstützung nach der Höhe der Beitragsleistung und der Dauer der Mitgliedschaft. Sie beträgt nach zweijähriger Mitgliedschaft und Zahlung von 80 Wochenbeiträgen: bei einem Beitrag von 35 Pfg. 3,10 Mark und bei einem Beitrag von 90 Pfg. 5,40 Mark pro Woche. Von zwei zu zwei Jahren erhöhen sich diese Sätze um je 30 Pfg. pro Woche bis zum Höchstbetrage von 4,20 Mark in der 1. Beitragsklasse und 7,50 Mark in der 12. Beitragsklasse. Die festgesetzten Sätze werden für das ganze Jahr gezahlt, doch soll in den beitragsfreien Monaten die Unterstützung um den örtlichen Beitrag gekürzt werden.

Die Erlangung des Sterbegeldes bedingt ebenfalls eine mindestens zweijährige ununterbrochene Mitgliedschaft und eine Beitragsleistung für 80 Wochen. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Beitragsleistung. Sie beträgt in der 1. Beitragsklasse 20 Mark und in der 12. Klasse 75 Mark. Nach vollendeter vierjähriger Mitgliedschaft beträgt die Unterstützung in allen Klassen 5 Mark mehr und steigt von da an für jedes weitere Jahr um 2,50 Mark bis zur Höhe von 70 Mark in der 1. Beitragsklasse und 125 Mark in der 12. Beitragsklasse.

Im § 39 wird über Maßregelung und Haft bestimmt: Werden Mitglieder infolge ihrer Tätigkeit für den Verband aus der Arbeit entlassen (Maßregelung) oder geraten Mitglieder infolge eben dieser Tätigkeit in Haft, so können sie unterstützt werden. Eine Karenzzeit kommt für solche Unterstützung nicht in Betracht. Die Höhe der Unterstützung für Gemaßregelte und Inhaftierte, sofern es sich um verheiratete Mitglieder handelt, soll in der Regel um 3 Mark höher sein als die vorgesehenen Unterstützungssätze bei Streiks. Ist die Maßregelung und Haft von längerer Dauer als 14 Tagen, dann kann für Verheiratete auch ein Zuschuß zur Wohnungsmiete gezahlt werden.

In der Debatte wird für Gleichstellung der ledigen mit den verheirateten Kollegen plädiert. Es wird aber nach dem Entwurf beschlossen.

Bei den Schlußbestimmungen des Statuts wird gewünscht, daß die Ehrenmitgliedschaft, wie sie bisher im Maurerverbande üblich war, beibehalten werde. Der Entwurf sieht dies nicht mehr vor — auch die Kommission schließt sich diesem an — und wird er unverändert angenommen.

Dem Reglement für Lohnbewegungen und Streiks wird ohne Debatte nach dem Vorständeentwurf zugestimmt.

Die Beratung der Lohn- und Anstellungsbedingungen der Beamten ist sehr ausgedehnt. Die Vorstände schlagen vor, daß die im Zentralbureau dauernd beschäftigten Mitglieder ein Anfangsgehalt von 2400 Mark pro Jahr erhalten. Das Gehalt soll nach zweijähriger Beschäftigungsdauer jährlich um 100 Mark bis zum Höchstgehalt von 3000 Mark steigen. Damit ist die eingesetzte Kommission einverstanden. Nicht aber mit den Vorschlägen über die Gehälter der Gau- und Zweigvereine. Hier schlägt die Kommission niedrigere Sätze vor; sie beantragt für die Gauleiter ein Anfangsgehalt von 2100 Mark und ein Höchstgehalt von 2500 Mark.

Die Gehälter der Zweigvereinsbeamten sollen in Berücksichtigung der einzelnen Orte 1800 bis 2600 Mark betragen, entsprechend den Beschlüssen des Verbandstages der Maurer in Köln im Jahre 1907.

Der Verbandstag stimmt den Vorschlägen der Kommission zu.

Nach dem Bericht der Redaktionskommission, deren Aenderungen am Statut gutgeheißen werden, wird das ganze Statut des neuen Verbandes im ganzen angenommen. Es tritt am 1. Januar 1911, dem Tage des Uebertritts, in Kraft.

Die Verbände machen dann in getrennter Sitzung Vorschläge für die zu wählenden Vorstandsmitglieder. Die Vorstandsämter sollen sich folgendermaßen verteilen: die Maurer stellen den ersten Vorsitzenden, den ersten und dritten Kassierer und vier Sekretäre; auf die Bauhilfsarbeiter entfallen: der zweite Vorsitzende, der zweite Kassierer und zwei Sekretäre. Gewählt werden Bömelburg als erster und Behrendt als zweiter Vorsitzender. Für den bisherigen Kassierer der Maurer, Köster-Hamburg, der in Anbetracht seines hohen Alters auf den Kassiererposten verzichtet, wird Kober-Hamburg als erster Kassierer ernannt. Als zweiter Kassierer wird Brandmohr-Hamburg und als dritter Busch-Hamburg gewählt. Zu Sekretären werden Täpfer, Paeplow, Rohde, Steiniger und Tönnies, zu Redakteuren Winnig, Ellinger und Kößle und zu Revisoren Mark, Albrecht und Lenz ernannt. Der Sitz des Vorstandes bleibt Hamburg, der des Ausschusses Berlin. Der Vorsitzende des Ausschusses bleibt Doehne-Berlin.

Der Punkt Lohnbewegungen wird wegen der vorgerückten Zeit nicht mehr beraten. Bömelburg schlägt vor, die Taktik zur Lohnbewegung durch die Zentralleitung bestimmen zu lassen. Der Verbandstag soll nicht geschlossen, sondern nur vertagt werden, damit er zu gegebener Zeit wieder zusammentreten kann. Dem wird zugestimmt.

Bömelburg gibt dann unter Bezugnahme auf den Bericht von der Sitzung des Arbeitgeberverbandes vom 24. Januar, den wir schon im Vorstandsbericht wiedergegeben haben, folgende Erklärung ab:

Diese Mitteilung an die Presse ist eine öffentliche Mitteilung an die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen. (Sehr richtig!) Wir müssen darauf auch öffentlich antworten. Die Arbeitgeber sprechen die Hoffnung aus, daß die Arbeiterorganisationen den Anträgen der Unternehmer auf Abänderung des bestehenden Vertragsmusters zustimmen. Die Unternehmer hätten dann auch näher aussprechen müssen, um was es sich bei diesen Anträgen der Arbeitgeberorganisation handelt. Das haben sie nicht getan. Sie täuschen die Oeffentlichkeit. Ich muß deshalb nachholen, was sie verschweigen. Die Arbeitgeberorganisation verlangt von den Arbeiterorganisationen, daß sie Bestimmungen in dieses Vertragsmuster aufnehmen, die durchaus

ständig verschieden. Wenn wir einen Vertrag schließen, dann wollen wir auch, daß der Vertrag auf vollständiger Parität beruht, daß beide Teile gleichberechtigt sind. Zweitens wollen wir, daß dann in diesem Vertrag die Lohn- und Arbeitsbedingungen ganz präzis festgelegt werden und daß es nicht in die Hand der einen Partei gelegt wird, sie zu bestimmen. Sie verlangen in den Tarif aufzunehmen: „Die Dauer der Arbeitszeit im Tiefbaugewerbe ist in Rücksicht auf die Eigenart derselben seitens der einzelnen Unternehmer mit ihren Arbeitern zu regeln." Was da die Arbeiter zu sagen haben, wissen wir aus Erfahrung. Die Arbeitgeber wollen das Recht haben, im Tiefbaugewerbe allein zu bestimmen, wie die Arbeitszeit sein soll. Sie verlangen in die Bestimmungen aufzunehmen: „Der Stundenlohn, Einheits-, Durchschnitts- oder Staffellohn beträgt für gelernte, tüchtige Maurergesellen .... gelernte tüchtige Zimmergesellen .... geübte tüchtige Bauhilfsarbeiter ...." Wer bestimmt es, wer tüchtig ist? Das bestimmt der Unternehmer! Und der sagt natürlich, er habe gar keine tüchtigen Leute im Betrieb, und da für untüchtige Leute der Lohn nicht festgesetzt ist, hat er es in der Hand, nach Willkür zu bestimmen, welcher Lohn gezahlt werden soll. Weiter soll grundsätzlich der Lohn im Tiefbaugewerbe nicht höher sein als im Hochbaugewerbe. Wo er höher ist, soll er herabgesetzt werden. Hier sollen die Arbeiterorganisationen ihre Zustimmung geben, daß für große Massen der Arbeitslohn reduziert wird. Die Arbeiter sollen verpflichtet sein, falls sie bei Unternehmern arbeiten, die nicht Mitglied des Arbeitgeberbundes sind, die vertraglich festgelegten Bedingungen einzuhalten. Also, nicht die Arbeitgeber übernehmen die Pflicht gemeinsam mit den Arbeitern die Außenseiter zu zwingen, sondern nur die Arbeiter sollen die Verpflichtung haben. Die Bestimmungen über die Akkordarbeit sind vollständig unannehmbar. Die Arbeitgeber fordern, daß wir anerkennen, daß auf den Baustellen auch während der Pausen nicht über die Organisation geredet wird. Das bedeutet weiter nichts, als daß man uns den Maulkorb anlegen will. Die Unternehmer wollen durch alle diese Dinge herbeiführen, daß die Arbeiterorganisationen nicht gestärkt, sondern geschwächt werden, um sie dann um so leichter unterzukriegen. Dann aber das Skandalöseste! „Die von den Arbeitgebern eingerichteten oder einzurichtenden Arbeitsnachweise sind anzuerkennen, und ausschließlich seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu benutzen. Die Handhabung der Arbeitsnachweise erfolgt auf Grund der von dem Arbeitgeberverband hierfür festgesetzten Bestimmungen." Wir sollen also den Arbeitsnachweis anerkennen; wir sollen auch unsere Mitglieder verpflichten, daß sie nur durch ihn Arbeit übernehmen. Das Gegenteil wäre ohne weiteres Vertragsbruch. Dann soll die Vertragsdauer fünf Jahre sein. Weiter sollen wir anerkennen, daß in der Folgezeit, zunächst während der fünf Jahre, eine Arbeitszeit unter zehn Stunden in keinem Falle eintritt, selbst dort, wo diese Arbeitszeit-Verkürzung schon zu einer brennenden Frage geworden ist.

Das sind die hauptsächlichsten Forderungen der Arbeitgeber. Und nun fordern sie uns öffentlich auf, wir sollen diesen Anträgen zustimmen! Unsere Unterhändler haben bei den Verhandlungen im November 1909 erklärt, daß sie nie und nimmer einem solchen Ansinnen nachkommen werden. Ich glaube in Ihrem Einverständnis zu handeln, wenn ich auch von dieser Stelle aus sage, daß wir nach wie vor das Ansinnen der Unternehmer zurückweisen. (Lebhafter Beifall.) Nie und nimmer werden die deutschen Bauarbeiter-Organisationen einem solchen Verlangen Folge leisten, möge kommen, was da wolle! Wollen die Arbeitgeber dem Gedanken des Tarifvertrages wirklich Rechnung tragen, dann müßten sie dafür sorgen, daß der Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage beruhen soll. Das lehnen sie ab, und damit beweisen sie, daß der Tarifvertrag ihnen nicht als ein Instrument des Friedens, wie er genannt wurde, sondern als ein Instrument der Knebelung und Unterdrückung der Arbeiter dienen soll. Ich will auch von dieser Stelle aus erklären, daß die Arbeiterorganisationen unter keinen Umständen gewillt sind, von ihrer berechtigten Forderung der Arbeitszeitverkürzung unter zehn Stunden abzugehen, so wenig wie sie imstande sind, besonders nachdem die Lebensverhältnisse immer teurer geworden sind, auf eine angemessene Erhöhung der Arbeitslöhne zu verzichten. Die Arbeitgeber sagen in ihrem öffentlichen Schreiben: Wenn die Arbeiterorganisationen wider Erwarten die Anträge der Arbeitgeber ablehnen würden, dann sehen sie sich gezwungen, ihre Geschäfte zu schließen. Das heißt, sie drohen mit der Aussperrung. Die Arbeitgeber scheinen uns sehr schlecht zu kennen. Damit wollen sie uns einschüchtern! Ich glaube, die Arbeitgeber haben damit das Gegenteil herbeigeführt. Wenn sie glauben, daß die Arbeiterorganisationen zu Kreuze kriechen ob einer solchen Drohung, dann haben sie sich sehr getäuscht. Wenn wir die Aussperrung greifbar vor uns haben, und die Arbeitgeber beharren auf ihren Anträgen, dann werden wir immer wieder nein sagen! Wenn das Arbeitgebertum sich dann diese Bestimmungen erkämpfen will, dann, so bin ich fest überzeugt, wird die deutsche Bauarbeiterschaft auf dem Posten sein! Dann kämpfen wir für unser Recht, für eine bessere Existenz; dann kämpfen wir um die Gleichberechtigung bei der Festlegung des Arbeitsvertrages. Die deutsche Bauarbeiterschaft wird kämpfen und sich so zeigen, daß die Arbeitgeber nicht zum zweiten Mal die Lust verspüren werden, in so frivoler Weise einen Kampf vom Zaune zu brechen!

Aber auch der deutschen Bauarbeiterschaft möchte ich zurufen: Die Muskeln gespannt! Die Blicke nach vorwärts gerichtet! Rüstet Euch zum Kampfe! Wenn wir mit festem Willen an die Arbeit gehen, dann mögen unsere Unternehmer kommen, dann werden wir kämpfen, wie es sich für Männer gebührt! (Brausender Beifall.)

Darauf dankt Silberschmidt mit warmen Worten den Leipziger Kollegen für die freundliche Aufnahme und gibt ein Resümee des Verbandstages. — Damit ist der Verbandstag vertagt.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Staatsanwalt und Polizei.

Die Differenzen zwischen Staatsanwalt und Polizei, die sich im Kreise Hirschberg ausgebildet haben, kamen gestern im Abgeordnetenhause zur Sprache. Der Hirschberger Abgeordnete Büchtemann (Frs. Vpt.) führte dazu aus:

Im Kreise Hirschberg sind in den letzten Jahren 7 Morde unentdeckt geblieben. Bei dem letzten Mord ist die Staatsanwaltschaft nach Ansicht der Bevölkerung zu lang an vorgegangen. Auf die erste telephonische Anzeige wurde erst schriftlicher Bericht verlangt. (Hört, hört! Und als dann am Nachmittag die schriftliche Anzeige einging, wurde die Besichtigung am Tatort erst für den nächsten Vormittag anberaumt. (Hört, hört!) Ferner hat es Beunruhigung in der Bevölkerung erregt, daß der Staatsanwalt die Polizei angewiesen hat, die Verfolgung von Straftaten nicht selbständig vorzunehmen. Ein Redakteur des „Boten aus dem Riesengebirge", der dies kritisiert hat, wurde in Zeugniszwangshaft genommen, als er seine Quelle nicht nannte. Ich bitte den Minister um Auskunft, ob er dieses Vorgehen der Staatsanwaltschaft billigt.

Justizminister Beseler antwortete darauf: Was den von Herrn Büchtemann vorgebrachten Fall anlangt, so ist in den beiden ersten Anzeigen von einem Morde nicht die Rede gewesen, sondern nach den Berichten konnte die Staatsanwaltschaft annehmen, daß der Kutscher von seinem eigenen Wagen gefallen und überfahren sei. Nachdem die Anzeige vom Morde eingelaufen war, war eine Besichtigung am Tage selbst nicht mehr möglich, da es bereits dunkel war. Die Anweisung des ersten Staatsanwalts an die Polizeiverwaltung bei Verfolgung von Straftaten unter allen Umständen erst die Genehmigung der Staatsanwaltschaft einzuholen, ist von dem Oberstaatsanwalt als unberechtigt aufgehoben worden. (Bravo!) Es ist selbstverständlich, daß ebenso wie die Staatsanwaltschaft auch die Polizei das Recht zu sofortigen Ermittelungen haben muß, da sonst allerhand wichtige Untersuchungen unterbleiben

glaube ich, daß zu einer Beunruhigung der Bevölkerung kein Anlaß vorliegt.

Zu der Eile, mit welcher der Redakteur am Schopfe gefaßt wurde, welcher die Staatsanwaltschaft erst mit der Nase auf ihre Pflicht gestoßen hatte, dazu wußte der Herr Justizminister anscheinend nichts zu sagen.

Glogau, 15. Februar. Zu unserer Wahlrechts-Versammlung. Nachdem bereits kurz über die hier zum ersten Male abgehaltenen politischen Versammlungen berichtet worden ist, verdienen die einzelnen hier noch erwähnt zu werden. Schon einige Stunden vor Beginn der Versammlung sah man in Glogau die gesamte Polizei in fieberhafter Erregung die Uebergänge einzelner Straßen abpatrouillierend und nach Verdächtigem ausspähend. Auf der Vorstadt, an der Straße, die nach der Bahn führt, am Kreuzungspunkte der Rüsterstraße, standen fast wie angemauert wieder zwei Behelmte, in der Nähe des Versammlungslokals wimmelte es von Polizisten und Gendarmen zu Pferde und zu Fuß. Bereits vor Beginn der Versammlung standen und saßen in dem Kierblewskischen Lokale die herbeigeeilten Genossen aus der Stadt und vom Lande. Der Polizeikommissar und zwei Polizisten hatten im Saale Platz genommen. In wuchtiger und überzeugungswahrer fünfviertelstündiger Rede entrollte Genosse Langner-Malmitz das ganze Schandgesetz von Wahlreform vor den Anwesenden. Es wurde eine scharf gehaltene Resolution angenommen, in der nur das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht verlangt wird. — Vom hiesigen Zentrum war der „Arbeitersekretär" Kern entsandt worden, um einige Seelen von der ewigen Verdammnis zu retten. Vergebliche Liebesmühe! Trotzdem ihm von unserer Seite die größte Redefreiheit zugestanden wurde, die er auch weidlich ausnützen wollte, beklagte er sich, daß die vielen Zwischenrufe ihm störend seien und der Vorstand ihm nicht beistände. Auch als völlige Ruhe eingetreten war, brachte der eingeschüchterte und bebende Zentrumsmann nur allgemeine Tiraden für das Zentrum und gegen die Sozialdemokratie zu Wege. Von allen Seiten hagelten ihm nun in der Diskussion Beweise von der Unwahrhaftigkeit und den Betrügereien des Zentrums gegen die Arbeiterschaft entgegen. Herr Sekretär Kern hatte sich unbemerkt gedrückt. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und das allgemeine, gleiche und freie Wahlrecht schloß die imposante Versammlung, die unserer Sache reiche Früchte bringen wird. Noch ein paar solche Versammlungen und wir hätten auch hier bald das Gros der Arbeiterschaft für uns gewonnen. Von einem Versammlungsteilnehmer aus Kuttlau ist uns dessen Ackerland zur Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel angeboten worden. Es herrschte eine Begeisterung unter den Teilnehmern, von der selbst die Polizei angesteckt zu sein schien, denn nachdem das Lokal schon lange von der Versammlung geräumt war, standen immer noch die Polizeimänner auf ihrem Posten. Wie wir noch nachträglich erfahren, waren zwei Kompagnien Infanterie in den Kasernen bereitgehalten worden. Eine dumme, aber heillose Angst spukte in den Köpfen der hiesigen Bourgeoisie. Glogau hatte also seine Wahlrechtsversammlung. Nun geht es immer weiter!

Liegnitz, 17. Februar. Selbstmord durch Erschießen verübte am Montag ein im nahen Rüstern wohnender Formermeister. Was denselben zu dieser Tat getrieben, ist völlig unaufgeklärt.

— Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Vormittag auf dem hiesigen Güterbahnhof. Der bei der Firma Pianofortefabrik Seiler tätige, zirka 44 Jahre alte Arbeiter Reinhold Maidorn, wohnhaft Jauerstraße, war auf dem Güterbahnhof mit Abladen von Baumstämmen beschäftigt; dabei kam ein Stamm ins Rollen und zerquetschte dem M. buchstäblich den Kopf, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Er hinterläßt eine Frau und ein Kind.

Striegau, 17. Febr. Tödlicher Unfall. In Jätschau geriet der sechsjährige Sohn eines Steinarbeiters, der mit einem mit Düngerfahren beschäftigten Knecht auf das Feld gegangen war, unter die Räder eines Wagens. Als der Knecht sah, daß der Knabe tot war, ergriff er die Flucht.

Saarau, 17. Februar. Diebstahl. Ein frecher Diebstahl wurde hier im Familienhause des Braunkohlenwerkes ausgeführt, indem der Dieb in einem unbewachten Augenblick durchs Fenster in die verschlossene Stube des Bergmanns Bogdorfer stieg und aus der Kommode 20 Mark nahm. Von dem frechen Täter fehlt jede Spur.

Brieg, 17. Februar. Der Achtuhr-Ladenschluß ist jetzt in unserer Stadt in Kraft getreten. Nur an den Sonnabenden werden die Geschäfte bis 9 Uhr Abends offen gehalten.

Steinau, 17. Februar. Eine schwere Influenza-epidemie ist unter den Schülern des Lehrerseminars und der Präparandenanstalt ausgebrochen. Es sind gegen hundert Schüler erkrankt. Da die Räumlichkeiten des Krankenhauses für die Aufnahme der Kranken nicht ausreichten, mußten zwei Säle des Seminars als Krankensäle eingerichtet werden. Der Unterricht wurde eingestellt.

Bromberg, 15. Februar. Lohnsklaverei im Schneidergewerbe. Im Frühjahr 1908 haben die Schneider mit den Arbeitgebern und Geschäftsinhabern einen Tarif abgeschlossen, der bis April 1910 Gültigkeit hat. Die Arbeitnehmer wünschen, daß der Tarif, der ihren Ansprüchen keineswegs entspricht, Verbesserungen erhalten soll. Die Arbeitgeber, die unter allen Umständen die Sache zu hintertreiben wünschen, wissen nun nicht, welche Gewaltmaßregeln sie ergreifen sollen, um den bevorstehenden Angriff der Arbeitnehmer abzuwehren. Der Obermeister Irmer, der 15 Arbeitnehmer beschäftigt, händigte am 11. Februar seinen Leuten einen Vertrag zur Unterschrift ein, und glaubt so das Allheilmittel zur weiteren Unterjochung und Sklaverei gefunden zu haben. Wir lassen das Monstrum im Wortlaut folgen:

Vertrag.

Heute ist folgender Vertrag geschlossen worden. Zwischen dem Herrn Emil Irmer, Bromberg, Wilhelmstraße 15, und dem Schneidermeister (folgt Name und Wohnung).

§ 1.

Der Unterzeichnete verpflichtet sich, die Schneiderarbeiten für obengenannte Firma zu den tarifmäßigen Löhnen des Tarifs vom 2. April 1908 weiter anzufertigen.

§ 2.

Im Falle eines Streiks weiter zu arbeiten und sich daran auch nicht zu beteiligen.

§ 3.

Sollte sich der Arbeitnehmer am Streik beteiligen, so unterwirft sich dieser einer täglichen Konventionalstrafe von 10 Mark

§ 4.

Eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses muß 14 Tage vorher erfolgen

Vorstehendes ist gegenseitig vereinbart und von beiden Parteien unterschrieben worden.

Bromberg, den 11. Februar 1910.

(Unterschrift.)

Kommentar hierzu ist überflüssig. Zu bemerken ist, daß die Arbeitnehmer nur zum kleinen Teil organisiert sind. Die, denen dieser Vertrag angeboten wurde, sind Mitglieder im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein.

Muskau, 17. Februar. In der Wahlrechts-Versammlung vom Tode ereilt wurde der Gendarmeriewachtmeister Haase. Er hatte die polizeiliche Ueberwachung über die Versammlung im Gasthof zu Berg auszuüben. Plötzlich sank er besinnungslos um. Hilfsbereite Versammlungsteilnehmer transportierten den Schwerkranken nach seiner nicht weitentfernten Wohnung, wo er nach kurzer Zeit starb. Ein Schlaganfall hatte dem kräftigen Manne ein schnelles Ende bereitet.

Kalisch, 17. Februar. Massenverhaftung. Hier wurden in der Nacht zu Dienstag 40 Personen verschiedenen Standes verhaftet. Massen-Verhaftungen auch von Geistlichen, steht